

Streifzüge

Preis: 4,- Euro

2/2003

Im Westen nichts Neues

So wurde schon einmal der Untergang einer ganzen abendländischen Kultur beschrieben. Waren die Kriegsfreiwilligen damals noch überzeugt, ritterliche Tugenden dazu verwenden zu können, gegen eine dekadent gewordene Welt aufzustehen und eine neue zu schaffen, so sind heute die, die in den Kampf gegen die Zerstörung dieser nunmehr alt, unfinanzierbar und unbrauchbar gewordenen Welt ziehen, davon überzeugt, noch einmal die Tugenden einer solidarischen Ordnung ins Treffen führen zu können.

Nun richtet sich der Kampf gegen eine Welt, die Eigensinn und Verweigerung der sozialen Gemeinsamkeit jenseits dessen, was der Markt erlaubt und anordnet, zum Leitbild erhebt. Und die dagegen aufstehen, suchen die letzten Reste einer ursprünglichen Vorstellung von staatlich und zivilgesellschaftlich geordneter Lebenssicherung zu bewahren. Das wird wohl genauso schief gehen, wie im Ersten Weltkrieg. Die Welt, die sich in diesen Auseinandersetzungen ordnet, überrollt die Agierenden.

Wir widmen diesen Vorgängen gebührende Aufmerksamkeit. Dabei kann es nicht darum gehen, eine besserwisserische Position einzunehmen, von der aus die Illusionen in den politischen Kampf verhöhnt werden. Es kann aber auch nicht unser Anliegen sein, eine Mobilisierung zu bejubeln, die sich darauf beschränkt, ihr materielles Heil im blanken Regierungswechsel zu suchen.

Also bringen wir Kritik zum Ausdruck, nicht um eine Bewegung herunterzumachen, sondern um uns mit unserer und ihrer Erfahrung auszutauschen.

Diesem Vorhaben ist ein gut Teil der Beiträge dieser Nummer gewidmet.

Im Westen nichts Neues – der Kapitalismus siegt sich zu Tode, und wir sind mit unserem Überleben auf Euch angewiesen. Lest und verbreitet die *Streifzüge*, spendet und abonniert; derzeitiger Abostand: 202; das ist nicht zu viel!

Gerold Wallner

Ratlos unzufrieden

1 BEOBACHTUNG UND 8 BEHAUPTUNGEN ZUR FRAGE, WARUM ES EINE GUTE ZUKUNFT NUR JENSEITS VON MARKT UND STAAT GEBEN KANN

von Lorenz Glatz

Ein Beitrag zum Workshop „Jenseits von Markt und Staat – Perspektiven radikaler Transformation“ am Austrian Social Forum in Hallein am 31. Mai 2003

Zu Beginn eine Beobachtung: Soviel Unzufriedenheit war schon seit Jahrzehnten nicht. So viel Ratlosigkeit auch nicht. Seit einigen Jahren schon gehen auch in den so genannten reichen Ländern Millionen Menschen gegen die kapitalistische Globalisierung und gegen die steigenden Zumutungen der herrschenden Lebens- und Wirtschaftsweise auf die Straßen, Gewerkschaften haben ihre Mitglieder zu großen Streiks und anderen Kampfmaßnahmen aufgerufen und tun das weiterhin – und doch wird eine soziale Errungenschaft nach der anderen demontiert, verfallen Lohnniveau und Arbeitsrecht, nehmen Arbeitslosigkeit und Armut zu, bleibt vom Staat immer mehr nur der (allein noch wachsende) Kontroll- und Unterdrückungsapparat. Doch nun zu den Behauptungen:

1. Ob die Linke oder die Rechte regiert, ist von rasant abnehmender Wichtigkeit.

Alle, die im politischen Geschäft für die Macht in Frage kommen, sind für Reformen und verstehen darunter ein Vorhaben, das einer gefährlichen Drohung gleichkommt. Dass „die Konkurrenz härter“ wird, dass wir „Haare lassen“ müssen, dass „abgespeckt“, dass „Privilegien abgebaut“ werden müssen, ist in diesen Kreisen allgemeines Credo. Wer das bezweifelt, wird – je nach den Umständen – belächelt oder attackiert. Der Unterschied zwischen der sozialen Entwicklung unter einer Regierung von

Schüssel, Chirac oder Berlusconi auf der einen und Schröder/Fischer und Blair auf der anderen Seite ist marginal. Auch hierzulande herrscht hinter dem lautstarken Streit der Sozialpartner, der Regierung und der Opposition viel grundsätzliche Einigkeit, aus der auch keiner der Beteiligten ein Hehl macht. Schließlich kann ja keiner der Regierung ernsthaft vorwerfen, dass sie ein Budget machen will und angesichts rapid sich leerenden Kassen damit Probleme hat.

Die Radikaleren – ich meine die politische Opposition fernab der Macht – rechnen vor, dass „genug Geld“ da ist, dass es nur anders verteilt und eingesetzt gehört, um seine wohlstandsfördernde Wirkung zu entfalten, dass es eine „andere Politik“ braucht, „wirklich demokratische“ Machtverhältnisse – dann könne sich alles wieder in Wohlgefallen auflösen. Das weite Spektrum dieser Leute reicht von den Gewerkschaftslinken bis zur Folklore-Truppe der Rest M-L. Der eine oder andere junge Mensch aus diesen Kreisen kommt schließlich nicht nur in die Jahre, sondern vielleicht doch noch zu Amt und Würden. Dann allerdings liegt die Erkenntnis, dass „die Märkte“ die Verwirklichung seiner Jugendträume nicht tolerieren, und seine Bekehrung zur Konfession der Reformer sicherlich schon hinter ihm.

2. Regierungen reagieren immer heftiger, regeln aber immer weniger.

Der Nationalstaat entwickelte sich als ideeller Gesamtkapitalist. Als solcher hat er einerseits mit allen seinen Mitteln das Leben auf seinem Gebiet für die Verwertung herzurichten und andererseits mit Recht und Gesetz auch dafür zu sorgen, dass diese Verwertung nicht das Leben und damit zugleich die eigene Grundlage blindwütig zerstört. Zumindest die zweite Aufgabe bleibt immer

häufiger unerfüllt. Die entscheidenden Agenten in der heutigen Weltwirtschaft sind nämlich Großkonzerne, die jedoch keine Verschwörung, Entartung oder dergleichen sind, sondern das völlig logische Ergebnis marktwirtschaftlicher Entwicklung unter dem Diktat der Konkurrenz. Diese global players sind aber nicht national, auch nicht mehr multinational, sondern wesentlich transnational und global. Sie herrschen nicht einfach in Wirtschaftszweigen vieler Nationalökonomien, sondern sie organisieren den betriebswirtschaftlichen Prozess, die Produktion einzelner Güter, über die nationalen Regelbereiche hinweg für den Weltmarkt. Sie haben den Rahmen der Nationalstaaten gesprengt, auf deren Boden und in deren Schranken sie sich entwickelt haben, und degradieren so jene zu Standorten. Mit nicht unbeträchtlichen Auswirkungen: Nicht die global players zahlen Abgaben an die Standorte, sondern diese konkurrieren mit Geldgeschenken um die Investitionen der Transnationalen und trocken damit die eignen Kassen aus. Nicht die Staaten erteilen den Weltkonzernen Auflagen, sondern diese goutieren die geschäftliche Qualität von deren Angeboten. Global players, die anders handeln würden, sind binnen kürzestem keine mehr, Nationalstaaten, die sich dem nicht fügen, sind dann nicht einmal mehr Standorte.

Die Standortkonkurrenz ist als lokaler Wettbewerb der Gemeinden, Städte und Provinzen eine alte Erscheinung. Die Einbeziehung der Nationalstaaten in diese Konkurrenz hat jedoch eine neue Qualität. Die globalisierte Wirtschaft hat sich damit jene Instanz untergeordnet, die – solange sie noch Schranken setzen konnte – allein fähig war, das im Grund lebensfeindliche, zu einem Zwangsautomatismus gewordene Prinzip der Verwertung für das menschliche Leben und überhaupt für das Leben auf diesem Planeten irgendwie aushaltbar zu machen. Wenn Staaten nicht mehr in dieser Weise das Wirtschaftsgeschehen regulieren können, sondern bloß noch Teil der Konkurrenz der Anbieter von Infrastrukturen aller Art sind, dann ist Liberalisierung, sprich der Abbau von Regulativen und Schutzbestimmungen, nicht mehr eine politische Option unter anderen, sondern ein Erfordernis des Überlebens im Konkurrenzkampf.

Hiebei sind die Gestaltungsmöglichkeiten der Regierungen denkbar gering. Was der Politik bleibt, ist die systematische Opferung von Mensch und Natur auf dem Altar der Verwertung und die Brechung jedes Widerstands der betroffenen Menschen durch Desinformation, Hetze, Kontrolle

und offene Unterdrückung. Wobei es durchaus hilfreich ist, dass die Politiker im Allgemeinen den Schwachsinn, den sie verbreiten, auch selber glauben und die von den leeren Kassen diktierten sozialen Einschnitte tatsächlich für Rettungsmaßnahmen halten.

Die Globalisierung bringt die Staaten einander näher, aber keineswegs für die Entwicklung zu einem Weltstaat als einem neuen Regulationsrahmen der globalisierten Ökonomie, sondern – in der Art der WTO und des MAI – für den organisierten Abbau alles dessen, was an staatlicher Regulierung noch übrig ist. Dementsprechend ist die Entwicklung der letzten Jahre nicht von der Vereinigung kleiner Staaten zu großen, sondern von der Aufsplitterung großer in kleine, oft kaum mehr Staaten zu nennenden Gebilde geprägt. Auch die EU kann und will auch gar nicht im Sinn einer Regulierung agieren, sondern ist, der ökonomischen Realität folgend, eine Agentur der länderübergreifenden Deregulierung und Liberalisierung.

3. Der Realsozialismus ist der Marktwirtschaft nur in den Tod vorangegangen.

Die spektakuläre Implosion des Realsozialismus vor bald anderthalb Jahrzehnten hat sich nicht als Sieg der Marktwirtschaft, sondern als Beginn des Zerfalls der auf Ware und Geld beruhenden Weltwirtschaft herausgestellt. Die so genannte Systemkonkurrenz hat für die Teilnehmer das Wesentliche verdeckt: „Realsozialismus“ und „soziale Marktwirtschaft“ waren bloß zwei Varianten einer zugrunde liegenden Gemeinsamkeit: Hüben wie drüben ging bzw. geht es nicht um die Herstellung von Gütern für menschliche Lebensbedürfnisse, sondern um die Produktion von Waren für den Verkauf um Geld, was keineswegs dasselbe ist, wie z.B. jeder Wohnungssuchende unschwer feststellen kann. Es ging und geht um die Behauptung in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, um die Vernutzung von menschlicher Arbeit für ökonomisches Wachstum, um die Rentabilität von Investitionen, kurz: um die Wertvermehrung eingesetzten Kapitals, um die „Verwertung des Werts“, in der menschliches Leben nie der Zweck, sondern das Mittel ist.

In der Praxis ist es im Realsozialismus nicht um eine grundlegende Alternative zum westlichen Kapitalismus gegangen, sondern um den Versuch, den Rückstand der in der Entwicklung der modernen Geldgesellschaft zu spät Gekommenen mit der Bündelung aller Kräfte durch den Staat aufzuholen. Die KP-Regime vertraten in der Theorie selten, in der Praxis nie eine grund-

legend andere Art zu leben und zu wirtschaften. Sie fungierten nicht nur als ideelle Gesamtkapitalisten wie die Staatsapparate im Westen, sondern zugleich auch als reelle. Ihre Entmachtung war daher auch – durchaus zur Überraschung vieler Zeitgenossen – nicht das Ergebnis eines scharfen politischen Kampfs. Sie wurden vielmehr von den Märkten „gewogen und für zu leicht befunden“ – sie sind schlicht „entwertet“ worden. In der neuzeitlichen Waren- und Geldgesellschaft gilt auch im Gesamten wie in vielen einzelnen Firmen das Prinzip: last in – first out, und Gorbatschows berühmter Satz „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ hat sich daher gerade auch gegen seinen Urheber gewandt.

4. Die Wirtschaft globalisiert sich nicht nur, sie verfällt zugleich.

Der Bankrott des Staatssozialismus im ökonomischen Weltsystem hat im vermeintlich siegreichen, in Wahrheit bloß überlebenden Westen mehr der Spekulation Auftrieb gegeben als der Realwirtschaft. Heute ist der Osten weitgehend deindustrialisiert, weite Gebiete der Ex-Sowjetunion sind ökonomisch abgeschrieben, was sich noch verwerthen lässt, wird eingegliedert ins globalisierte Kapital. Weite Teile Afrikas sind von der Landkarte der Weltökonomie verschwunden, Südamerika steckt in einer ausweglosen Schuldenkrise. Doch auch das einstige Musterland der Marktwirtschaft, Japan, kommt seit über zehn Jahren aus Rezession und Stagnation nicht heraus, und die gefürchteten und bewunderten ostasiatischen Tiger sind noch im Sprung zu Papier erstarrt. Derzeit gehen auch EU und USA auf eine Rezession zu, während Experten und Politiker uns weiter – wie seit drei Jahren schon – den Aufschwung fürs nächste oder übernächste Quartal verheißen.

Die Ursache der Krisenerscheinungen der letzten Jahrzehnte war weder die „Kommandowirtschaft“ des Ostens noch ist es Korruption und Unfähigkeit, sondern das unaufhaltsame Einbrechen des kapitalistischen Wachstums. Die Dynamik der letzten Blütezeit der modernen Warenwirtschaft in beiderlei Gestalten in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg ist zum Erliegen gekommen. Die „Automobilisierung“ der Welt, die Maschinisierung der atomisierten Haushalte und die Möglichkeiten des Fließbandes haben sich erschöpft, Unternehmen und Staaten in aller Welt haben mit Krediten und Anleihen „durchzutauchen“ und eine neue Welle des Wachstums anzustoßen versucht – es war vergeblich, geblieben ist ihnen davon bloß ein weiter wachsender Schuldenberg. Die neue Technologie der

Mikroelektronik hat allen Erwartungen und Versprechungen zum Trotz keinen neuen Akkumulationsschub ausgelöst. Die durch sie bewirkte sprunghafte Zunahme der Produktivität übertrifft auf Dauer und bei weitem die noch möglichen Produktionssteigerungen. Die Computerisierung macht produktive Arbeit in weit höherem Maß überflüssig, als neue geschaffen werden kann. Vom PC bis zur neuesten Handy-Generation findet sich nicht im entferntesten eine Produktpalette, die trotz der mit allen Mitteln neu geschaffenen Bedürfnisse der Wertschöpfung der Auto- und Haushaltsgeräteindustrie der Fünfziger- und Sechzigerjahre auch nur irgendwie vergleichbar wäre.

Die Vermehrung des eingesetzten Werts in der Produktion ist jedoch das Herzstück der Profitwirtschaft – ohne sie gibt es keine rentablen Investitionen. Mit Schuldenmachen und Spekulation wird noch auf erhoffte zukünftige Verwertung vorgegriffen, wenn diese aber nicht eintrifft, werden die Kredite faul, platzen die Spekulationsblasen, die Börsen gehen in den Sinkflug, Firmen bankrottieren, die Marktwirtschaft erlebt den (Salami)Crash.

Für unsereine/n bedeutet das z.B., dass etliche in unserem Bekanntenkreis kapitalistisch gesehen überflüssig sind und sich bei Stellenbewerbungen für irgendeine Arbeit (Hauptsache Arbeit!) oder auch nur auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz mit x anderen für x Zehntel Chancen duellieren müssen. Da es jedoch nie wieder Vollbeschäftigung geben wird und die Menge der Überzähligen ziemlich rasch zunimmt, dürfen sie auch in unserem Kreis nur noch mehr werden. Wer „drin“ bleiben will, muss es billiger geben, und auch wer Rente hat, hat die mit Sicherheit nicht sicher. So klar will sich das kaum wer machen, auch wenn es viele spüren, dass wir in einer Zeit des Verfalls einer weltbeherrschenden Lebensweise leben. Trotzdem haben wir Angst davor, uns das auch einzugestehen – es ist daher durchaus folgerichtig, dass Depression in den letzten Jahren drauf und dran ist, zu der weitest verbreiteten Krankheit zu werden.

5. Umweltschutz schadet der Wirtschaft, Sinnfragen gefährden Arbeits-Moral und positives Denken.

„Umweltschutz schadet der Wirtschaft.“ – Wenn Präsident Bush eine Erkenntnis hat, spricht er sie auch aus. Seine Kollegen auf dem Rest der Welt haben die Erkenntnis auch, behalten sie aber für sich. Handeln tun sie alle danach. Die Marktwirtschaft funktioniert so, dass sie ihre Kosten auslagert, an die Natur und an die Menschen. Nicht erst seit unsere Landschaften verbetoniert, die

Atmosphäre aufgeheizt, Luft und Boden zunehmend vergiftet sind und Mensch an Depression und Karoshi zugrunde geht, sondern von allem Anbeginn. In den Hochzeiten der Regulation durfte aber bei uns weniger geschmutzt werden, dafür in den ökonomisch schwächeren Ländern umso mehr. Ja manche Ostländer und Drittstaaten haben sich förmlich um den hochentwickelten Dreck (ob Produktionen oder Abfall) aus EU und USA gerissen, weil er schließlich Arbeitsplätze brachte. Der Abstand ist vielleicht geblieben – bei steigendem Niveau des Gifts. Denn heute ist es auch in den Kernländern der Profitmacherei recht still geworden um die Ökologie, selbst bei den Grünen. Wer sich einen durchschnittlichen heutigen Arbeitsplatz antut oder antun muss, kann nur mehr schwer etwas Empörendes daran finden, dass es der Umwelt ähnlich bescheiden geht wie einem/r selbst. Und dass alles auf unsereins zurückschlägt, ist eh kaum wem neu.

Wer weiß z.B. nicht oder kann nicht wissen, dass die Autos uns umbringen werden, und doch hängt unser Leben dran, dass es vergiftet wird. Es ist auch kein Geheimnis, dass Allergien und neue Seuchen das Ergebnis unserer giftigen Produktionsweise im allgemeinen und der unserer Nahrungsmittel im besonderen sind – wer aber kann und will sich schon was anderes leisten? Tagtäglich dröhnen, stinken und gifteln auf den Autobahnen die Lkw aneinander vorbei, die Gleiches von A nach B und Eben solches von B nach A führen. Gigantische Warenströme werden kreuz und quer um den Globus gekarrt, geschifft, geflogen, von keiner auf Mensch und Natur bezogenen Überlegung geleitet, sondern nur von Preisimpulsen und Gewinnerwartungen, gleich was es Mensch und Natur auch kosten mag. Menschliche Lebenszeit wird verheizt für Arbeit, und die wird bezahlt. Für Geld wird konsumiert, was im Angebot ist. Mehr ist nicht drin und auch nicht vorgesehen! Wer der Frage nachgeht, ob das, was getan wird, sinnvoll ist, ob es wem gut tut, wem schadet, im Interesse von Menschen besser unterbliebe, unnützlich ist und wer wofür verantwortlich ist, der ist von einem andern Stern und/oder riskiert seine Arbeitsmoral, seine Selbstachtung als arbeitender Mensch und sein seelisches Gleichgewicht – Indolenz und permanente Anästhesie gehören zu den Voraussetzungen für die Bewältigung dieses Lebens.

6. Wo die Wirtschaft stillsteht, führt der Zwang zum Geldhaben schnell in die Barbarei.

Die Kapitalakkumulation stockt, die Geschäfte gehen schlecht. Die Zahl der Arbeit

suchenden Migranten an den scharf bewachten Grenzen der Festungen Europa und USA schwillt an. Aber auch drinnen wächst die Zahl der Arbeitslosen und wird ihre Schikanierung schärfer, leidet die Unterstützung Schwindsucht. Es wird jedoch wenig darüber gesprochen, denn in dieser Gesellschaft ist es ein Makel, wenn eins sich nicht verkaufen kann, ein Verbrechen, wenn man es nicht unermüdlich weiter versucht oder gar nicht so recht mehr will. In vielen Gebieten der Welt geht die Landflucht, der Verlust agrarischer Selbsterhaltungspotenz, ungebrochen weiter. Da zwischen dem Bedarf des Überlebens und seiner Deckung der Geldzwang steht, werden die Aktivitäten der Überlebenswilligen immer prekärer.

Die Dienstleistungsgesellschaft wird weltweit wahr. Wer noch im Hamsterrad der regelrechten Arbeit weiterlaufen darf, hat sie zur Verfügung – von der Schuhputzerin bis zum Stricher, vom Einkaufstaschenträger bis zur Lebensberaterin. Und wer sonst nichts zu verkaufen hat, verkauft als Bettler gutes Gewissen für die Spender oder ganz physisch eine Niere für die Gesundheit eines Käufers.

Andererseits wuchert die organisierte Kriminalität über das in den Kapitalismus traditionell integrierte (hohe) Maß hinaus. Menschenschmuggel, Frauen- und Drogenhandel gehören zu den größten Wirtschaftszweigen. Auf ihrem Erfolg auf den (wie lange noch ergiebigen?) schwarzen Märkten Westeuropas und Amerikas beruht das Überleben weiter Landstriche der so genannten Dritten Welt und Osteuropas.

Wo im Niedergang des Weltsystems Staaten verfallen, verschmelzen Apparat und Mafia, und die Ökonomie rastet aus in Raubmord und in Plünderung von allem, was sich noch verwerten lässt. Ob Industrieanlagen, ob Fernseher, Waschmaschinen oder Mobiliar, alles findet seinen Weg auf Märkte, solange es noch Kaufkraft gibt.

Im Zerfall wird Überleben mehr denn je das Metier der Frauen. Die Männerrolle der abstrakten, auf Gelderwerb abgestellten, sonst gleichgültigen Arbeit ist in vielen Gegenden des Planeten nicht mehr zu besetzen. Das Patriarchat dreht durch, wird nichts als destruktiv. Die Youngsters in den Gangs der Slums Amerikas, die mit Drogen vollgepumpten Schlächterbuben der Räubermilizen auf der ökonomisch ausgebrannten Erde Afrikas, Asiens und wer weiß, wo bald sonst noch, sind das letzte Wort der Marktwirtschaft und ihrer Form des Männerherrschaft.

Völlig abgehoben von jeder Perspektive dieser Welt agieren als Endstadium dieses

Auflösungsprozesses schließlich die diversen Selbstmordtrupps und sonstigen Terroristen als die perspektivlosen „Rächer der Enterbten“.

7. Sicherheitshalber wird kontrolliert, eingesperrt, bombardiert und besetzt.

Die Globalisierungsgewinnler oder die sich dafür halten wollen, und die Ordnungshüter dieser Welt nehmen den Verfall des Systems von Geld und Ware vor allem als Sicherheitsproblem wahr. Umutsäußerungen und Widerstandsregungen werden verhetzt und kriminalisiert. Die aus der Bauart des Kapitalismus selbst entstehenden weltweiten gesellschaftlichen Zersetzungerscheinungen – von der Kriminalität bis hin zu den Terroranschlägen – werden als das Werk finsterner, aus der Vergangenheit oder sonstwo von außen kommender Mächte interpretiert. Die Integrationskraft des Systems für seine Dissidenten ist weitgehend erloschen, was bleibt, sind Unterdrückung, Bespitzelung und andere Methoden der Geheimpolizei, die dank der Möglichkeiten der Mikroelektronik zu einer Überwachung der ganzen Bevölkerung ausgedehnt werden.

Gegen die Verlotterung und Brutalisierung des Alltagslebens und die darin vielerorts allgegenwärtige Kriminalität wird nach einer Politik der Nulltoleranz gerufen. In der Führungsnation der westlichen Welt sind (auch pro Kopf der Bevölkerung) mehr Menschen inhaftiert als in beliebigen Militärdiktaturen je waren. Auch hierzulande geht die Zahl vor allem jugendlicher Häftlinge steil nach oben.

Die übriggebliebene Supermacht USA vergattert den zerstrittenen und widerspenstigen Haufen der subalternen „Ordnungsmächte“ aller Länder zum Kampf gegen die drohende Auflösung der Weltordnung ins Chaos. Auf dem Spiel stehen dabei nicht einfach die Geschäftsmöglichkeiten dieses oder jenen nationalen Kapitals, sondern der globalisierte Verwertungszusammenhang im Ganzen. Drohung, Embargo, Bombardement und Besetzung gehören zum Repertoire, mit dem die USA nach dem Ende des modernen Völkerrechts souveräner Staaten sicherstellen wollen, was noch zu verwerten ist, und alle(s) ruhig zu stellen hoffen, notfalls zu vernichten suchen, woraus sich kein Geld mehr machen lässt. Die Gegner sind nicht mehr Konkurrenten, die es niederzurängen gälte. In einer Welt, die für jeden Investor den roten Teppich aufrollt, gibt es auch kein verschlossenes Land mehr, das man für die Segnungen des Kapitals erst öffnen müsste, sondern die Feinde, gegen die ins Feld gezogen wird, sind die „Krisenspenster“ des einen Weltsystems: funktions-

los gewordene Regime aus dem Kalten Krieg, unbotmäßige Warlords und – immer bedrohlicher und militärisch nicht zu greifen – der blanke Terror, das paranoide Spiegelbild eines nicht weniger paranoiden Systems der selbstzweckhaften Geldvermehrung.

8. Die Perspektive liegt jenseits von Markt und Staat: Kooperation statt Konkurrenz. Leben statt „Arbeit“. Mensch statt Profit.

200 Jahre nach der endgültigen Durchsetzung des Kapitalismus scheint jeder Gedanke, der über dessen Grundlagen und Grundbegriffe hinausreicht, physisch ausgerottet und intellektuell-moralisch diskreditiert. Daher bleiben auch die Gedanken vieler, die den aktuellen Kapitalismus oft mit starken Worten kritisieren, doch in seinem Bann und sind auf eine Reparatur abgestellt, auf ein aussichtsloses Zurück in die Zeiten, wo die Marktwirtschaft angeblich noch sozial und der Sozialismus noch einer war (eine Auffassung, die m.E. zumindest eine eurozentristische Borniertheit ist).

Was wir brauchen, ist eine grundlegende Umgestaltung, deren Ansatzpunkte sich aus dem ergeben, worunter wir zu leiden haben. Versuche, diese Ansatzpunkte praktisch auszubauen, können viel dazu beitragen, die eingangs erwähnte Unzufriedenheit aus ihrer Ratlosigkeit zu führen.

Der Kampf gegen die steigende Flut sozialer und ökologischer Zumutungen ist als Kampf um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Einkommen, Staatsausgaben und Regulationen nicht zu gewinnen, weil der Boden von Staat, Arbeit, Markt etc., auf dem diese Auseinandersetzungen geführt werden müssen, gleichzeitig wegbricht (und dieser positiv besetzte Gesamtzusammenhang für die Mehrheit der Menschen auf der Welt schon immer eine Katastrophe war).

Es ist absolut lebensgefährlich geworden, die Existenz der menschlichen Gesellschaft weiter vom blindwütigen Prozess der Verwertung und von diesem dienstbaren staatlichen Institutionen bestimmen zu lassen, menschliches Leben davon abzuhängig zu machen, ob sich investiertes Kapital noch vermehren lässt und das Wohl und Wehe von Menschen davon entscheiden zu lassen, ob eins noch imstande ist, durch irgendeine „Arbeit“ zu diesem Prozess irgendwie beizutragen. Der Ruf nach „mehr Demokratie“, „Wir-wollen-Arbeit“-Sprechchöre und Pensionssicherungs-Streiks, „damit es so bleibt wie bisher“, drohen allmählich zu einer autoaggressiven Selbstpersiflage der Beteiligten zu werden. Der Kampf hat dann eine Perspektive, wenn die Ansprüche sich

nicht auf Geld und das Verlangen staatlicher Regulierungen beschränken, sondern den Zugang zu stofflichen Ressourcen und die autonome Gestaltung menschlicher Lebenszeit ins Auge fassen. Rentabilität und Finanzierbarkeit sind als Kriterien zu demontieren, als widersinnig, ökologisch verheerend und selbst die einfachsten menschlichen Überlebensbedürfnisse ignorierend anzugreifen. Es gilt die Frage zu stellen und zum Gegenstand einer breiten Auseinandersetzung zu machen, was ein „Gutes Leben“ ist, was wir dazu brauchen und tun müssen und zunächst einmal und vor allem: was wir dafür auf keinen Fall länger tun und verschwenden dürfen.

Wir sind inmitten einer blind globalisierten Gesellschaft atomisierte, von Konkurrenz gesplante Arbeitende und Konsumenten, die in erster Linie durch Geld- und Arbeitsbeziehungen miteinander in Kontakt stehen und nur ausnahmsweise und vorübergehend gemeinsame Interessen vertreten. Wir werden zunehmend hilfloser, weil wir zunehmend überflüssig sind und ausgeschlossen werden vom Zugang selbst zum Nötigsten.

Kraft kann eine Bewegung gegen diese Entwicklung dann gewinnen, wenn sie nicht bloß Forderungen an Staat und Unternehmen stellt, sondern selber konkrete Schritte unternimmt, den wert-vermittelten (Geld, Warenkonsum, Konkurrenz etc.) gesellschaftlichen Zusammenhang in einen direkten, kommunikativen, persönlichen und persönlich verantworteten zu verwandeln; wenn sie sich daran macht, die für ein „Gutes Leben“ nötigen, heute von der Verwertung beschlagnahmten und vergeudeten bzw. stillgelegten materiellen und geistigen Ressourcen schrittweise selbst in die Hand zu bekommen und kooperativ zu nutzen, neu zu gestalten und zu entwickeln. Pointiert gesagt, brauchen wir nicht einfach eine Widerstandsbewegung, sondern eine globale Aneignungs- und Genossenschaftsbewegung.

Dass jeder Erfolg in dieser Richtung die Wirtschaft schädigt, den Staat schwächt und die Krise vertieft, ist klar und kann niemanden schrecken, der aus diesen Beziehungen herauskommen will: Statt Arbeit für den abstrakten Zweck der Geldvermehrung sinnvolle Tätigkeit für die gemeinsame Gestaltung des Lebens – vom alltäglichen Umkreis bis auf die Ebene des ganzen Planeten.

Was es für den skizzierten Bruch mit den bankrotten gesellschaftlichen Beziehungen und den dazu gehörenden Gedanken braucht, ist geistige Auseinandersetzung und jede Menge Experimente. Und das nicht erst morgen, sondern jetzt.

Jenseits des Klassenkampfes

von Robert Kurz

Traditionsmarxisten bekommen immer noch feuchte Augen, wenn sie die Begriffe der „Klasse“ und des „Klassenkampfes“ in den Mund nehmen. Ihre Identität als Kapitalismuskritiker steht und fällt mit diesen Termini. Aber in den Verhältnissen eines vereinheitlichten kapitalistischen Weltsystems zu Beginn des 21. Jahrhunderts, unter den Bedingungen von 3. industrieller Revolution, betriebswirtschaftlicher Globalisierung und sozialer Individualisierung, wirkt das klassentheoretische Paradigma des „Proletariats“ merkwürdig verstaubt. Je trotziger die marxistischen Veteranen die Aussage zelebrieren, dass wir „immer noch in einer Klassengesellschaft leben“, desto weniger bringen sie die Verhältnisse zum Tanzen, obwohl oder gerade weil sich die kapitalistischen Widersprüche zuspitzen wie nie zuvor und eine sozialökonomische Weltkrise neuen Typs den Planeten erschüttert. Die Rede von der „Wiederkehr der Klassen“ bleibt hilflos und oberflächlich soziologisch ohne ökonomiekritische Grundlage. Deshalb nützt sie den neuen Massenbewegungen gegen kapitalistische Globalisierung, Krieg und sozialen Verfall nichts.

Der Begriffsapparat radikaler Kritik muss entstaubt werden. Die Marxsche „revolutionäre Klasse“ war eindeutig das Fabrikproletariat des 19. Jahrhunderts. Durch das Kapital selbst vereinigt und organisiert, sollte sie dessen Totengräber werden. Die lohnabhängigen sozialen Gruppen der abgeleiteten Bereiche von staatlichen und kommerziellen Dienstleistungen, Infrastrukturen usw. konnten dem „Proletariat“ lediglich als eine Art Hilfstruppen zugeschlagen werden, und auch das nur, solange dieses noch als sozialer Massenkern in den kapitalproduktiven Fabriken dominierte. Bei einer Umkehrung des Zahlenverhältnisses, wie es sich schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts angedeutet hatte (und vom alten Marxismus, etwa in der Bernstein-Debatte, nur oberflächlich reflektiert wurde), konnte das traditionelle Klassen- und Revolutionsschema nicht bestehen.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und in anderen sekundären Sektoren, die allmählich die Mehrheit in der kapitalistischen Reproduktion stellen, sind

nicht nur soziologisch, sondern auch ökonomisch etwas anderes als das alte „Proletariat“. Ihre Reproduktionskosten sind ebenso wie die Kosten ihres ganzen Tätigkeitsbereichs abgeleitet aus der industriellen Mehrwertproduktion. In demselben Maße jedoch, wie sich das Verhältnis von der Größenordnung her umkehrt, kann die „Finanzierung“ dieser Sektoren nicht mehr aus der realen Mehrwertproduktion kommen, sondern muss durch Vorgriff auf zukünftigen Mehrwert, in erster Linie durch Staatsverschuldung und staatliche Geldschöpfung, aber auch durch Privatverschuldung und „Finanzblasenwirtschaft“ simuliert werden. Schon Hilferdings Theorie des „Finanzkapitalismus“ ist in diesem Kontext zu sehen, ohne dass der Autor sich dessen bewusst gewesen wäre. Tatsächlich bedeutet das nichts anderes, als dass das Kapital selber durch die strukturelle Notwendigkeit und das numerische Übergewicht der öffentlichen Dienste und anderer sekundärer Sektoren einen *Grad der Vergesellschaftung* hervorbringt, den es selber nicht mehr tragen kann.

In der 3. industriellen Revolution spitzt sich dieser Widerspruch zu. Das Kapital zerstört seine eigene Grundlage in einer Zangenbewegung: Einerseits dehnen sich die Bereiche weiter aus, die in der Reproduktion des Gesamtkapitals als „tote Kosten“ erscheinen. Andererseits lässt die mikroelektronische Revolution den kapitalproduktiven Kern der industriellen Produktion schrumpfen wie nie zuvor. Die Marginalisierung des Fabrikproletariats ist identisch mit der fundamentalen kapitalistischen Krise neuen Typs. Die sekundären öffentlichen Sektoren können zwar formal durch Privatisierung in kommerzielles Kapital verwandelt werden, aber weil sich dadurch ihr ökonomisch abgeleiteter Charakter nicht ändert, werden sie gleichzeitig abgebaut und geradezu niedergerissen. Indem es in seinen Formen den erreichten Vernetzungsgrad nicht aufrecht erhalten kann, entgesellschaftet das Kapital die Gesellschaft. Das Resultat ist eine Krisensoziologie von Massenarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, von Scheinselbständigen und Elendsunternehmern, von alleinerziehenden Müttern und flexibilisierten Job-

hoppfern usw., bis hin zum Absturz der Dritten Welt in die primitive Subsistenzwirtschaft und Plünderungsökonomie.

In dieser Krise enthüllt sich auch das Wesen der Konkurrenz, die schon im Begriff des Kapitals selbst liegt. Nicht nur Arbeit gegen Kapital konkurriert, sondern auch Arbeit gegen Arbeit, Kapital gegen Kapital, Branche gegen Branche, Nation gegen Nation, und jetzt eben auch Standort gegen Standort, Wirtschaftsblock gegen Wirtschaftsblock, Mann gegen Frau, Individuum gegen Individuum, sogar Kind gegen Kind. Der „Klassenkampf“ hat sich in dieses System der universellen Konkurrenz als integraler Bestandteil aufgelöst und an sich als dessen bloßer Spezialfall enthüllt, der das Kapital überhaupt nicht transzendieren kann. Er war vielmehr auf einer niedrigen Entwicklungsstufe geradezu seine immanente Bewegungsform, als es noch darum ging, die Fabrikproletarier als bürgerliche Subjekte in diesem Gefüge anzuerkennen. Damit man konkurrieren kann, muss man in denselben gemeinsamen Formen agieren. Kapital und Arbeit sind eigentlich nur verschiedene Aggregatzustände ein und derselben gesellschaftlichen Substanz. Arbeit ist lebendiges Kapital und Kapital ist tote Arbeit. Die neue Krise besteht aber gerade darin, dass durch die kapitalistische Entwicklung selbst die Substanz der „abstrakten Arbeit“ an der kapitalproduktiven Basis abgeschmolzen wird.

Damit verliert der Begriff des „Klassenkampfes“ seine metaphysische, scheinbar transzendierende Leuchtkraft. Die neuen Bewegungen können sich nicht mehr „objektivistisch“ und *formal* durch eine Ontologie der „abstrakten Arbeit“ und durch ihre „Stellung im Produktionsprozess“ selbst definieren. Sie können sich nur noch *inhaltlich* definieren durch das, was sie wollen. Nämlich was sie verhindern wollen: die Zerstörung der sozialen Reproduktion durch die falsche Objektivität der kapitalistischen Formzwänge. Und was sie als Zukunft gewinnen wollen: den vernünftigen gemeinschaftlichen Einsatz der erreichten Produktivkräfte gemäß ihren Bedürfnissen statt gemäß den verrückten Kriterien der Kapitallogik. Ihre Gemeinsamkeit kann nur noch die Gemeinsamkeit der emanzipatorischen Zielsetzung sein, nicht die Gemeinsamkeit einer vom Kapitalverhältnis selbst definierten Versachlichung. Was die Praxis bereits blind tastend vollzieht, muss die Theorie noch auf den Begriff bringen. Erst dann können die neuen Bewegungen auch auf neue Weise jenseits des alten Klassenkampfmythos radikal kapitalismuskritisch werden.

Sozialkritik in Zeiten der Konterreform

von Franz Schandl

Schön langsam spüren es auch die krisenresistenten Geister. Irgendwie funktioniert das alles nicht mehr. Die Portionen an Ideologie, die notwendig sind, die Wahrnehmung von der Wahrheit abzuhalten, werden größer. Doch unbarmherzig schlägt die Wirklichkeit zu.

Was wir erleben, das ist die Abwicklung sozialer Sicherungssysteme in den Zentren des Kapitals. Die Netze reißen. Nicht nur in Österreich, Deutschland oder Frankreich, sondern überall. Diese Abwicklung ist nicht politisch gemacht, gar von bösen Neoliberalen hervorgebracht, sondern entspricht den kollabierenden öffentlichen Haushalten, die ganz einfach die rechtlich verbindlichen Ansprüche nicht mehr tragen können. An dieser Einsicht führt nichts vorbei. Ob es sich um die Pensionen oder Renten handelt, die Kinderbetreuung, das Gesundheitswesen, die Arbeitslosenversicherung: diese Leistungen müssen zurückgefahren werden, weil sie nicht finanzierbar sind. Aber wohlgemerkt: Nicht nicht machbar sind diese Leistungen, sondern nicht finanzierbar, das heißt über das Medium Geld herstellbar.

Der Staat kann lediglich leisten, was er sich auch leisten kann. „Das ökonomische Dasein des Staats sind die Steuern“, sagt Marx (MEW, Bd. 4, S. 348). Dessen Stärke speist sich aus ihrem Volumen. Die außerökonomische Gewalt ist also in jeder Hinsicht abhängig vom Markt und was dieser für jenen abwirft. Dessen Fluidum, das Geld, ist ebenso seines. Der Staat kann nur beschließen, was er bezahlen kann oder irgendwann einmal bezahlen wird können. Das bedeutet aber auch, dass seine Souveränität eine gebrochene ist, sie steht unter dem Diktat der Verwertung. Politik darf entscheiden, was Ökonomie zulässt. Öffentliche Institutionen sind völlig abhängig

von den produktiven Potenzen der nationalökonomischen Formation. Keine Politik kann sich darüber hinwegsetzen.

Von der Synchronität zur Asynchronität

In Zeiten des Fordismus konnte noch von einer Synchronität von Finanzen und Vorhaben gesprochen werden. Die westeuropäischen Staaten verfügten in dieser Phase über eine *relative Handlungsautonomie*, weil die Geldmenge in Hinsicht auf die Bedienungsbedürftigen einfach vorhanden gewesen ist. Die Gesamtwertprodukte staatlich verfasster Gesellschaften sind dazumals gestiegen, während heute die Gesamtwertprodukte absinken, bzw. überhaupt der Staat als reeller Gesamtkapitalist (nicht nur wegen der Globalisierung) verfällt.

Vor allem das Steuermonopol, einst eines der wichtigsten Mittel bürgerlicher Staaten wird porös. Die Chance sich zu entziehen, wird größer, nicht für internationale Konzerne, sondern auch für die so genannten neuen Selbständigen, die anders als die traditionellen Lohnabhängigen (aber auch Pensionisten und Empfänger von Sozialleistungen) nicht so leicht überprüfbar sind und somit beschnitten werden können. Der Typus des Normalarbeitsverhältnisses ist jedoch im Verschwinden begriffen, der atypisch Beschäftigte wird zusehends zur entnormierenden Norm.

Immer deutlicher ist der Fiskus darauf angewiesen, gerade dort etwas zu holen, wo er noch was holen kann: bei Arbeitern und Angestellten, Beamten und Arbeitslosen, Rentnern und Sozialhilfeempfängern. Da hat er nicht nur eine formelle, sondern auch eine materielle Möglichkeit reinzuschneiden. Insgesamt jedoch minimiert sich das Durchgriffsrecht des Staates. Sein Instrumentarium versagt, auch wenn er sich „heldenhaft“ dagegen wehrt und eine Reform nach der anderen abwirft. Diese führen

zwar zu diversen Restriktionen, doch sie gestalten sich nicht als Dispositive der Macht, die ihren Willen den Gesellschaftsmitgliedern rigoros aufzwingen können. Eher schon sind sie Setzungen der Ohnmacht, da nützen auch keine „Aktion scharf gegen Steuersünder“ oder andere Maßnahmen.

Anstieg der Arbeitslosigkeit bedeutet sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben für öffentliche (oder quasi-öffentliche) Haushalte. 0,2 Prozent Arbeitslose sind etwas anderes als 2 Prozent Arbeitslose oder gar 20. Folgerichtig werden diese Einrichtungen die Leistungen dumpfen, um überhaupt zahlungsfähig zu bleiben. Zumutbarkeitsbestimmungen werden erhöht, die Bezugsdauer wird gekürzt, die Durchrechnungszeiträume werden verlängert, ja man denkt sogar wieder an die Aussteuer.

Der grassierende, ja inzwischen rasend gewordene Sozialabbau ist also objektiv begründet, nicht irgendeinem strategischen neoliberalen Konzept zu verdanken. Nicht diese haben jenen erfunden, sondern umgekehrt jener sie. Das liberale Triumphgeheul sollte darüber nicht hinwegtäuschen; wäre wirklich genug Geld vorhanden, hätten die Sozialdarwinisten gegenüber den Keynesianern, den Sozialdemokraten aller Lager, überhaupt keine Chance gehabt.

Das Getriebe ist kaputt. Wir sind in der Asynchronität gelandet, was meint, dass die öffentlichen Ausgaben und die öffentlichen Einnahmen sich auseinanderentwickeln, sei's im Gesamten, sei's im Einzelnen. Alle Maßnahmen, die heute auf der rechtlichen Ebene durchgesetzt werden oder durchgesetzt werden sollen, dienen dazu, diese wieder in Einklang zu bringen. Das jedoch hat wenig Aussicht auf Erfolg, im Gegenteil, es wird die Lage noch verschärfen. Diese Schere ist strukturell bedingt, nicht willentlich gemacht, und ist daher auch nicht willentlich, etwa durch Umverteilung, abzuschaffen.

Neue Homepage-Adresse:

www.streifzuege.org

Reform als Konterreform

In Zeiten des Fordismus war die *Sozialreform* die obligate Zugabe steigender öffentlicher Einnahmen, wenn auch letztlich in sozialen Auseinandersetzungen erkämpft. Die Realisierungsform sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Durchsetzung des Wohlfahrtsstaates auf einer soliden finanziellen Basis aufbaute. Der Spielraum war vorhanden, er wurde auch genutzt, ja verführte deren Träger zu der Illusion, dass es stets so weitergehen könnte.

In Zeiten des Postfordismus ist Reform zur Gegenreform, zur *Konterreform* geworden. Unter Reform ist heute absolut nichts Wohltätiges zu verstehen, sondern die kalte Restriktion. Spätestens seit 1989 sollten wir wissen, dass Revolution und Konterrevolution eins sein können, beide sind zu verstehen als radikale Etablierung bürgerlicher Verhältnisse. Gleiches gilt für Reform und Konterreform. Reform heute ist nur noch als Konterreform zu haben.

Der Reformbegriff ist ähnlich verräterisch wie der Revolutionsbegriff. Reform kann doch bloß meinen, die vorgefundene Form wieder zu formieren, eben zu reformieren. Dieses *Zurück* ist im Begriff ausgedrückt und sollte nicht überlesen werden. Insofern widersprechen sich – bezogen auf ihre strukturelle Aufgabe, nicht bezogen auf ihre konkreten Auswirkungen – Reform und Konterreform nicht. Und nur so als Notiz am Rande: *Sozialreform oder Revolution?*, ist heute eine völlig falsche Frage. Beides nicht!

Kritik müsste jedenfalls woanders ansetzen, nicht die Reform als Nichtreform punzieren, sondern die Reform überhaupt als ausschließlich bürgerliches Vehikel ansehen. Die sich selbst entwertende Reform ist dementsprechend zu entwürdigen. Reform ist und war immer der Versuch der Zusammenbringung ökonomischer und sozialer Verhältnisse. Die Anpassung dieser an jene. Konterreform ist nichts anderes. Erodiert die Wirtschaft, erodiert mit ihr auch das Soziale.

Die Aufgabe der Politik besteht darin, dies zu gewährleisten und zu flankieren, letztlich aber es umzusetzen. Die soziale Abwicklung ist zwar nicht politisch gemacht, also von wegen in der Politik vorgedacht und *hergestellt*. Die Abwicklung wird aber doch politisch *erledigt*. Politik ist in der bürgerlichen Gesellschaft jenes Zentrum, wo alles durchlaufen muss. Gerade deswegen wird ihr ob der offensichtlichen Aufmerksamkeit zumeist eine Kompetenz zugewiesen, die sie nicht hat, die aber doch aufdringlich so erscheint als ob sie sie hätte.

Vom Klassenkampf zur Deklassierung

Nicht nur der Wert verfällt, es verfallen auch die Klassen. Zuordnungen werden schwieriger, Individuen wechseln ihre Rollen und Charaktermasken oftmals in ungeheurem Tempo bzw. sind überhaupt hybride Gestalten. Interessen gehen auch in ihnen selbst ineinander und durcheinander. Da kann einer Lohnarbeiter sein, aber gleichzeitig als Shareholder bei einer Privatpension mitspielen. Als Produzent will er hohe Löhne, als Konsument will er niedrige Preise, als Kreditnehmer will er niedrige Zinsen, als Sparer will er selbstredend hohe. Der bürgerliche Grundwiderspruch liegt diesbezüglich in jedem Einzelnen selbst, der kapitale Imperativ lautet: *billig kaufen, teuer verkaufen*.

Der Klassenkampf (auch wenn er unter dem Vokabel Umverteilung oder soziale Gerechtigkeit firmiert) war eine bestimmende Kommunikationsform einer abgelaufenen Epoche. Er war stets positiv auf Arbeit, Wert und Geld bezogen. In ihm kollidierten unterschiedliche Interessen, aber Interessen, die sich innerhalb einer bestimmten Form entwickelten und abspielten. Beim Klassenkampf geht es um die Verwirklichung des Werts der Ware Arbeitskraft, um die Regulierung des Lohnsystems. Er ist das notwendige Treibmittel der In-Wert-Setzung.

Heute ist der Klassenstandpunkt nur noch ein bornierter Interessenstandpunkt, der nach keinem Jenseits fragt. Nicht einmal an den sozialen Abwehrkämpfen wird er sich hochziehen können. Das ist auch der Hauptgrund, warum die gegenwärtigen sozialen Kämpfe sich dem Inhalt nach als derart lahmarschig erweisen, so lebendig ihre Form auch zeitweilig sein mag. Soziale Kämpfe sind nicht an Klassenfronten auszurichten, sondern sie haben diese, wo sie noch bestehen zu durchbrechen. Die *negative Klassenlosigkeit*, die das System hervorbringt, ist durch eine *positive Klassenlosigkeit* zu ersetzen. Die negative Auflösung der Klassen ist weit fortgeschritten, wenngleich wir damit kein neues emanzipatorisches „Subjekt“ gewinnen, sondern bloß noch der puren Form zu huldigen haben, das heißt auf den Status der reinen Geld- und Warenmonade abgerichtet werden.

Zielführend erscheint hier der Begriff der Deklassierung. *Deklassierung* bedeutet, dass die Menschen aus ihren einst festen Verankerungen herausfallen. Sie verlieren die Arbeit, bleiben aber Arbeitsmonaden, sie haben zu wenig oder kaum Geld, bleiben aber Geldsubjekte, sie haben Ansprüche

und Bedürfnisse, aber ihre Erfüllung ist an die Verwertung geknüpft, die immer weniger und immer weniger gelingt. Und wie schon oben gesagt, sie sind vieles durcheinander und dementsprechend auch viel durcheinander.

Die Deklassierung betrifft alle Klassen und ihre Schichten, eindeutige Zuordnungen gehören der Vergangenheit an. Das zeigt sich auch an dem banalen Umstand, dass die Beziehungen und Freundschaften unserer Generation kaum noch etwas mit sozialen Schranken zu tun haben, auf jeden Fall um vieles weniger als in der Ersten Republik oder auch noch in den ersten Nachkriegsjahren. „Which side are you on“, diese Frage verliert an Berechtigung und Relevanz. Nicht die Stellung *in* der Konkurrenz ist gefragt, sondern die Stellung *gegen* die Konkurrenz.

Die Deklassierung ist nicht mehr rückgängig zu machen. Es ist paradox: Die Klassenwidersprüche entschärfen sich, aber die sozialen Widersprüche verschärfen sich. Die Gemeinschaft der Klasse trägt nicht mehr, von ihren immanenten Alternativen (Rasse, Nation, Volk, Betrieb, Standort) ganz zu schweigen. Die sind noch deutlicher als die Klasse dem Arsenal der in letzter Konsequenz terroristischen Konkurrenz entsprungen. Das sind keine Auswege, sondern gemeine Abwege in die Barbarei.

Nicht zum Ausdruck hat sich der Proletarier zu bringen, sondern als potenzieller Mensch ausdrücklich gegen seine Funktion Stellung zu beziehen. Um zu sich zu kommen, muss er außer sich sein, eben sich nicht mit seinem Daherkommen und dem Sosein identifizieren, sondern dieses auf Schritt und Tritt hinterfragen, ja *hintergehen*. Nicht irgendein Klassenbewusstsein ist gefordert, sondern ein Denken und Handeln wider die normierten und absehbaren Schicksale. Zuweisungen sind als Zumutungen zu charakterisieren. Als negative Hüllen, nicht als positive Bestandteile. Der Nucleus des *Ich* ist die Attacke gegen *Sich*.

Gegen die *Subjekthaftigkeit* selbst gilt es zu rebellieren, nicht nach einem besonderen Subjekt der Umwälzung zu suchen. Das gibt es nicht, es ist auch geradezu absurd in einer bestimmten bürgerlichen Rolle den Träger der Umwälzung zu entdecken anstatt die Umwälzung der bürgerlichen Rollen zum Gegenstand zu machen. Emanzipation ergreift also nicht irgendeine spezifische, der Kapitalherrschaft unterworfenen Klasse und lässt eine ihrer Charaktermasken gegen das Kapital aufmarschieren, sondern ganz anders: Nicht bestimmbar Subjekte werden die Transvolution bewerkstelligen, sondern eben die über ihre Subjekthaftig-

keit hinauswachsenden Menschen. Emanzipation begänne, wenn Charaktermasken versuchen sich ihrer vorbestimmten Rollen zu entledigen. Das Subjekt kann sich nur gegen andere Subjekte setzen, das *Anti-Subjekt* hingegen, das eben *Nicht-unterworfen-sein-Wollende*, stellt das Subjekt an sich in Frage. Ideell, und wo geht auch reell.

Der Mensch muss werden können, er ist nicht vorauszusetzen. In der Warenmonade ist nur menschlich, was sich gegen das Ware-Sein sträubt und widersetzt. Transvolutionäre Selbstsetzung bedeutet: Ich will nicht! Kein Arbeiter will ich sein. Der Pflicht, mich zu verdingen, widerspreche ich. Keine Ware will ich sein. Keine Ware will ich kaufen, keine Ware will ich verkaufen. Niemand darf unter die Räder kommen. Niemand.

Von der Konkurrenz...

Die Konkurrenz ist nicht bloß ein äußerer Zwang, sondern auch der innere Modus der Subjekte. Der marktwirtschaftliche Typus wird seriell hergestellt. Die Formierung scheint weit fortgeschritten. Nichts wird in Zeiten allgemeiner Egomaneie so verhöhnt wie der Altruismus. Menschen, die sich nicht auf der Siegerstraße befinden, sollen aus unserem Blickfeld verschwinden. Da jeder sich selbst gehört, ist auch jeder für sich selbst verantwortlich. Ich bin meiner mir mich. Nicht Solidarität oder zumindest Betroffenheit ist angesagt, sondern in erster Linie Gleichgültigkeit oder im schlimmsten Fall sogar offene Aggression: „Eure Armut kotzt uns an!“

Die Frage: *Wie viel verdienst Du?*, muss eine ähnliche Ächtung erfahren wie etwa die Frage: Wie viele Köpfe hast Du abgeschlagen? Ihre Gemeinsamkeit liegt im Konkurrenzverhältnis, wo es darum geht, wie viel(e) jemand zur Strecke bringt. Wir hingegen wollen etwas auf den Weg bringen und niemanden zur Strecke, sondern ermöglichen, dass alle gut versorgt sind, unabhängig von ihren Einbringungen.

Solidarität war zumindest in Ansätzen etwas gewesen, was auf ein Jenseits der zwänglerischen Identität (*Ich bin ich*; oder im österreichischen Plural *Mia san mia*) verwies. Jenes besagt, dass ich für die anderen da bin, und dass sie für mich da sind. Auf der mikroökonomischen Ebene wurde durch das Versicherungsprinzip sogar das Tauschprinzip gemildert. Der Sozialstaat war aber stets nur Zusatz, nicht Gegensatz zum Markt oder gar Vorwegnahme des Sozialismus, wie der alte Reformismus unterstellte.

Robert Menasse bleibt es überlassen, zu behaupten, „dass die Idee des Sozialstaats

und der sozialen Marktwirtschaft (sic!, F.S.) nicht nur eine implizite Konsequenz der bürgerlichen Revolution ist, sondern letztlich der pragmatisch größte Schritt in Richtung einer gerechteren Welt seit der Menschenrechtsdeklaration“ (Falter 19/03, S. 14). Und dem Komparativ folgen sogleich galoppierende Superlative: „Die Idee des Sozialstaats ist die schönste, stolzeste, vernünftigste und avancierteste Idee aller Sozialutopien. Sie ist die einzige Utopie, die sich relativ weitgehend in der Praxis beweisen konnte, ohne dass auch nur einer darunter gelitten hätte“ (ebenda).

Woher denn das zu verteilende Mehrprodukt gekommen ist, was dessen historische Genese gewesen sein mag, das möchte Menasse denn besser gleich gar nicht (mehr) wissen. Vielleicht sollte man diesen Hymnus als Flugblatt auf den Fluren der Arbeitsämter verteilen, ja allen Sozialhilfeempfängern eines zusenden, damit auch ihnen Kenntnis von diesem Wunderding zuteil wird. Auf dass alle wissen, dass es ein Leiden am oder gar durch den Sozialstaat gar nicht gibt, und somit wohl als (um auch einen Superlativ zu missbrauchen) die persönlichste Überempfindlichkeit angesehen werden muss.

Indes, der Sozialstaat war immer eine fragile Notlösung gewesen, nicht Selbstbestimmung war da angesagt, sondern Abfütterung durch staatliche Fürsorge. Eben weil die Gesellschaft keinen solidarischen Bedürfnissen und Wünschen entsprochen hat, musste der Staat im Interesse des Allgemeinen einspringen. Aber dies war auch nur möglich gewesen in einigen wenigen reichen Ländern des europäischen Westens und Nordens. Der Sozialstaat war ein dem Kapital integriertes und von ihm gespeistes, zeitlich und räumlich begrenztes Phänomen. Er war Etappe, nie Ziel.

...über den asozialen Imperativ...

Der Verfall des Sozialen wird mehr oder weniger fatalistisch hingenommen. Man glaubt sowieso nichts machen zu können. Die Erfahrungen weisen in diese Richtung. Nach der ersten Aufregung verpufft der Widerstand. Das Wehren verunglückt meist im Anfangsstadium, vor allem an den antiquierten Vorstellungen und Anstalten. Derweil droht zugespitzter marktwirtschaftlicher Konkurrenzismus: Jeder gegen jeden! Der soziale Kannibalismus hat Hochsaison. Marktteilnehmer sind darauf abgerichtet, sich eben nicht nur als Arbeits- und Markt-, sondern auch als Sozialkonkurrenten zu verhalten. Man bleibt nur übrig, wenn dem anderen möglichst wenig übrig bleibt. Das

Leistungsprinzip oder besser die Ökonomie der Ausgrenzung reproduziert ausgrenzende Individuen. *Wem nehmen wir etwas weg?*, ist deren vorrangige Frage. Was ich will, gesteh ich keinem andern zu, lautet der *asoziale Imperativ*.

Das leistungsbezogene Credo inszeniert sich freilich als unerschütterliche Größe: Wer will, der kann. Und wer nicht kann, will nicht. Ist ein Saboteur. Ein Schmarotzer. Ein Parasit. Ein Bluteigel. Wir wollen auf unsere Kosten kommen, aber niemand darf auf unsere Kosten leben. Dass dem so sei, ist pathischer Konsens. Vom sozialdarwinistischen Topos zur rassistischen Verachtung ist es nur ein kleiner Schritt. Die Verfolgung so genannter Interessen der Eigenen ist die Verfolgung der Anderen, so das bürgerliche Kernprinzip des Rassismus.

Viele möchten sich vor der Konkurrenz dahingehend schützen, indem sie andere (Ausländer, Sozialschmarotzer, Beamte, Politiker, Spekulanten, Juden) stigmatisieren und diese aus der Konkurrenz resp. den sozialen Leistungen ausschließen oder doch abdrängen wollen. Sie möchten ihren sozialen Status sichern oder verbessern, indem nach bestimmten Merkmalen gesonderte Gruppen regelrecht und vor allem a priori abgewertet werden. Konkurrenzsubjekte verfolgen Konkurrenzsubjekte nicht bloß als Konkurrenzobjekte, sondern auch als Sündenböcke. Der *Sündenbock* ist der Prototyp der falschen Aufhebung der Konkurrenz in partikularen Gemeinschaften mit ausgeprägten Feindbildern.

Denken wir an die zeitweilige Überführung der österreichischen Pensionsreformdebatte in ein Gezeter über Politikerprivilegien. Zweifellos schamlose Vorrechte werden so lauthals skandiert, dass in diesem Getöse alles andere untergeht. Und alle schreien bis hin zu den noch nicht verrenteten Politikern: Welch Ungerechtigkeit! Weg mit diesen Bezügen! Zuerst die! Dann wir. Wir sollen nicht über den Sozialabbau und seine strukturelle Basis diskutieren, sondern ihn im Gegenteil regelrecht propagieren, indem wir uns dazu hergeben zu skandieren: „Die dürfen aber auch nicht ausgenommen werden.“ Opfer schreien nach Opfern. Wie ginge es uns allen besser, würden die Politiker nicht 5000 Euro Pension, sondern nur mehr 2000 bekommen. Da käme Freude auf. Schadenfreude ist die wirkliche Lebensfreude des verunglückten und unglücklichen Individuums. Auch darin offenbart sich die destruktive Potenz des Konkurrenzsubjekts.

Dass das Angegriffene ebenso wenig zu verteidigen ist wie der Angriff zu unterstützen, dürfte immer mehr zu einem Sujet

unserer Zeit werden. So auch hier. Solche Attacken lenken nicht bloß ab, sie betätigen sich vielmehr als Unterstützerinnen der Kürzungen. Alle müssen bluten, die schamlosen Politiker, so wollen es Boulevard und Stammtisch, halt etwas mehr. Diese Pseudodebatten führen geradewegs dazu, dass Notwendigkeit und Ritual der Opferung ausdrücklich anerkannt werden. Die prinzipielle Bereitschaft, irgendwo einzusparen, ist flächendeckend gegeben und wird periodisch durch solche Kampagnen reproduziert. So stört auch weniger der Sozialabbau – man höre nur die Gespräche, wo alle so genau wissen, wo man denn reinschneiden könnte –, als dass man selber drankommen soll.

...zum Kannibalismus

Wer bleibt über? Wer frisst wen? Konkurrenz verschärft sich zum Kannibalismus: Und das ist auch bestechend logisch, solange nicht an der Verwertbarkeit und den Kosten gekratzt wird. Solange also die Fetische bürgerlicher Verkehrsverhältnisse unberührt bleiben, steht nicht die Machbarkeit im Zentrum, sondern stets die Finanzierbarkeit.

Die Rette-sich-wer-kann-Mentalität (die Fortsetzung von „Jeder ist seines Glückes Schmied“) entpuppt sich als das Vorhaben beim gemeinsamen Untergang des kapitalistischen Bootes als letzter oder doch zumindest später dranzukommen. Und wenn die anderen absaufen, an uns ist es noch nicht, an uns liegt es auch nicht, wir verhalten uns ganz normal. Und so helfen wir in diesem Spiel der beschleunigten Exklusion praktisch mit, unzählige über Bord zu werfen, bevor wir selbst an der Reihe sind. Das erscheint uns wie das Selbstverständlichste auf der Welt.

Die Kampfzonen erfassen ein Gebiet nach dem anderen. Kannibalistische Konkurrenz gibt es natürlich nicht nur als Individuum gegen Individuum, Betrieb gegen Betrieb, Supermarkt gegen Supermarkt, Standort gegen Standort, Staat gegen Staat, sondern zunehmend auch als ein irres Gerangel öffentlicher Körperschaften um die Beute am Bürger. Gelegentlich kommt es da freilich zu nicht beabsichtigten Folgen, kleinen und größeren Havarien. Casht die Pensionsversicherung eins außertourlich ab, geht der Kindergartenbeitrag auf Null. So ein Erlebnis der hauseigenen Wir-AG.

Und das ist kein Einzelfall: Drängt man die Leute aus dem Arbeitslosenbezug, explodiert die Sozialhilfe, erhöht man die Krankenversicherung, muss das Finanzamt

passen. Vice versa. Zwingt man die Leute länger zu arbeiten, entlastet man die Pensionsversicherung, aber man belastet die Arbeitslosenversicherung und die Krankenversicherung. Für Junge wird der Arbeitsmarkt zusätzlich verstopft, Ältere werden öfters in den Krankenstand müssen wie flüchten. Usw., usf. Die öffentlichen Institutionen benehmen sich tendenziell wie kleine, outgesourcte marodierende Banden, die nicht bloß ihren Kunden ans Fell wollen, sondern auch danach trachten müssen, anderen Banden die fälligen Tribute abzugagen.

Zwingt man die Leute ins neue Unternehmertum, dann sinken zwar die Zahlen der Arbeitslosen und die Kosten für der Arbeitslosenversicherung, aber es sinken auch die Einnahmen der öffentlichen Hand durch die Steuern. Wie will man effektiv die Abschreibeposten der vielen kleinen selbständigen Fische überprüfen? Was bei den Großen nicht gelingt, gelingt auch im Kleinen nicht. Dazu bräuchte man einen Polizeistaat, der wiederum in dieser Form nicht leistbar wäre. Aber eigentlich spricht man über solcherlei nicht.

Doch auch die Kunden sind nicht blöd und gamblen dienstefrig mit, indem sie die Banden gezielt gegeneinander ausspielen. Was aber selbst im besten Fall zur Folge hat, dass die Eigenverwaltung der kleinen Ich-AGs aufwendiger wird, will man im kannibalistischen Treiben genug zu fressen bekommen. Je besser man ist oder auch trixt, desto restriktiver müssen die öffentlichen Banden auf die privaten Banden reagieren. Die ihrerseits verfügen aber auch über Trainerstäbe von Steuerberatern, Konsumentenschützern und Interessensvertretern. In diesem Klima muss man mitunter jede Minute damit rechnen übervorteilt, gelegt und gelinkt zu werden. Die Kategorie des Vertrauens verschwindet.

Wären die Leute noch klüger als sie sind, würden etwa alle Sozialleistungen lukriert, wäre der Sozialstaat sowieso bereits bankrott. Der absolut nicht zum Thema gemachte *Leistungsverzicht* ist nämlich nicht von schlechten Eltern, ganz im Gegensatz zur erschlichenen Leistung. Daher geht man auch zusehends von der Bewirtungspflicht (wo der Staat von sich aus (wohl)tätig wird, z.B. bei der „Allgemeinen Familienbeihilfe“) zur Bittpflicht über. Wer nicht alle Unterlagen bringt, die Formulare korrekt ausfüllt und die Fristen einhält, hat das Nachsehen. Und es wird mühsamer und komplizierter.

Als Beispiel sei die Allgemeinen Wohnbeihilfe der Gemeinde Wien angeführt, wo nicht nur unzählige gleich auf das Ansuchen

verzichtet haben, sondern wo auch viele ob mangelhafter Unterlagen von der Behörde abgewiesen werden mussten. An die zwei Drittel, denen diese Leistung laut Schätzungen der Gemeinde zustünden, können diese also nicht in Anspruch nehmen. Verzicht und Scheitern dürften gerade bei den Allerbedürftigsten eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Die zuständige Bürokratie überprüft also weniger die Bedürftigkeit der Person oder Gruppe als vielmehr deren Fähigkeit zum ordentlichen und korrekten Akt.

Insgesamt gleicht der Staat einer Maschine, die ihre „besten“ Jahre längst hinter sich hat. Schon die inflationäre Gesetzproduktion der öffentlichen Körperschaften demonstriert die Reparaturbedürftigkeit. Eine Havarie jagt die nächste, und das nicht mehr nachkommende Flickwerk der Reformen verdichtet sich zum Reformstau. Verstärkt man ein schwaches Rädchen, brechen woanders zwei, erneuert man gar den Motor, dann hält das Werkel die Geschwindigkeit nicht durch.

Entsicherung und Prekarisierung

Aus dem versicherten Subjekt wird das *versicherte* und, da es ja irgendwie reagieren muss, das *entsicherte*. Vor allem so genannte atypische Beschäftigungsverhältnisse beschieren uns immer mehr prekäre Situationen. Das berechnende Subjekt kann sich auf nichts mehr so richtig verlassen, außer, dass es Ausgaben hat, die durch Einnahmen zu decken sind. Nicht das Quantum ist oft das eigentliche Problem, nein die unmittelbare Korrespondenz sicherer Einnahmen für notwendige Ausgaben ist ganz einfach nicht gegeben. Zu Monatsbeginn einen bestimmten Betrag am Konto aufscheinen zu sehen, ist immer weniger Menschen zu bieten. Prekär heißt nun nicht, dass alle schlechter gestellt werden, aber sehr wohl, dass die Gewissheit als bestimmte Größe im Abnehmen begriffen ist.

Empirisch könnte einem zur *Entsicherung* folgendes einfallen:

- Verfall regelmäßiger Zahlungen
- Hohe Fluktuation beim Einkommen
- Zahlungsverzögerung und Nichtzahlung bedingen demütigende Bittstelletreue und Mahnwesen. So tappt eins oft in die Schuldenfalle, nicht weil eins partout zu wenig verdient, sondern weil die Außenstände so groß sind. Die auswärtige Nichtzahlung führt zu eigenen Nichtzahlungen. Interessant wären z.B. Studien, die das formelle wie das informelle Mahnwesen, diese *Seuche absolut unproduktiven Daseins*, von seiner zeit-

lichen Dimension und seiner destruktiven Potenz her untersuchten.

- Vertragsunsicherheit: die neuen Arbeits- und Dienstverhältnisse führen zur Entsorgung des Kollektivvertrags, er wird ersetzt durch individuelle Abmachungen rein privatrechtlicher Natur.
 - Die Handschlagqualität ist im Verschwinden, das Vertrauen wird brüchig. Jeder Geschäftspartner ist argwöhnisch zu verdächtigen, selbst wenn es ein guter Freund ist. Jeder gegen jeden heißt auch: Niemand traut jemandem, keiner vertraut einem. Geld zerstört Freundschaft, lautet einer der klügeren Alltagssprüche.
 - Das System der Selbstbehalte bindet gewisse Leistungen direkt an die Verwertungspotenz der zu Bedienenden. Bestimmte Leistungen gibt es nur, wenn sie der Betroffene auch zahlen kann.
 - Dadurch, dass zunehmend mehr Menschen trotz Krankenversicherung kein Krankengeld bekommen, ist Krankheit als physische Gefahr mit einem unmittelbaren sozialen Risiko verbunden. Auch wenn die Behandlung bezahlt wird, wird eins mit hohen Einkommensverlusten abgestraft. Anstatt den physisch Kranken solidarisch beizustehen, wird ihm monetär und psychisch zugesetzt.
- Etc.-

Eine *Theorie der Entsicherung* ist vonnöten. Entsicherte Subjekte jedenfalls können nur überleben, wenn sie selbst beinhalten. Wollen sie von den (neuen) Märkten nicht ausgespuckt werden, müssen sie sich zu kleinen Konkurrenzmonstern entwickeln. Es ist nicht der freie Atem, den das bürgerliche Subjekt (der so genannte freie Bürger) atmen darf, es ist asthmatisches Hecheln. Die Angst unter die Räder zu kommen, wird größer. Es gilt daher schnell, schlau und verschlagen zu sein.

Entsichert meint aber mehr als verunsichert (*nicht versichert* bzw. *unsicher*), entschert heißt auch, dass die flexiblen Subjekte permanent unter Spannung stehen, geladen sind, bereit sein müssen zu schießen, zumindest am Markt andere abzuschießen. Das Instrumentarium, das ihnen aufgezwungen wird, ist ein aggressives. Die Kalaschnikow ist entschert und bei einigen wird sie nicht nur im übertragenen Sinne losgehen. Am Ende dieser Entwicklung stehen dann kollektive Bandenbildung oder individualisierte Amokläufer. Kann sich keine positive Perspektive entwickeln, werden diese regressiven Tendenzen zunehmen, ja sich zur Barbarei verallgemeinern.

Was ist nötig?

Es ist ja erschreckend wie traurig. Kaum tritt eine Bewegung auf den Plan, kann der reflektierte Beobachter schon merken, an welchen Forderungen und Ansichten sie ein- und abgewickelt wird. Aber nicht nur in der Leideform, sondern auch in der Tätigkeitsform: wie sie sich einwickelt und abwickelt. Hier gilt es Kritiker zu sein, aber nicht in einer banalen Gegensetzung der Denunziation, sondern als Befruchtung möglicher Entwicklungen. *Radikal* in der Sache bedeutet *nicht rabiat* im Umgang. Formen, Strukturen, Inhalte gilt es zu dechiffrieren wie zu diskreditieren, nicht deren Anhänger zu denunzieren. Das treibt sie lediglich weiter in die Anhängerschaft hinein. Wir wollen sie jedoch dort rausbekommen.

Kein kleinster gemeinsamer Nenner wird etwas voranbringen. Damit sind nicht einmal die Abwehrkämpfe zu führen und Verschlechterungen aufzuhalten. Notwendig wäre durchaus eine große Erzählung, aber eine Negativerzählung, die eben keinen Fetischen verpflichtet ist. Es ist also die Zeit gekommen, von vielem Abschied zu nehmen. Eine andere Welt ist möglich, heißt vor allem negativ zu benennen, was in dieser anderen Welt nicht mehr möglich ist. Die Abschaffung des Kapitalverhältnisses setzt den konsequenten Bruch mit der Logik des Irrsinns voraus. Die Akzeptanz von Markt und Tausch, von Konkurrenz und Verwertung ist zu stören und letztlich zu zerstören. Der fetischistische Ballast muss weg.

Das konventionelle Vokabular, dieser ganze Gerechtigkeits-, Sachlichkeits- und Umverteilungssermon ist ebenfalls zu entsorgen. „Soziale Gerechtigkeit ist das Thema der Stunde“ schreibt die *Zeit* (Nr. 23, 28. Mai 2003). Ja, leider. Anstatt über die reichhaltigen materiellen und ideellen Portionierungen zu reden, streiten wir noch immer über die adäquaten Proportionierungen entlang der Verwertungsschiene. Es ist schon ärgerlich, dass den Intellektuellen nichts anderes einfällt als der Griff in die Mottenkiste. Absolut begriffslos erklingt einmal mehr der Ruf nach (mehr) Fairness, als ob gerade die uns fehlen würde.

Auch Reizvokabel wie „Skandal“, „Schuldige“, „Opfer“, „Täter“, „Machenschaften“ führen auf Abwege. Die Politik der identitätslogischen Zuweisung ist zu überwinden. Wir alle sind (wenn auch in unterschiedlichem Ausmaße) Opfer und Täter, Schuldige und Unschuldige, im Prinzip aber Funktionäre des Kapitals.

Diese Struktur ist aber keine Natur, auch wenn sie als zweite Natur erscheint. Sie verfügt über uns, nicht nur weil wir uns fügen, sondern sie mit unseren Handlungen und Überzeugungen stets neu hervorbringen.

Wir müssen allerdings Abstand von der Vorstellung gewinnen, die andere Welt sei nur gegen irgendwelche Andere durchsetzbar. Vor allem die unentwegte personelle Zuweisung bringt die Leute nicht zusammen, sondern hetzt sie gegeneinander auf. Nicht die Befreiung von uns formierenden Formprinzipien steht dann an, sondern der Kampf der formbestimmten Interessen. Das Böse kennt eben nicht Name und Anschrift, wie Bertolt Brecht, ganz Kind seiner Zeit, einmal meinte, sondern bloß Logik und Vorschrift. Und wir sind die, die diese Logik und Vorschrift abzuschaffen haben. So die Aufgabenstellung. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Dahinter beginnt dann eine ganz andere Geschichte.

Emanzipatorisches Setzen setzt Selbstkritik voraus. Wir fordern somit nicht Erfüllung, sondern Distanz von der eigenen Charaktermaske. Die Leute sollen sich ernster nehmen als ihre Rollen. Das Rollen-Ich (*Dividuum* nannte es Günther Anders) ist zu durchbrechen, will überhaupt so etwas wie Individuum ermöglicht werden. Das *Ich* darf nicht als Interessent seiner unmittelbaren Lage auftreten, auch wenn dem *Sich* (das unmittelbar auf die Gesellschaft Rückbezügliche) nichts anderes übrig bleibt.

Ganz kategorisch gilt es zu sagen: *Leben und Kapitalismus sind unvereinbar*. Eine andere Welt ist möglich, ein anderer Kapitalismus nicht. Die neue oder notwendige Sozialbewegung wird sich daran messen lassen müssen, ob sie diese Radikalität zulässt oder einmal mehr in den Schützengräben des bürgerlichen Kontinuums sich verkriecht. Wenn sie nicht darüber hinauskommt, mit den „edlen“ Werten der kapitalistischen Warengesellschaft gegen die kapitalistische Realität zu revoltieren, wird sie ein obligates Schicksal ereilen. Sie affirmierte dann ja bloß, was sie vermeintlich angreift, tut so als hätte das eine mit dem anderen nichts zu tun.

Der Kommunismus ist nur zu haben als eine planetarische Assoziation befreiter Individuen. Wobei Freiheit Freiheit von fetischistischer und verdinglichter Form bedeutet. Befreiung meint frei sein vom Wert und seinem ganzen Rattenschwanz, dem beschränkten Universum, das sich als ewig missversteht: Recht und Demokratie, Politik und Staat, Ökonomie und Ideologie, Tausch und Markt. Das wäre doch mal was anderes.

Männer, zum Lichte, zur Arbeit!

DER ARBEITSWAHN DER KAPITALISTISCHEN MODERNE UND SEIN ENDE

von Martin Dornis

*„Die Müßiggänger schiebt beiseite, dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass...“
aus: Die Internationale, das Kampflied der internationalen Arbeiterbewegung*

Nicht selbst, sondern gerade in linken Kreisen wird Arbeit immer noch positiv besetzt. Aber auch jene, die der Arbeit wohltuend die „Faulheit“ entgegensetzen, begründen dies meist eben mit eigener Faulheit, aber leider nicht indem sie die Arbeit als Grundübel der kapitalistischen Gesellschaft erkennen. Damit brechen sie nicht mit den herrschenden Ideologien, nach denen Arbeit als nützlich, sinnvoll oder gar natürlich gilt. In Wirklichkeit aber ist das Gegenteil wahr: Arbeit zerstört nicht nur die Menschen, die sie verrichten müssen (egal ob in der Fabrik, im Büro oder sonstwo), sie zerstört auch die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen und hinterläßt kahle und öde ausgebrannte Wüstenlandschaften. Vor allem schafft sie das brutale und mörderische kapitalistische Produktionssystem täglich aufs Neue, sie stellt die Substanz des Kapitalismus dar. Damit erzeugt sie ein Gesellschaftssystem, welches sich von Anfang gegen die Menschen wendet, die es betreiben: Karl Marx fasste dieses Phänomen als eine fetischistische Gesellschaft. Arbeit steht einem Leben, welches der Lust und dem Genuss gewidmet ist, vollkommen entgegen. Arbeit setzt von Anfang das bestehende patriarchale Geschlechterverhältnis.

Arbeit produziert mithin nicht in erster Linie individuellen Reichtum, sondern perspektivisch: individuelles Elend. Man muss nicht KommunistIn sein, um die Abschaffung der Arbeit als einzig mögliche Perspektive jenseits der Barbarei zu erkennen. Eine Gesellschaft ohne Arbeit – das ist die Grundbedingung für ein gutes, glückliches und genussvolles Leben; aber heute auch Überlebensfrage der Menschen. Linke Kritik, die als solche heute noch auftreten will, muss also prinzipiell arbeitskritisch sein: sie darf Arbeit nicht als natürlich fassen, sie muss begreifen, dass nicht jede menschliche Tätigkeit Arbeit ist, dass Men-

schen durchaus nicht immer gearbeitet haben und dass die Durchsetzung der Arbeit ein scheußlicher historischer Terrorakt war. Dieser muss als untrennbar mit der Etablierung des dualen, identitären Geschlechterverhältnisses begriffen werden. Linke Kritik geht also nur unter radikaler Ablehnung der Arbeit und dualer Geschlechts-Identitätshuberei, muss also eine „Selbstkritik der Männlichkeit“ (Trenkle) von Anfang einschließen. Kritik auf dem Standpunkt von Arbeit und Geschlechtsidentität wird die Überwindung des Kapitalismus nicht realisieren können.

1. Links ist dort wo Arbeit ist!?

Es ist eine der schlimmsten und folgenreichsten Irrungen und Wirrungen der Linken (nicht nur der MarxistInnen – beispielsweise die Anarchos waren da mindestens genau so schlimm), die Arbeit nicht zu kritisieren, sondern sie geradezu heilig zu sprechen.

Die marxistische Linke mag uns als Beispiel dienen. Für Friedrich Engels war die Arbeit eine Natureigenschaft des Menschen. Sie stellte für ihn das Unterscheidungsmerkmal zwischen Mensch und Tier dar. „...was finden wir als den bezeichnenden Unterschied zwischen Affenrudel und Menschengesellschaft? Die Arbeit“ (in: Dialektik der Natur, S. 184f). Es blieb leider nicht bei Abhandlungen. Aus der theoretischen Legitimierung der Arbeit wurde blutiger Ernst. In einem der meistgelesenen Bücher der Arbeiterbewegung, in „Die Frau und der Sozialismus“ von August Bebel finden wir solche Stellen: „Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht, zu fordern, dass jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will (...) an der Herstellung der Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist. Die alberne Behauptung, die Sozialisten wollten die Arbeit abschaffen, ist ein Widersinn sondergleichen. Nichtarbeiter, Faulenzer gibt es nur in der bürgerlichen Welt... Der Sozialismus stimmt also mit der Bibel darin überein, wenn diese sagt: Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen“ (S. 414). An der entscheidenden Stelle, nämlich der

Arbeit, hat die Linke keine Kritik vollbracht, sondern nur die bürgerlichen Ideologien vom „Wert“ der Arbeit wiedergekaut. Das entscheidende Problem dieser Linken war: Sie verwechselte Arbeit mit freier bzw. notwendiger Tätigkeit. Sie setzte die spezifisch kapitalistische Vernutzung von Tätigkeit damit als unveränderlich, indem sie keine Tätigkeit jenseits der Arbeit dachte. Diese Denkweise kulminierte im Satz des alten Bebel: „Die Arbeit ist das Fundament, auf dem der Staat der Zukunft errichtet wird.“ Hier kreuzen sich Staats- und Arbeitswahn der alten Linken.

Wer aber denkt, sowas hätte sich heutzutage erledigt, der irrt leider. So waren es die 68erInnen, also die Vorfahren der heutigen Linken, die jede menschliche Tätigkeit als Arbeit sehen wollten. Auf diese Weise entstanden blödsinnige Unworte wie „Trauarbeit“, „Beziehungsarbeit“ oder „Denkarbeit“. Alle Tätigkeiten, die nicht als Arbeit galten, werden von der bürgerlichen Ideologie als nichtig erachtet. Also „erheben“ die theorieleeren und denkfaulen linken Nachhänger des Kapitalismus jede Tätigkeit zur Arbeit. An dieser Verwirrung hat auch der Feminismus seinen Anteil. Seine Argumentation zielte daraufhin, die den Frauen zugeschriebenen Tätigkeiten im Haushalt und die Erziehung der Kinder als Arbeit zu benennen („Hausarbeit“). Damit kommt man dem Kapitalismus, welcher Menschen ohnehin nur als Mittel der Verwertung von Kapital, als Menschenmaterial betrachtet, liebevoll entgegen. Kinder würden in der Familie produziert wie Werkstücke in der Fabrik. Solch ein Denken ist abgrundtief unkritisch. Es lässt keinerlei Unterscheidung mehr zu. Alles wird zu Arbeit, und welche Funktion der Arbeit im Kapitalismus wirklich zukommt, gerät vollständig aus dem Blick. Damit war kein kritisches Erfassen und somit Überwinden des Kapitalismus denkbar.

Glücklicherweise gab es in der Linken auch andere Stimmen. So schreibt Paul Lafargue 1887 ein Buch namens „Das Recht auf Faulheit“: „Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder... Diese Sucht, die Einzel- und Massenelend zur Folge hat, quält die traurige Menschheit

seit zwei Jahrhunderten. Diese Sucht ist die Liebe zur Arbeit... In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Arbeit die Ursache des geistigen Verkommens und körperlicher Verunstaltung“ (S. 20). „Arbeitet. Arbeitet, Proletarier, vermehrt den Nationalreichtum und damit euer persönliches Elend. Arbeitet, arbeitet, um, immer ärmer geworden, noch mehr Ursache zu haben, zu arbeiten und elend zu sein. Das ist das unerbittliche Gesetz der kapitalistischen Produktion“ (S. 29). Damit kann Lafargue als einer der wenigen Linken gelten, die den Marx wirklich kritisch und emanzipatorisch verstanden haben. Arbeit ist eben die Quelle des Elends und nicht etwa von Wohlstand oder derartigem Schmarren.

2. Der Durchsetzungsterror der Arbeit

Gegen die unkritische und gefährliche Apologie der Arbeit bei den Linken ist auf den geschichtlichen Fakten zu beharren. Arbeit ist mitnichten natürlich, so nach dem Motto, die Menschen mussten schon immer arbeiten, sonst hätten sie ja nicht leben können. Marx schreibt treffend im Kapital I: „Die Arbeit ist zunächst ein Prozess zwischen Mensch und Natur, ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt...“ (S. 192). Das ist ein Satz zum Auf-der-Zunge-zergehen-lassen, für alle, die es nicht lassen können, von der Natürlichkeit und Ewigkeit der Arbeit zu faseln. Merke: Arbeit ist ein Prozess unter vielen möglichen anderen, sich mit der Natur auseinanderzusetzen. Das Bebauen des Bodens einer mittelalterlichen Bäuerin war eben etwas fundamental anderes als das stupide und bornierte Malochen in einem Stahlwerk oder das langweilende Absitzen von Stunden und Vollscreiben von Zetteln in einem Büro. Was vorkapitalistische Tätigkeiten von kapitalistischen unterscheidet: sie waren bedürfnisorientiert. Die Bäuerin im Mittelalter baute Getreide an, um es zu essen, um es im nächsten Jahr auszusäen oder es dem Feudalherren oder der Kirche zu geben, wo es wiederum ausschließlich verspeist werden sollte. Wenn dann wirklich noch was übrig blieb, dann wurde es auf dem Markt vertickt. Aber es wurde nicht mit dem Ziel produziert, es zu verkaufen. Das ist der Unterschied ums Ganze. Kapitalistische Produkte sind Waren und als solche kommen sie nur mit einer ausschließlichen Bestimmung auf die Welt: Sie streben auf den Markt, um dort ihren Wert zu realisieren, der in der kapitalistischen Gesellschaft die Menschen miteinander ver-

bindet. Im Kapitalismus wird nicht um der Bedürfnisse wegen produziert, nicht um des Herstellens von Gegenständen wegen, die bestimmte Zwecke erfüllen. Alle Produktion dreht sich um eines: aus Geld mehr Geld zu machen, es zu verwerten, es in Kapital zu verwandeln. Nun ist das aber keineswegs als eine moralische Kritik zu verstehen. Überhaupt sollte man sich diesbezüglich jeglicher Moralisierung enthalten. Es gilt vielmehr, gegen eine Produktionsweise zu agieren, die sich über das Geld vermittelt, in der Menschen arbeiten müssen, um zu Geld zu kommen, damit sie leben können. Diese unheilvolle Triade von Arbeit, Ware und Geld muss durchbrochen werden, wenn man eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus denken und realisieren will.

Wie aber setzte sich die moderne Arbeits- und Geldgesellschaft historisch durch? Vor dem Kapitalismus wurde ausschließlich zur Bedürfnisbefriedigung produziert (auch wenn es nicht immer für die eigenen Bedürfnisse war...). Die ProduzentInnen waren noch nicht von ihren Produktionsmitteln getrennt. Den BäuerInnen oder HandwerkerInnen gehörten ihre Geräte und der Boden noch selbst, außerdem gab es jede Menge Gemeinbesitz, die sogenannte „Almende“.

Diese Zustände fanden mit dem Ende des Mittelalters, mit dem Heraufdämmern des kapitalistischen Systems, ihr jähes Ende. Die Trennung der ProduzentInnen von ihren Produktionsmitteln erfolgte dabei regelrecht militärisch. Unter Federführung des absolutistischen Staates wurden z.B. die englischen BäuerInnen unter Einsatz der Armee von ihren Feldern vertrieben, ihre Dörfer plattgewalzt, ihre Wälder abgeholzt, ihre Felder eingeebnet. Das ehemals bäuerliche Land wurde in Schafweiden für die Wollproduktion zwecks Belieferung der Textilindustrie verwandelt. Die ehemaligen BäuerInnen zogen als RäuberInnen und VagabundInnen durchs Land. Teils wurden sie vom Militär niedergemetzelt, teils in Arbeitshäuser gesperrt. Dort bekamen sie den Takt der Arbeit mittels Prügelstock und anderer feiner Methoden des „klassischen Konditionierens“¹ eingepflegt. So wurden Menschen in wasserdichte Behälter gesperrt, die langsam mit Wasser voll liefen. Die permanente Betätigung einer eingebauten Hand-Wasserpumpe konnte die Person jedoch retten. Dazu musste ein langer Hebel stundenlang unermüdlich hin- und herbewegt werden. Auf diese Weise wurden Menschen erfolgreich für den Arbeitsprozess konditioniert. Nach einigen Generationen war diese stumpfe Tätigkeit

derart in die Hirne der Menschen gebrannt, dass Arbeit allen Ernstes als natürlich bezeichnet wird, dass Menschen für ein Recht auf Arbeit anstatt für die Abschaffung der Arbeit kämpfen. Anfänglich war es jedoch tatsächlich unmöglich, erwachsene Menschen zum Arbeiten zu bewegen. Sie betätigten sich lieber als RäuberInnen und VagabundInnen denn als ArbeiterInnen. Selbst das Verhungern wurde bisweilen der Arbeit vorgezogen. Daher wurden ebenfalls unter Federführung des Staates Kinder im Alter von zirka vier Jahren im großen Maßstab entführt und in Fabriken verschleppt (vgl. Kapital I, S. 785f). Dort konnten sie dann ungestört ihr Menschenrecht der Freiheit genießen, nämlich unter freiem Willen ihre Arbeitskraft zu verkaufen und dafür Lohn zu erhalten. Dabei gab's zusätzlich reichlich Peitschenhiebe gratis, da die kleinen Wesen durchaus nicht ihr Menschenrecht auf Freiheit und Arbeit verwirklichen wollten. Angesichts derartiger Uneinsichtigkeit mussten Menschen auch schon mal zu ihrem Glück gezwungen werden. Bei so viel Glücksversprechen gab es anfänglich heftigen Widerstand unorganisierter ArbeiterInnen. Die später von den Linken so gehassten MaschinenstürmerInnen taten das einzig Richtige: die kapitalistischen Produktionsanlagen zerschlugen. Erst die spätere – nämlich organisierte und damit gebändigte – ArbeiterInnenklasse stritt dann für das Behalten-Dürfen ihrer Fesseln. Mittels ihrer hierarchischen Organisationsstrukturen und ihrer Ideologie von der Natürlichkeit der Arbeit half sie dem Kapital unbewusst bei der brachialen Formierung der Menschen für den weitergehenden absurden Verwertungsprozess. Die heute noch bisweilen bestehende Organisations- und Aktionswut der Linken ist ein letzter Rest dieses alt-linken Wahns. Allerdings nunmehr ohne jede ökonomische Basis, denn es gibt kaum noch verwertendes Kapital², dem man sich liebevoll und anhänglich an den Hals werfen könnte. Es gibt nichts mehr, wofür sich eine Organisation lohnen würde, und die befreite Gesellschaft braucht keine.

Das Durchpeitschen der Arbeit war nur möglich verbunden mit einer rigiden Selbstunterwerfung der Menschen. Sie nahm ihren Ausgangspunkt bei den anfänglichen Vertretern³ des Kapitalismus, im Bürgertum. Die Bürger der Städte waren historisch die ersten, die die Prinzipien der sinnlosen Anhäufung abstrakter Arbeit zu ihrem ureigenen Lebenszweck machten. Unter dem Druck staatlicher Besteuerungsgesetze begann eine maßlose Produktion auf Teufel komm raus. Ihr Ziel war

zunächst ausschließlich die Produktion von Feuerwaffen für den absolutistischen Staat (vgl. Robert Kurz, *Der Knall der Moderne*). Sie war an keinerlei Bedürfnisbefriedigung rückgekoppelt. Viel mehr als dem Glück, dem Genuss und einem guten Leben ist die kapitalistische Produktion von Anbeginn eher dem Dahinmetzeln von Menschen auf dem Schlachtfeld gewidmet.

Ein Schmied stellte jetzt Pflüge her, um danach noch mehr Pflüge herzustellen. Dies brachte den kapitalistische Wahnsinn eines immer-schneller-immer-weiter-immer-höher zuwege. Die Produktion musste auf einer stets erweiterten und ansteigenden Stufenleiter immer aufs Neue fortlaufen und sich höher und höher schrauben. Dazu waren die bürgerlichen ProduzentInnen auf Arbeitskräfte angewiesen. Die landlos gewordenen, vertriebenen BäuerInnen kamen ihnen da gerade recht zupasse. Das Bürgertum übertrug die zunächst an sich selbst durchexerzierte Selbsterwerfung und Selbstkasteiung, das Abschwören jeglichen Genusses, Glücks und jeglicher Lust, die vollkommene Askese, nun auf andere Bevölkerungsgruppen. So wurden große Teile der Bevölkerung in ein so genanntes Proletariat umgewandelt: arbeitsversessene, fanatische und gefühllose Arbeitstiere (nur der Mensch ist ein Arbeitstier!) für die Auspressung im kapitalistischen Betrieb. Das betriebswirtschaftlich auszupressende Menschenmaterial hatte nur leider Gewohnheiten (Lust auf Müßiggang, religiöse Riten wie Feiertage) und ungeeignete Körper (die nach mehr als einer Stunde angestrengter Tätigkeit ermüden), die ihrer „natürlichen“ Betätigung als Arbeitskräfte im Dienste des Kapitals durchaus im Wege standen. Hier setzte die oben beschriebene Erziehungstätigkeit ein, die schließlich nach Generationen den modernen, kalten Arbeitsfanatiker hervorbrachte. Das Kapitalverhältnis ist stets die Diktatur der abstrakten Arbeit über die lebendige. Das Kapital übt Herrschaft aus über die Zeit, die Muskeln, die Nerven und die Bewegungen von Menschen (vgl. Eisenberg, *Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen*, in *Feierabend*, S. 46f).

Aber erst die historische Durchsetzung der „Maschinerie und großen Industrie“ (Marx) zwang die Menschen vollends unter den hämmernden und ewig pulsierenden Rhythmus des Kapitals. Die Maschine unterscheidet sich dadurch vom Werkzeug, dass sie die ArbeiterInnen anwendet, nicht anders herum (vgl. *Kapital I*, S. 391ff). Maschinen erzeugten außerdem einen unglaublichen Heißhunger des Kapitals nach

Mehrarbeit. Eine nicht laufende Maschine in einer Fabrik bedeutet für einen Kapitalisten einen immensen, ihn nicht ruhen lassenden Verlust, daher die Tendenz, sie ununterbrochen laufen zu lassen. Damit schafft das Kapital systematisch die natürliche Aufteilung der Lebenszeit in Tag und Nacht ab. Das Kapital eliminiert die Nacht zugunsten des Tages. Kapitalismus bedeutet: die Nacht zum Tage machen – eine Gesellschaft unterm Kapitalverhältnis ist: ewiger Tag – ewig gleißendes Licht. Erst mit der Maschine wurde das abstrakte und sinnentleerte Zeitregiment in den Menschen voll durchgesetzt. Ab jetzt liefen die Maschinen, und die ArbeiterInnen mussten sich ihrem Takt bedingungslos unterwerfen. Das sie sich unterjochende Kapitalverhältnis trat ihnen nun in Gestalt der Maschine entgegen und unterwarf sie damit auch seinem abstrakten, vollkommen entsinnlichten Zeitverständnis – dem unerbittlichen Ticken der Uhr. Die Entstehung unseres heutigen scheinbar selbstverständlichen Zeitverständnisses ist also eng mit dem Prinzip der Arbeit und der zwanghaften Eingliederung der Menschen in die Prozesse der kapitalistischen Vernutzung am „Arbeitsplatz“ verknüpft (vgl. Moishe Postone, *Time, labour and social domination*; erscheint demnächst auf deutsch). Damit zieht sich eine systematische Kontinuität von der Arbeit über die kapitalistische Anwendung der Maschine hin zur Uhr mit ihrer Zerteilung des Tageslaufs in einen gleichmäßigen Takt, der schließlich zur „inneren Uhr“ wird.

Kapitalismus bedeutet stets die Durchführung eines missionarischen Feldzuges gegen die Natur. Diese ist dabei doppelt zu fassen als innere (die Triebwelt und Instinkte) und äußere (die Umweltbedingungen der Menschen). Beide werden unterm Kapitalverhältnis zunächst den entsinnlichten Kriterien der Kapitalverwertung unterworfen und dabei systematisch zerstört. Es kann unterm Kapitalverhältnis nicht anders sein.

Das Kapitalverhältnis begann, sich die Erziehung der Kinder zu unterwerfen. Prinzipien der Distanz begannen das Verhältnis zwischen Mutter und Kind zu bestimmen, Säuglinge werden nicht mehr nach ihren sinnlichen Bedürfnissen, sondern nach der Uhr ernährt, die Exkremente haben „pünktlich“ und nicht etwa gemäß den kindlichen Bedürfnissen entrichtet zu werden. Die damit einhergehende, später zur Selbstverständlichkeit werdende Kontrolle über den Körper kann als Urform von (Selbst-)Beherrschung bezeichnet werden. Ohne diesen Akt wäre weder spä-

tere Herrschaft noch Arbeit möglich. Dem sich durchsetzenden Kapitalismus entspricht die „schwarze Pädagogik“: „Man beginne sofort nach der Geburt damit, den Eigensinn des Kindes zu brechen, die anarchischen Formen seiner Lust einzudämmen und den unreglementierten Trieb zu bändigen.“ Die kapitalistischen Prinzipien sind auf diese Weise wie ein „trojanisches Pferd“ in das einzelne Individuum eingedrungen. Sie übernahmen als „bedingte Reflexe“ und falsche Instinkte die Funktion einer „zweiten Natur“. „Lebensgeschichtlich frühe Rhythmisierung der kindlichen Bedürfnisse, die Dressur der Körper und der Motorik lassen Arbeit zu einer ungreifbaren und zugleich prägnanten Determinierung werden. Als Folge dieses epochalen Umrüstungsprozesses bildet sich eine zweite innere Natur des Menschen heraus, ein Fundus von tief eingewurzelten Automatismen, (Wiederholungs-) Zwängen und Abwehrmechanismen“ (nach Feierabend, S. 52f). Der kapitalistische Mensch wird somit ein dem Sauberkeits- und Gründlichkeitswahn verfallenes Monstrum, seine Art zu denken, zu fühlen und sich zu bewegen ist bestimmt vom Takt einer fremdbestimmten, bzw. quasi-selbstbestimmten Tätigkeit, der Arbeit.

Dieses Programm machte der Arbeitsfanatiker Thomas Carlyle zum Zentrum seines Denkens: „Was unmethodisch und wüste ist, wirst Du methodisch und urbar machen. Überall wo Du Unordnung findest, da ist Dein ewiger Feind. Greif ihn rasch an und bezwinde ihn; mach Ordnung daraus, die nicht dem Chaos, sondern der Intelligenz, der Gottheit und Dir untertan ist... Arbeit ist die Mission des Menschen auf dieser Erde... es wird ein Tag kommen, an dem der, welcher keine Arbeit hat, es nicht für geraten halten wird, sich in unserem Bereich des Sonnensystems zu zeigen... *Das Werkzeug und der Mann* soll heute unser Epos heißen. Was ist unser Werkzeug anderes als Waffen, mit welchen wir die Unvernunft drinnen oder draußen bekämpfen“ (S. 44f). So wie Carlyle muss man sich die perfekten FunktionärInnen der Arbeitsgesellschaft vorstellen: zwanghafte und psychopathische Persönlichkeiten.

In diese Praxis reiht sich das entstehende Schulwesen ein. Entscheidende Lernziele sind die Sekundärtugenden, die Verinnerlichung der abstrakten Zeit, das Warten auf Signale. Wer in der Schule sitzt, sich zu Tode langweilt und sehnsüchtig auf das Pausenklingeln wartet, hat das wesentliche Ziel der Schule schon drauf. Das durchkonditionierte Warten auf Signale und Anweisungen – das sind die „Tugenden“ der Arbeits-

gesellschaft – ein Hohn auf ein erfülltes, genussreiches und lustvolles Leben. „Man kolonialisierte die Köpfe, indem man sie mit funktionalem Wissen vollstopfte und die Körper, indem man sie desexualisierte...“ (S. 51).

3. Vergesellschaftung durch betriebswirtschaftliche Vernutzung – das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis

Die durch Arbeit, vermittelt über den Tauschwert, sich herstellende Gesellschaft ist eine prinzipiell verkehrte. Indem Menschen im Produktionsprozess betriebswirtschaftlich Tätigkeit ausgesaugt bekommen und diese in der Kapitalverwertung vernutzt wird, stellen sie Gesellschaft her. Marx nennt diese Form der Vergesellschaftung eine fetischistische. „Der gesellschaftliche Zusammenhang wird im warenproduzierenden System der Moderne über Verausgabung von Arbeitskraft in betriebswirtschaftlichen Prozessen der Kapitalverwertung hergestellt...“ Dabei sind sie aber „gleichzeitig isoliert voneinander und von ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang (...), der sich als fremde und bedrohliche Macht hinter ihrem Rücken nach den Funktionsgesetzen der Verwertung und der Marktkonkurrenz herstellt.“ Bei dieser Form von Gesellschaft sind „die vereinzelt Einzelnen ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang als einer fremden subjektlosen Macht ausgeliefert“ (Karl-Heinz Wedel, in: Feierabend, S. 160). Auf den Punkt gebracht: Menschen werden zu Dingen, zu bloßen Anhängseln der Maschinen, des Verwertungsprozesses, der abstrakten Zeit, und die Dinge bekommen Herrschaft über Menschen. „Das gesellschaftliche Verhältnis, das durch diese Form vermittelt wird, stellt die Beziehungen von Personen und sachlichen Produkten auf den Kopf: Die

Gesellschaftsmitglieder als Personen erscheinen ungesellschaftlich...; umgekehrt erscheint die gesellschaftliche Beziehung als Verhältnis von Sachen, von toten Dingen... Die Personen werden versachlicht und die Sachen quasi verpersönlicht. Es entsteht eine wechselseitige Entfremdung der Gesellschaftsmitglieder, die ihre Ressourcen nicht nach bewussten gemeinsamen Beschlüssen einsetzen, sondern sich einem blinden Verhältnis toter Dinge – ihrer eigenen Produkte – aussetzen, das durch die Geldform gesteuert wird. Auf diese Weise kommt es immer wieder zu einer Fehlsteuerung der Ressourcen, zu Krisen und gesellschaftlichen Katastrophen“ (Roswitha Scholz, Das Geschlecht des Kapitalismus, S. 13).

Ausdruck davon ist unter anderem, dass die „sinnvollen“ Produkte der Arbeit meist so sinnvoll gar nicht sind. Denn, wie sinnvoll sind die Produkte einer Pharmaindustrie, die die Menschen statt gesund vor allem krank machen? Wie sinnvoll ist das bedenkenlose Überfluten der Welt mit umweltzerstörenden Blech- und Plastiklawinen – das massenhafte, zutiefst geschmacklose Zubetonieren von Landschaften, ihre Zupflasterung mit Autobahnkreuzen, das Herstellen einer immensen Bürokratie aus PolizistInnen, Verwaltungsbeamten, die für das Herstellen einer Herrschaft und einer Wirtschaft beschäftigt werden, deren es nicht mehr bedürfte, die dem Leben der Menschen heute geradezu das Wasser abgräbt, die Inszenierung eines Auto-Weltkriegs auf den Straßen, der erschreckende Wandlungen der menschlichen Persönlichkeit nach sich zieht: eine unentwegte Wachsamkeit und permanente Aufmerksamkeit erfordert, die auf anderes, z.B. auf die Empfindungen und Gefühle von Menschen gerichtet werden könnten?

Die Grundlage des Kapitalismus ist die unentwegte betriebswirtschaftliche Vernut-

zung menschlicher Tätigkeit zum Zwecke der Kapitalakkumulation: Und genau das ist die Arbeit. Der Kapitalismus ist jene Produktionsweise, die auf unentwegter Vermehrung des abstrakten gesellschaftlichen Reichtums basiert. Dabei geht es nicht um konkreten sinnlichen, also irgendwie nutzbaren Reichtum, sondern um sinnentleerte Anhäufung toter Reichtums in Form von Geld.

Das Kapital ist genau jenes gesellschaftliche Verhältnis, welches diese Form von Gesellschaft zuwege bringt. Es gibt viele verquere Kapitaldefinitionen. Für die einen ist es die Gesamtheit der angeblich im Kapitalismus direkt herrschenden Einzelpersonen, so eine Art Gesamtunternehmer. Andere wiederum sehen darin das in den Banken aufgespeicherte Geld – und dieses hätte eben – irgendwie – „die Macht“. Gegen diese Verschleierungen ist auf dem Kapital als gesellschaftlichem Verhältnis unbedingt zu beharren.⁴ Im Kapitalverhältnis treten einander Menschengruppen entgegen, wobei wesentlich ist, dass eine Gruppe unter Kommando der anderen arbeitet.⁵ Kapital ist somit erstens ein Herrschaftsverhältnis. Dabei werden alle durch das gesellschaftliche Prinzip Arbeit beherrscht. KapitalistInnen wie LohnarbeiterInnen müssen sich dem Diktat der abstrakten Verwertung von Arbeit unterwerfen.

In diesem Prozess wird die geleistete Arbeit ausgebeutet: Menschen werden unterm gesellschaftlichen Prinzip der Arbeit für die kapitalistische Selbstzweckmaschine vernutzt. Das Kapital ist also zweitens ein Ausbeutungsverhältnis. Dabei erfolgt die Aneignung der Arbeit jener Gruppe an das Kapital. Die von den ArbeiterInnen geleistete Arbeit wird dabei Teil des Kapitals. Marx unterschied dabei die reelle von der formellen Subsumtion der Arbeit unter Kapital. Formell unterschreiben die ArbeiterInnen einen Arbeitsvertrag und verschreiben sich damit für bestimmte Zeit einem Kapitalisten. Dafür bekommen diese am Ende ihren Lohn. Reell aber wird die Arbeit der ArbeiterInnen dabei dem Kapital einverleibt. Das Kapital ist somit drittens ein Aneignungsverhältnis.

Das Kapital ist kein direktes gesellschaftliches Verhältnis, sondern vielmehr ein indirektes. Es bringt Menschen zusammen, indem es sie am Arbeitsplatz vereinsamt und vereinzelt. Daher ist auch die Herrschaft, Ausbeutung und Aneignung von Arbeit durch das Kapital eine abstrakte. Es herrschen nicht in erster Linie wirkliche Menschen über andere. Vielmehr herrscht ein gesellschaftliches Prinzip: das der Selbstverwertung des Werts, der permanenten

Gruppe KRISIS Manifest gegen die Arbeit

50 Seiten, 3 Euro

Ein Leichnam beherrscht die Gesellschaft, der Leichnam der Arbeit. Alle Mächte rund um den Globus haben sich zur Verteidigung dieser Herrschaft verbündet: der Papst und die Weltbank, Tony Blair und Jörg Haider, Gewerkschaften und Unternehmer, deutsche Ökologen und französische Sozialisten. Sie alle kennen nur eine Parole: Arbeit, Arbeit, Arbeit!

Erhältlich bei der *Streifzüge*-Redaktion, siehe Impressum.



Anhäufung abstrakten Reichtums. Dass es dabei bestimmten Menschen besser geht als anderen, ist zwar richtig, tut dem aber keinen Abbruch. Ebenso ist die Ausbeutung im Kapitalismus eine abstrakte Ausbeutung. Niemand nimmt jemandem etwas weg, damit es ihm besser geht. Die ausbeutenden KapitalistInnen sind vielmehr selbst jener Systemlogik unterworfen, der sie um den Preis ihres Untergangs folgen müssen. Dass darunter wirklich Menschen leiden und buchstäblich verrecken, schwächt diese These nicht, sondern stärkt sie geradezu.⁶ Nicht anders steht es um die Aneignung. Die ArbeiterInnen bleiben formell unabhängige Rechtspersonen. Sie sind auch tatsächlich im bürgerlichen Sinne frei. Aber genau die Notwendigkeit des Verkaufs der Arbeitskraft ist die Grundbedingung bürgerlicher Freiheit und genau genommen bereits ihr Vollzug.

Wenn das Kapital ein gesellschaftliches Verhältnis der Herrschaft, Ausbeutung und Aneignung ist, so stellt sich die Frage, zwischen wem sich dieses Verhältnis abspielt. Im Kapitalverhältnis treten einander lebendige Arbeit (in Gestalt der ArbeiterInnen) und tote Arbeit (in Gestalt des Kapitals) entgegen. Kapital ist also angehäufte abstrakte Arbeit – die akkumulierte Tätigkeit vergangener Produktionsperioden. Kapital ist nicht lediglich Geld. Erst unter bestimmten gesellschaftlichen Umständen wird Geld zu Kapital. Und zwar genau dann, wenn im Prozess des Warentauschs daraus mehr Geld „entsteht“.

Um das zu verstehen, ist die gesellschaftliche Bewegung des Kapitals als unentwegter Kreislauf zu fassen. Das Kapital ist dabei nicht dinglich zu begreifen, sondern nur als eine stets fluktuierende und flexible Größe. Es befindet sich mal in Geldform, schlüpft von dieser in die Warenform (Produktionsmittel und Arbeitskraft), springt dann in die Gestalt der industriellen Produktion, an deren Ende es wieder als Warenmasse auftaucht, verkauft wird und somit wiederum in der Geldform vorhanden ist. Dabei handelt es sich jedoch um mehr Geld als im anfänglichen Zustand. Zur anfangs der Produktion vorgeschossenen Geldmenge ist ein Mehrwert hinzugekommen. Kapital ist nur begreifbar als sich verwertender Wert, werthekender Wert bzw. als Geld, das im Prozess seiner Verwertung mehr wird. Kapital kann überhaupt nur durch ständige Verwertung, Verwandlung und Vermehrung in seinem Wert erhalten werden. In seinem Wandlungsprozess erscheint seine schillernde und stets veränderte Gestalt ähnlich einem Chamäleon in seinem Farbenspiel oder besser einem

Lurch, der sich vom Ei in die Kaulquappe und von dieser in den Frosch verwandelt – dabei es aber fertig bringt, von der Froschform zurück in die Eiform zu hüpfen und sich dabei zu vermehren.

Das Mittel dieses Mehrwerdens ist die Arbeit, also die betriebswirtschaftliche Verwertung menschlicher Tätigkeit. Genauso bestimmt sich im Kapitalismus produktive Arbeit: sie dient im Prozess der Kapitalverwertung dazu, jenen Mehrwert zu schaffen. Produktiv heißt stets: kapitalproduktiv – dazu dienend, Kapital zu vermehren, abstrakten gesellschaftlichen Reichtum anzuhäufen. Daraus ergibt sich die Tendenz des unentwegten Wachstums der kapitalistischen Gesellschaft. Das Problem dabei ist, dass eine Gesellschaft mit leiblich begrenzten Menschen auf einer räumlich begrenzten Erde nicht ewig wachsen kann. Der Kapitalismus muss daher als tendenziell unendliches Wachstum in einer endlichen Welt an einem bestimmten Punkt zusammenbrechen.

4. Arbeit als reale Abstraktion

Marx unterscheidet die Arbeit nach zwei Seiten hin. Als konkrete erzeugt sie bestimmte nützliche Güter – so zum Beispiel die Arbeit der Schusterin Schuhe. Konkrete Arbeit erzeugt sogenannte Gebrauchswerte. Von einer anderen Seite her betrachtet, stellt sich die Arbeit jedoch dar als abstrakte. Als solche schafft sie einen bestimmten Tauschwert. Der Tauschwert einer Ware hat nichts mit ihrem Gebrauch zu schaffen. „Kein Atom Naturstoff geht in die Wertgegenständigkeit einer Ware ein“, bemerkt Marx dazu (Kapital I, S. 62). Der Tauschwert definiert sich rein gesellschaftlich. Er wird bestimmt durch die Menge verausgabter, toter Arbeitszeit, die in einer Ware auskristallisiert vorliegt und stellt darüber Gesellschaft her.

Allerdings ist Marxens Unterscheidung in abstrakte und konkrete Arbeit teilweise bedenklich. Zwar ist es Marx absolut klar, dass es sich bei beiden stets um dasselbe handelt. Es gibt also niemanden, der nur konkret, und niemanden, der nur abstrakt arbeitet. Es gibt auch niemanden, der manchmal konkret und manchmal abstrakt arbeitet. Vielmehr wird stets einfach nur gearbeitet. Und dieser eine Arbeitsprozess lässt sich nach den oben beschriebenen Seiten differenzieren: einerseits als konkrete, gebrauchsgütererzeugende, andererseits als abstrakte, tauschwerterzeugende, heißt gesellschaftliche bzw. gesellschaftsschaffende, den Arbeitenden gesellschaftlich vermittelnde Tätigkeit.

Allein Marxens Begrifflichkeit bleibt dabei verwirrend: Sein Terminus „konkrete“ Arbeit verkennt, dass diese angeblich konkrete Arbeit bereits eine Abstraktion ist.

Wie oben festgestellt, mussten Menschen nicht immer arbeiten. Arbeit wurde erst in die Menschen mit terroristischer Gewalt eingedroschen. Vorher waren sie allenfalls tätig. Sie hatten auch kein Bewusstsein von Arbeit. Viele alte Sprachen enthalten gar kein Wort dafür. In der griechischen und lateinischen Antike und im christlichen Mittelalter gab es dann zwar ein derartiges Wort. Es stand aber nicht für eine Tätigkeit, ohne die der Mensch nicht sein kann, sondern für „Mühsal“, für „unter einer Last wanken“, für ein sklavisches Dasein oder ähnliches. Aber es gab nicht nur kein derartiges Wort. Die Menschen trennten überhaupt nicht „Arbeit“ und „Freizeit“: sie schliefen, aßen, liebten sich, säten Getreide, beteten, dösten, räumten die Küche auf... Es gab also ein Vollziehen von Tätigkeiten, die als lebensnotwendig, lebenswichtig oder einfach angenehm, lustvoll und befriedigend betrachtet wurden. Nun mag jemand entgegen: sie hatten zwar kein Bewusstsein von Arbeit, aber gearbeitet haben sie deswegen trotzdem. Das ist jedoch nicht richtig. Vielmehr war die Art, das Leben zu gestalten, eine vollkommen andere als heute im Kapitalismus von uns noch denkbar. Die Tätigkeiten, die Menschen mit dessen Durchsetzung ausführen mussten, unterscheiden sich grundlegend von den vorherigen. Als entscheidendes Kriterium hatte ich oben die vollkommene Entsinnlichung und Entkoppelung von Bedürfnissen genannt. Kapitalismus bedeutet die Steuerung der Tätigkeit durch den an sich sinnlosen Rhythmus des Kapitals, der in seinem unermüdbaren Wahn aus Mehr immer mehr schaffen muss. Vorherige Tätigkeiten dienten der Erhaltung und Gestaltung des eigenen Lebens. Die Arbeit ist jedoch aus dem Leben ausgekoppelt, hat nichts mehr mit ihm zu schaffen. Sie teilt das Leben in Arbeitszeit und Freizeit. Wo die ArbeiterInnen auf Arbeit sind, sind sie nicht bei sich, wo sie bei sich sind, sind sie nicht bei der Arbeit, schreibt Marx sinngemäß in den Pariser Manuskripten. In diesem Sinn kann von der Arbeit als einer Abstraktion gesprochen werden.

Was ist eine Abstraktion? Wenn ich verschiedene Gebilde, die mein Zimmer künstlich erhellen, als „Lampen“ bezeichne, obwohl es sich dabei um völlig unterschiedliche Dinge wie Stehlampen, Hängelampen, blaue, grüne, gelbe Lampen, elektrische, Gas- und Öllampen handelt, vollziehe ich eine logische Abstraktion. Ich

reduziere die Dinge logisch auf ihr Wesentliches, auf das, was sie wesentlich ausmacht. Die blaue Farbe meiner Hängelampe ist nicht wesentlich an ihr (insofern sie Lampe) – sie wäre auch Lampe, wenn sie gelb wäre. Ebenso wenig ist die Tatsache, dass sie an der Wand hängt, dafür wesentlich. Was ihr als Lampe wesentlich zukommt, ist, dass sie mein Zimmer erhellt, wenn ich das wünsche. Diese Abstraktion ist dem Gegenstand selbst, der Lampe, jedoch rein äußerlich. Es ändert rein gar nichts an dem Gegenstand, ob ich ihn unter „Lampe“ abstrahiere oder unter „blaue Gegenstände“ – was mit der blauen Lampe mithin auch möglich wäre.

Ganz anders verhält es sich mit der Abstraktion Arbeit. Dass ich Tischlern, Klempnern, Teller waschen, DemonstrantInnen verprügeln, Gullis säubern und Lohnkosten berechnen unter den gemeinsamen Begriff „Arbeit“ ordnen kann, ist ihnen sehr wohl nicht äußerlich.

Es verhält sich nicht so, dass die Menschen in vorkapitalistischen Zeiten bloß noch kein Bewusstsein davon hatten, dass einige ihrer Tätigkeiten (das Getreide säen, Pflüge herstellen, Korn ernten...) „Arbeit“ sind und andere hingegen (schlafen, sich lieben, essen...) hingegen „Freizeit“. Vielmehr vollzog sich mit Einzug des Kapitalismus eine fundamentale Wandlung menschlicher Tätigkeiten. Die Menschen wurden sowohl aus Tätigkeiten, die wir heute als nützlich, als auch aus solchen, die wir heute „nur“ als angenehm bezeichnen, herausgerissen. Statt dessen wurden sie in ein ihnen fremdes betriebswirtschaftliches Räderwerk gezwungen, welches niemandem auch nur zu etwas nützt, aber in der kapitalistischen Gesellschaft die einzige Möglichkeit darstellt, zu überleben, nämlich entweder über Lohn, Profit oder Grundrente⁷ sich Geld zu besorgen. Erst ab jetzt wird es sinnvoll, von „Arbeit“ zu sprechen. Alles andere wäre unkritisches Ineinander Schmeißen von Dingen, die nichts Wesentliches miteinander verbindet. Die vorkapitalistischen TischlerInnen tischlerten um der Tätigkeit oder des Gegenstandes bzw. seiner Benutzung willen. Im Kapitalismus wird diese Tätigkeit vollzogen, um zu Geld und mehr Geld zu kommen, um in zwei Jahren nicht 20 Tische pro Jahr, sondern 40 pro Jahr zu erzeugen. Das Wesentliche an der Tätigkeit ist gerade nicht das Herstellen eines Produktes sondern die Plusmacherei, die betriebswirtschaftliche Vernutzung menschlicher Tätigkeit zum Zwecke der Akkumulation von Kapital, d.i. Arbeit.

In diesem Sinn ist von der Arbeit als einer realen Abstraktion zu sprechen. Das ist eine Abstraktion, die nicht nur logisch-

begrifflich, rein im menschlichen Denken vor sich geht (wie bei den Lampen, oder beim Zuordnen von Birnen und Feigen zu „Obst“), sondern eine praktisch werdende Abstraktion, eine, die grundlegend ins Leben eingreift, sich dieses unterwirft und umgestaltet. Ob ich einen Apfel als Apfel, grünes Ding oder Obst esse, ändert nichts an der Tatsache, dass das Teil über Mund und Speiseröhre in den Magen gelangt, schmeckt, mich mit Vitaminen versorgt, meinen Appetit stillt. Das die TischlerInnen nicht mehr einfach nur tischlert, sondern im Kapitalismus lebt und arbeiten muss, das hebt ihr gesamtes bisheriges Leben aus den Angeln, bzw. bestimmt ihre Art zu leben, zu denken, zu fühlen und tätig zu sein von Anfang an. Bedeutet das Wort „Arbeit“ in seinem Ursprungsverständnis ein sklavisches Dasein in der direkten gönnerhaften Abhängigkeit von anderen Personen, so bedeutet die gesellschaftliche Durchsetzung der Arbeit, dass alle Menschen einer sklavischen Tätigkeit unterworfen werden und von der Gunst des Kapitals als ihres Gönners abhängen.

5. Arbeit als patriarchales Verhältnis

Die historische Herausbildung der Arbeit ist aufs engste mit der Entstehung des modernen Geschlechterverhältnisses verknüpft. Arbeit ist nicht ohne Männerherrschaft, Männerherrschaft nicht ohne Arbeit denkbar. Die moderne Männerherrschaft ist dabei nicht mehr jene vormoderner Zeiten. Sie gestaltet sich nicht mehr direkt und persönlich, sondern indirekt.⁸ Sie drückt sich in der Dominanz männlicher Prinzipien aus. Dabei ist die instrumentelle Naturbeherrschung, die Arbeit, zentral.

Arbeit war oben als eine reale, objektiv wirkungsmächtige Abstraktion bestimmt worden. Menschliche Tätigkeit wurde im Kapitalismus zum Zwecke betriebswirtschaftlicher Vernutzung mit dem Ziel der Kapitalakkumulation historisch umgeformt. Dabei werden menschliche Wesen herangezogen, deren gesellschaftliche Funktion einzig und allein darin besteht, eben diese sinnentleerte Tätigkeit zum Zwecke der Vermehrung von Geld auszuführen (als LohnarbeiterInnen) bzw. derartige Geldverwertungsprozesse anzuleiten, zu kommandieren (als KapitalistInnen⁹). Dabei entsteht das Kapital als ein Ausbeutungs-, Aneignungs- und Herrschaftsverhältnis, welches sich als fetischistische Gesellschaft gegen die Menschen richtet, die es betreiben.

Damit ein derart vom Leben abgetrenntes menschliches Wesen überhaupt existie-

ren kann, bedarf es notwendig einer zweiten Seite der Medaille eben dieser betriebswirtschaftlichen Tätigkeitsvernutzung. Schließlich muss ein derart seltsam und absonderlich funktionierendes Wesen essen, sich kleiden, es bedarf, um besser zu arbeiten, emotionaler und sexueller Zuwendung. Schließlich benötigt eine Gesellschaft, die auf einer derartigen Tätigkeitsvernutzung gründet, auch menschlicher Nachkommen, um selbst fortexistieren zu können. Diese müssen herangezogen werden. Doch wer soll das vollbringen, wenn die Tätigkeit aller Menschen in Betrieben, Fabriken und Büros vernutzt wird? Daher kann die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft nicht anders als in Form von zwei Sphären bestehen. In der einen erfolgt die Planung und Ausführung von Tätigkeitsvernutzung (Arbeit) und in der anderen die Heranziehung neuer Arbeitskräfte und die sinnliche Versorgung der bereits lebenden.¹⁰

Bei diesem Prozess, der sich historisch herausbildete, erfolgt die Trennung der Arbeit vom Leben. Die einst mit ihren Produktionsmitteln verbundenen ProduzentInnen wurden von diesen getrennt. Die auf Subsistenzwirtschaft beruhenden, weitgehend selbständigen Produktionseinheiten der mittelalterlichen BäuerInnen und HandwerkerInnen wurden militant zerschlagen. Das Leben der daraus „frei“ (wirklich frei und anders war Freiheit auch nie gemeint) werdenden Menschen wurde in jene zwei Hälften zerteilt. Einerseits jene, die in der kapitalistischen Produktion sinnentleerte Arbeit, Verwaltung oder Kommandotätigkeit ausführen und andererseits jene, die mittels Erziehung und „Liebe“ für den Fortbestand und das Funktionieren dieser Produzenten und Kommandeure des Kapitals Sorge tragen. In Anknüpfung an vorkapitalistische Verhältnisse wurden diese beiden Sphären einerseits Männern und andererseits Frauen zugewiesen.¹¹

Roswitha Scholz beschreibt diesen Prozess als eine Dialektik von Wert und Abspaltung. Der Wert bezeichnet dabei den Prozess der Verwertung, den Bereich des Geldes, der Arbeit, der Anhäufung von Kapital. Der Begriff der Abspaltung bezieht sich auf jenen Bereich, der vom eigentlichen Zentrum der Kapitalverwertung abgetrennt ist, sozusagen im Hintergrund für das Funktionieren der kapitalistischen Verwertung sorgt. Da dieses Strukturverhältnis von Wert und Abspaltung den Kapitalismus als solches kennzeichnet, kann dieser treffend als warenproduzierendes Patriarchat bezeichnet werden. Die Produktion von Waren ist dabei das eine Wesensmerkmal

des Kapitalismus. Mittels Arbeit werden im Kapitalismus Waren hergestellt, mit dem Ziel, sie zu verkaufen, wobei sich dabei der in der Produktion mittels Arbeit in ihnen geschaffene Wert realisiert. Das andere Wesensmerkmal ist sein patriarchaler Charakter. Er beruht auf der strukturellen Herrschaft des männlichen Prinzips der Verwertung von Wert über das abgespaltene Prinzip der Versorgung und Erziehung von jenen, die den Wert endlos und unermüdlich verwerten.

Den Männern und Frauen, die jeweils diesen beiden Bereichen zugeordnet sind, werden innerhalb dieser Strukturlogik bestimmte psychische Eigenschaften zugeschrieben, die sie im Idealfall auch erfüllen müssen. Die der Frau zugewiesenen Eigenschaften des abgespaltenen Bereichs sind Sinnlichkeit, Emotionalität und Passivität. Die dem Mann zugeschriebenen Eigenschaften sind Rationalität, abstraktes Denken und Aktivität. Diese männlichen Eigenschaften sind in der kapitalistischen Gesellschaft die hochangesehenen und leitenden. Aber in einem noch viel umfassenderen Sinn besteht im Kapitalismus die Herrschaft des männlichen Prinzips: die Arbeit, die betriebswirtschaftliche Vernutzung menschlicher Tätigkeit zum Zwecke der Kapitalakkumulation, ist im Kapitalismus das Entwicklungsgesetz, dem die gesamte Gesellschaft unerbittlich unterliegt.

Das kapitalistische Verwertungsprinzip setzt somit einen geteilten und verstümmelten Menschen voraus und erzeugt ihn. Die emotionale – wesentlich nicht rationale – Frau und den rationalen – wesentlich nicht emotionalen – Mann. Daher spricht man im Kapitalismus von einem dualen Geschlechterverhältnis. Der Kapitalismus bringt nur geistig und psychisch einseitige, verstümmelte Wesen hervor. Selbst dort, wo Verstand und Gefühl in einer Person zusammenkommen, wird meist ohne Verstand gefühlt und ohne Gefühl verstanden. Daraus entstehen eine entsinnlichte Rationalität wie ein Gefühl ohne Verstand.

Das kapitalistische System formt nun aus seiner Funktionsweise heraus derartige „Männer“ und „Frauen“ heran. Dabei werden die wirklichen Menschen real verkümmert und zugerichtet. Als Frau müssen sie eben sinnlich und als Mann rational sein. Eine Ablehnung jeglicher dualistischer Identitätshuberei muss zusammen mit der Arbeitskritik Basis einer kritischen Gesellschaftstheorie sein. So wie Arbeit und die Strukturlogik von Wert und Abspaltung einander wechselseitig bedingen, so setzen sich auch die Kritik des einen wie der anderen wechselseitig voraus.

Noch in einem anderen Bereich aber können die beiden Sphären explizit getrennt werden. Der Bereich des Werts unterliegt der „Logik der Zeiteinsparung“: Alle Tätigkeiten in ihm müssen möglichst effizient, in so kurzer Zeit wie nur möglich erledigt werden. Das ist die absolute Existenzgrundlage kapitalistischen Produzierens. Die Substanz des Wertes ist gerade die vernutzte menschliche Arbeitskraft. Diese wird nicht in Tonnen oder Litern, sondern eben in Stunden und Minuten gemessen.

Der abgespaltene Bereich unterliegt jedoch der entgegengesetzten Logik der „Zeitverausgabung“ (Frigga Haug): Die Tätigkeiten in diesem Bereich sollen gar nicht möglichst effizient ablaufen. Die Mutter soll ihr Kind nicht mit möglichst geringem Zeitaufwand großziehen. Sie soll möglichst viel Zeit für es aufwenden, wenn sie denn den offiziellen Kriterien gemäß eine gute Mutter sein will. Die Logik der Zeiteinsparung ist dabei jedoch die gesellschaftlich bestimmende. In Form der Durchsetzung einer abstrakten und linearen Zeitlogik begann sie über die gesamte Gesellschaft, über das Leben und Produzieren der Menschen zu bestimmen. Damit begann die Herrschaft der Ökonomie, mithin der Arbeit über das Leben.¹² Was jedoch gemeinhin nicht sichtbar ist: Sie bedarf zu ihrer Existenz jener anderen Logik. Sie begleitet sie wie ein Schatten. Nach Scholz ist diese Abspaltung „der Schatten, den der Wert wirft“ (Scholz, Wert und Geschlechterverhältnis).

Bei diesen Überlegungen müssen zwei Missverständnisse unbedingt vermieden werden. 1) Der abgespaltene weibliche Bereich darf bei der Kritik der kapitalistischen Gesellschaft keinesfalls positiv bewertet werden. Die weibliche Logik des Passiven, Sinnlichen etc. darf nicht gegen die männliche Logik der Aktivität und Rationalität gewendet werden. Die weibliche Logik ermöglicht vielmehr durch ihr Vorhandensein die Existenz der männlichen. Sie können beide nicht ohne einander sein. 2) Das Wertabspaltungstheorem besagt keineswegs, dass absolut alle Frauen sinnlich und passiv und absolut alle Männer aktiv, beherrschend und rational sein müssen. Vielmehr handelt es sich bei Wert und Abspaltung um eine die kapitalistische Gesellschaft bestimmende Strukturlogik. Fakt ist nur: es muss Menschen geben, die jene Bereiche ausfüllen. Und die, die das vollbringen, benötigen dazu auch bestimmte Eigenschaften.¹³ Das heißt nicht, dass Frauen nicht auch psychisch männliche Verhaltensweisen übernehmen können und mit ihnen im männlichen Bereich agieren kön-

nen. Dabei verändert sich dieser Bereich allerdings um keinen Deut. Eine von Frauen geführte Armee wäre so mörderisch wie eine weibliche Chefin gewinnorientiert.

6. Überwindung der Arbeit als Bruch mit der Moderne

Mittels der Durchsetzung der Arbeit kam es zu einer gewaltigen Entwicklung der Produktivkräfte, welche die Arbeit heute systemimmanent überflüssig macht und eine Perspektive jenseits von Arbeit und Warenproduktion ermöglicht. Das könnte eine Gesellschaft sein, in der der Mensch als „sinnliches, bedürftiges, soziales Wesen“ innerhalb eines „Vereins freier Individuen“ (Robert Kurz) im Mittelpunkt steht und die Ökonomie der Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen unterworfen ist. Das wird eine Ökonomie sein, die nicht mehr aufgrund des zwanghaften Wachstums ihre eigene Basis, die Menschen und deren natürliche Umwelt zu Schanden macht. Die Ökonomie verselbständigt sich dann nicht mehr von der Bedürfnisbefriedigung, sondern die Herstellung von Gütern ist durch Menschen bestimmt.

Streng genommen kann man dabei überhaupt nicht mehr von Ökonomie sprechen. Denn diese bezeichnet gerade einen aus der Gesellschaft herausgelösten Bereich. Eine „Ökonomie“, die sich nicht mehr gegen andere Lebensbereiche verselbständigt und sie beherrscht, ist kein eigenständiges Gebiet mehr, benötigte damit auch keine besondere Bezeichnung. Mit der Arbeit verschwindet die Ökonomie wie auch die Politik.

Die über Arbeit und Geld vermittelte „Zivilisation“ schweißte die Menschheit einst weltweit zusammen. Doch am Ende der Durchsetzungsgeschichte der Arbeit droht derselbe Zusammenhang, der die Menschen einst zusammenbrachte, sie gewaltsam auseinander zu reißen. Die zivilisatorische Moderne kollabiert an den ihr innewohnenden Gegensätzen. Daher müssen neue, selbstbestimmte Formen einer Weltgesellschaft gefunden werden. Ihre Grundlagen können nur jenseits von Arbeit, Ware und Geld liegen. Mit den Grundlagen der so genannten „Zivilisation“ muss gebrochen werden. Die notwendige Basis dafür ist die Reformulierung und Etablierung einer Überwindungs-, Abschaffungs- und Stilllegungsbewegung, die sich in Abgrenzung zum patriarchal-abendländischen Arbeitsterrortsystem der Moderne nur als emanzipatorische Anti-Moderne (Robert Kurz) formieren kann. Deren erfolgreiches

Agieren wird davon abhängig sein, dass sie mit den Prinzipien von Arbeit und Männlichkeit abrechnet.

Anmerkungen

- 1 Als klassisches Konditionieren bezeichnet man in der Psychologie eine besondere Form des Lernens. Sie besteht in einer gezielten Verknüpfung von Reizen und Reaktionen. Das typische Beispiel dafür sind die „Pawlowschen Hunde“. Zeitgleich mit Verabreichung des Essens wurden sie stets einem Lichtreiz ausgesetzt. Nach wiederholter Durchführung dieser Konditionierung zeigten die Hunde bald Äußerungen wie „Tropfen der Zähne“ nicht nur bei Anblick des begehrten Essens, sondern bereits bei Reizung mittels Licht. Sie waren also darauf konditioniert worden, Erscheinungen, die sonst ans Essen gebunden sind, bei Einwirkung von Lichtreizen zu zeigen. Bekannt aus dem eigenen Leben sind solche Impulse bei Ertönen eines Weckers, der stets das Gefühl von Unruhe auslöst. In einer Passage in der Dialektik der Aufklärung (Mensch und Tier) entlarven Horkheimer und Adorno die Psychologie der klassischen Konditionierung als pure Herrschaftsideologie. Mittels ihrer Forschung an Tieren in Gefangenschaft zeige sie nichts über das Tier in Freiheit, aber sehr viel über den Menschen in der total verwalteten Welt des Kapitals.
- 2 Das ist gewiss eine gewagte These, die hier nicht näher begründet werden kann. Daher an dieser Stelle nur so viel: nicht jedes gewinnmachende Unternehmen ist wirklich gesellschaftlich gesehen kapitalproduktiv.
- 3 Zu Beginn des Kapitalismus im 15./16. Jahrhundert waren es zunächst bürgerliche Kreise, die die kapitalistischen Prinzipien der Askese und Selbstüberwindung verinnerlichten. Erst mit weitergehender Durchkapitalisierung der Gesellschaft erfolgte dann die Ausdehnung dieser Prinzipien auf andere Teile der Bevölkerung. Entscheidend war dabei die Eingliederung der ArbeiterInnen gegen Ende des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.
- 4 Dennoch fungiert das auf den Banken liegende Geld als Kapital. Ebenso wird der Produktionsprozess wirklich von KapitalistInnen kommandiert - die dabei aber nur innerhalb seiner Logik handeln können.
- 5 Missverständnisse sind hier voraussehbar: Stehen einander also doch zwei Klassen -

- Lohnarbeit und Kapital - unversöhnlich gegenüber? Fakt ist: Kapitalismus geht nicht ohne Klassen. Aber seine Entwicklung wird nicht vom Klassenverhältnis/ Klassenkampf bestimmt. Im jetzigen Kapitalismus scheinen sich die Grenzen zunehmend zu verwischen. Die ArbeiterInnen sollen sich heute als UnternehmerInnen ihrer Arbeitskraft betrachten.
- 6 Auch UnternehmerInnen leiden, verarmen in ihrer Gefühlswelt, werden psychisch krank aufgrund des kapitalistischen Produktionsprozesses, den sie kommandieren.
 - 7 Es gibt im Kapitalismus drei Möglichkeiten, den Unterhalt zu bestreiten: als ArbeiterIn über den Lohn, als KapitalistIn über den Profit oder als GrundbesitzerIn über die Grundrente.
 - 8 Das bedeutet nicht, dass Frauen nicht unter direkten oder eben indirekten Herrschaftsverhältnissen leiden.
 - 9 Das geschieht heute durch das Management, was an der Sache nichts ändert.
 - 10 Dass diese Trennung heute so nicht mehr besteht, ist keine Widerlegung dieser These, sondern ein Beweis dafür, dass die Arbeitsgesellschaft an ihr Ende gelangt.
 - 11 Zugewiesen freilich nicht per Dekret oder Vertrag, sondern über eine historische Entwicklung.
 - 12 In ihrer unerträglichen Dumpfheit verewigte die Linke dieses Prinzip mit ihrem Diktum vom Sein, welches angeblich das Bewusstsein bestimmt. Diese Formulierung stammt von Marx, war jedoch von diesem auf die kapitalistische Gesellschaft gerichtet und ist in dieser auch absolut treffend. Engels und vor allem Lenin und der an sie anschließende „Marxismus“ und „Marxismus-Leninismus“ machten daraus eine Ontologie: ein Natur- und Gesellschaftskonzept, eine „Weltanschauung“, nach der Menschen seit ihren frühgeschichtlichen Ursprüngen bis in alle Zukunft vom „ökonomischen Sein“ geprägt wären. Eine Befreiung von der ökonomischen Herrschaft und die Unterordnung dieser unter die menschlichen Bedürfnisse konnte und sollte in dieser Lehre nicht gedacht werden.
 - 13 Im jetzigen Krisenkapitalismus erfolgt ein zunehmender Zerfall des traditionellen Geschlechterverhältnisses. Frauen bekommen nicht mehr die alten weiblichen Verhaltensweisen zugewiesen, sondern dürfen sich auch schon mal als „Karrierefrauen“ versuchen - die sich dann aber immer noch mit der Frage konfrontieren müssen, wie sie das mit „ihrer Familie“ vereinbaren können. Real nimmt die Diskriminierung von Frauen in der Zersetzung des kapitalistischen Patriarchats sogar noch zu: sie

müssen sich sowohl in der öffentlichen als auch in der privaten Sphäre bewähren. Scholz bezeichnet diesen Zustand als „verwildertes Patriarchat“. Das allgemeine bürgerliche Bewusstsein versucht, diesen Sachverhalt kläglich mit dem Begriff der „Doppelbelastung durch Familie und Arbeitsplatz“ zu fassen, wobei vorausgesetzt wird, dass weder Familie noch Arbeitsplatz unerträgliche gesellschaftliche Zustände sind.

Literatur

- Karl Marx: Das Kapital, 1. Band, Der Produktionsprozess des Kapitals, MEW 23.
- Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, 1. Band (besonders im Anhang: Produktivität des Kapitals, Produktive und unproduktive Arbeit, S. 365ff und 4. Kapitel: Theorien über produktive und unproduktive Arbeit, S. 122ff); MEW 26. 1.
- Roswitha Scholz: Das Geschlecht des Kapitalismus, Bad Honnef 2000.
- Roswitha Scholz: Der Wert ist der Mann, in Krisis 12, Bad Honnef 1992.
- Roswitha Scholz: Wert und Geschlechterverhältnis, in Streifzüge 2/1999.
- Robert Kurz: Postmarxismus und Arbeitsfetisch, in Krisis 15, Bad Honnef 1995.
- Robert Kurz: Schwarzbuch Kapitalismus, Frankfurt 1999.
- Robert Kurz: Negative Ontologie, in Krisis 26, Bad Honnef 2003.
- Norbert Trenkle: Was ist der Wert? Was soll die Krise?, in Streifzüge 3/1998.
- Götz Eisenberg: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.
- Gruppe Krisis: Manifest gegen die Arbeit, Leverkusen 1999.
- Paul Lafargue: Das Recht auf Faulheit, Grafenau 2001.
- Karl-Heinz Wedel: Der Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft, in Robert Kurz/Norbert Trenkle/Ernst Lohoff: Feierabend. Elf Attacken gegen die Arbeit, Hamburg 1999.
- Gaston Valdivia: Arbeit und Wahn, in Streifzüge 4/1998.
- Gaston Valdivia: Der Eurofighter ist unsere Zukunft – Arbeit und Wahn II, in Streifzüge 1/1999.
- Nur der Mensch ist ein Arbeitstier, in BRIGITTE 4/1994.
- Erich Ribolits: Die Arbeit hoch, München 1995.
- August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Berlin 1976.
- Friedrich Engels: Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen, in ders.: Dialektik der Natur; Berlin 1952, S. 179ff.

Wieso sollte eigentlich gerade Bildung nicht zur Ware werden?

von Erich Ribolits

Heute warnt alles, was sich als fortschrittlich dünkt, vor einer Ökonomisierung der Bildung. Spätestens seit die GATS-Verhandlungen über eine Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen und die damit verbundenen Implikationen für das Bildungswesen einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden, mehren sich die Publikationen und Veranstaltungen in denen davor gewarnt wird, Bildung als ein kauf- und verkaufbares Handelsgut zu betrachten. „Bildung darf nicht zur Ware werden“, wird von all jenen formuliert, die nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass es in der Marktwirtschaft nicht möglich ist, irgendeinen Aspekt der menschlichen Entäußerung auf Dauer frei vom Vermarktungszwang zu halten. Genauso wie es nicht möglich ist, nur ein wenig schwanger zu sein, ist es auch nicht möglich, die Profitökonomie in Grenzen zu halten.

Als Erziehungswissenschaftler freut es mich zwar durchaus, dass über die Gefahren, die das GATS und die verstärkte Privatisierung der Bildungssysteme mit sich bringen, eine zunehmende Diskussion über die Problematik der voranschreitenden Ökonomisierung der Bildung in Gang gekommen ist. Allerdings möchte ich klarstellen, dass die Vermarktlichung der Bildung sicher nicht erst in den letzten Jahren und sicher nicht erst mit den Bemühungen der WTO begonnen hat, verstärkt auch den Bildungsbereich der Kapitalverwertung zugänglich zu machen. Bildung ist nicht erst im Neoliberalismus zur Ware geworden, sie ist es tendenziell, seit der Besuch von Schulen und Universitäten nicht mehr nur einer privilegierten Minderheit vorbehalten war, sondern zum Aufstiegsvehikel im Kampf um vorteilhafte gesellschaftliche Positionen geworden war.

Im Grunde genommen wird mit den derzeitigen Entwicklungen auch im Bildungswesen bloß das kenntlich, was den Kapitalismus von allem Anfang an gekennzeichnet hat, die Verwertungslogik des Marktes. So hat der bekannte Nationalökonom Adam Smith schon im Jahre 1776 in seinem Werk „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“

geschrieben: „Der Erwerb solcher (qualifizierten) Fähigkeiten macht infolge der Notwendigkeit, die betreffenden Menschen während der Zeit ihrer Ausbildung, ihres Studiums oder ihrer Lehrlingszeit zu unterhalten, stets Geldausgaben erforderlich, die sozusagen in einen Menschen gestecktes stehendes Kapital darstellen. Diese Fähigkeiten bilden nicht nur einen Teil des Vermögens des Betreffenden, sondern auch einen Teil des Vermögens der gesamten Volkswirtschaft, der er angehört. In derselben Weise lässt sich *die gesteigerte Geschicklichkeit eines Arbeiters* als eine Art Maschine oder Werkzeug betrachten, *die die Arbeit erleichtert oder abkürzt*, und *die, wenn sie auch Ausgaben verursacht, diese doch mit Gewinn zurückzahlt.*“

Solche explizit bildungsökonomischen Überlegungen blieben viele Jahre der Ebene akademischer Diskussionen verhaftet. Spätestens jedoch Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts konnte sich die Vorstellung von der *Bildung als ökonomisch zu kalkulierende Größe* nachhaltig etablieren. Der Grund für die damalige Entwicklung einer wissenschaftlichen „Bildungsökonomie“ lässt sich in den sozioökonomischen Gegebenheiten dieser Zeit identifizieren. Der unserem Wirtschaftssystem innewohnende Zwang zur Kapitalakkumulation ließ sich zunehmend nicht mehr nur extensiv, d.h. durch eine Ausweitung der Märkte und des Produktionspotentials erreichen. Immer mehr wurden und werden auch weiterhin intensive Faktoren, wie z.B. die entsprechende Qualifizierung der Arbeitskräfte, wichtig.

Der Widerspruch von Bildung und Ausbildung, den der Bildungsbegriff seit seiner Entstehung in sich trug, begann sich durch diesen ökonomisch bedingten Druck in einer einseitigen Form aufzulösen: *Brauchbar machende und verwertbare Qualifikation trat im allgemeinen Bewusstsein an die Stelle umfassender Bildung.* Dementsprechend gilt es heute als kaum bestreitbare Binsenweisheit, dass es die primäre Aufgabe des Bildungswesens sei, ein auf den Qualifikationsbedarf der Wirtschaft möglichst abgestimmtes „Humankapital“ in entsprechender Men-

genverteilung zu liefern. Und auch von den Betroffenen wird der Besuch von Bildungseinrichtungen heute nahezu ausschließlich unter dem Aspekt gesehen, wie weit sich die damit verbundene Investition an Zeit und Geld für sie später in quantifizierbarer Form lohnt.

Ein solches Denken offenbart sich nicht nur wenn der höchste Beamte des so genannten Bildungsministeriums bei einer Veranstaltung erklärt, dass „Bildung nichts anderes als ein Handelsgut“ wäre. Es spiegelt sich auch im systemlogischen Wunsch jedes Studierenden wider, in seinem Studium jenes Wissen und jene Fähigkeiten vermittelt zu bekommen, mit denen er später am Arbeitsmarkt optimal reüssieren kann. Die Vermarktlichung der Bildung beginnt mit der Vorstellung von der gerechtfertigten Besserstellung der so genannten Tüchtigen und endet dort, wo Bildungseinrichtungen wie Kaufhäuser organisiert sind, in denen Lehrende ihre Waren anbieten. Und wenn seit einigen Jahren alle ganz versessen auf Evaluationen von Lehrveranstaltungen und Rankings von Schulen und Universitäten sind, ist das ebenfalls nur Beleg dafür, dass die Vorstellung, Bildung ließe sich wie jede andere Ware nach Kriterien des Marktes messen, schon tief in den Köpfen des Homo oeconomicus verankert ist.

Was das Neue an der Situation ist, die durch die Ablösung staatlich überformter, durch unmittelbare marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen entsteht, ist die Tatsache, dass sich der über Bildung legitimierte Konkurrenzkampf um attraktive gesellschaftliche Positionen neuerdings nicht mehr so einfach als „gerecht“ schönreden lässt. Der bisherige, vordergründig kostenfreie Zugang zu Bildungseinrichtungen hatte suggeriert, dass die Legitimierung gesellschaftlicher Ungleichheit mittels Bildungstiteln tatsächlich gerecht sei; es also billig sei, wenn jene, die sich den Verwertungsbedingungen der Profitökonomie optimal anzupassen gelernt haben, später auch die Belohnung in Form von hohen Einkünften lukrieren können. Sobald aber von einem „Aufstieg durch Bildung“ gespro-

chen und nicht gleichzeitig thematisiert wird, dass ein „Gewinnen“ im Konkurrenzsystem immer nur um den Preis möglich ist, dass es Verlierer und an den Rand Gedrängte gibt, gerät Bildung in den Sog ökonomischer Rationalität und mutiert zur systemstabilisierenden Größe. Wenn Bildung mehr bedeuten soll als Zurichtung und Anpassung an die durch das politisch-ökonomische System vorgegebenen Bedingungen, muss sie auch als mehr gedacht werden als ein Vehikel des Aufstiegs. Steht die ökonomische Rationalität Pate für Bildungsargumentationen, mündet das unweigerlich in der „Qualifikationsfalle“. Der Mensch wird funktionalisiert und zum Produktionsfaktor eines wirtschaftlichen Geschehens reduziert, dessen Prämissen seiner Einflussnahme genau dadurch entzogen sind. In Form ihres Zerrbildes Qualifikation wird Bildung selbst zentrale Legitimationsgröße gesellschaftlicher Ungleichheit und Basis individueller Aufstiegshoffnungen im Rahmen von Konkurrenzsystem und bürgerlicher Leistungsideologie.

Karl Marx schreibt über den entwickelten Kapitalismus, dass er alle aus vorbürgerlicher Zeit stammenden, „feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört (...) und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch (übrig lässt) als die gefühllose ‚bare Zahlung‘“. Auf das Bildungswesen umgelegt bedeutet das, dass auch die Qualität dessen, was weiterhin nobel als Bildung bezeichnet wird, immer stärker über den Marktwert definiert wird. Bildung – in der ursprünglichen Begriffsbedeutung an der Entwicklung des humanen Potentials des Menschen orientiert, an dem, was den Menschen über andere Kreaturen hinaus-

hebt, seiner grundsätzlichen Fähigkeit, das Leben an Prinzipien auszurichten, die der „Rationalität des Nutzens“ übergeordnet sind – wird in den Dienst der Mehrwertproduktionsmaschine genommen.

Der Bildungsbegriff war ursprünglich das Synonym für die Idee, dass der Mensch sich nicht bloß in quantitativer Form, sondern qualitativ von anderen Lebewesen unterscheidet. Er ist jenes Wesen, dem die Natur nur in geringem Maß in die engen Bahnen streng vorgegebener Entwicklung und Verhaltensweisen zwingt; der Mensch ist grundsätzlich *frei*, er ist in der Lage, über seine Existenzweise autonom und mündig zu entscheiden. Über seine Triebe und Instinkte ist er zwar der Notdurft des Daseins unterworfen, er ist aber zugleich in der Lage, sich kraft Vernunft über diese Bindungen zu erheben. Dazu braucht er einerseits Wissen über die ihn umgebende Welt und andererseits Vorstellungen darüber, wie Wissen verantwortungsvoll einzusetzen ist.

Der Mensch ist in der Lage, sich und sein Verhalten zum Inhalt seines Denkens zu machen und sein Verhalten an Kriterien zu messen, deren Wert er durch vernünftige Reflexion erkannt hat. Sein Gehirn ist also nicht bloß ein gewaltiger Informationsspeicher – quasi ein biochemischer Supercomputer –, wo Informationen im Sinne irgendwelcher, ihm quasi „von außerhalb“ auferlegten Regeln verknüpft werden; der Mensch entscheidet selbst, ob und in welcher Form er sein Wissen verwerten will. Der Mensch ist also nicht bloß zu einem instrumentellen Gebrauch seiner Vernunft fähig, er kann sein Wissen selbstreflexiv anwenden; das heißt, er kann – und muss in

letzter Konsequenz auch – für sein Tun und Lassen Verantwortung übernehmen.

Aber auch die Kriterien des verantwortungsvollen Lebens sind dem Menschen nicht vorgegeben, sie können nur im gesellschaftlichen Diskurs entwickelt werden. Nur gebildete Menschen, die bereit sind, Wissen selbstreflexiv und nicht bloß zum eigenen materiellen Vorteil einzusetzen, können zu einem derartigen Diskurs etwas beitragen. Bildung ist das Heraustreten des Menschen aus der Sphäre des bloßen Nutzens. Über Bildung gewinnt sich der Mensch selbst als freies Wesen und er erkennt – wie es der deutsche Erziehungswissenschaftler Heinz-Joachim Heydorn einmal formuliert hat –, dass die Ketten, die ihm ins Fleisch schneiden, vom Menschen angelegt sind, und dass es somit auch möglich ist, sie zu sprengen.

Je mehr Bildung jedoch zum Kriterium der Positionsverteilung im Konkurrenzsystem wird, desto mehr wird sie auf den Charakter von Zurichtung pervertiert. Die Vision vom mündigen Individuum, also die Vorstellung, dass Bildung dazu dient, Menschen in die Lage zu versetzen, die Welt besser verstehen und gestalten zu können, rückt weitgehend in den Hintergrund. Der Mensch, der sich in der Neuzeit von der Vorstellung emanzipiert hatte, dass sein Leben durch höhere Mächte bestimmt sei, wird auch in Bezug auf seine Fähigkeiten der vernünftigen Reflexion zu einem Anhängsel des heutzutage faktisch allgemein anerkannten Gottes Markt degradiert. Wie wir wissen, gewährt der Markt seine Gunst nicht jenen, die ihr menschliches Potenzial zu möglichst hoher Vollendung gebracht haben, sondern jenen, die sich möglichst gut den von den Einkäufern diktierten Bedingungen unterwerfen. Was im Zusammenhang mit Lernen deshalb nur noch zählt, ist der Tauschwert – die Frage also, wie weit Menschen durch Lernprozesse marktgängiger werden.

Damit verkehrt sich das, was Bildung ursprünglich meinte, allerdings in sein völliges Gegenteil. Was hinter der weiterhin benützten Begriffsfassade zur Geltung kommt, ist die Reduzierung des Menschen auf den Status eines „intelligenten Tieres“. Zunehmend geht es bloß noch um Qualifizierung – das Brauchbarmachen des Menschen für die Erfordernisse seiner profitablen Verwertung. Der heute permanent vorgebrachte Hinweis auf die Wichtigkeit des „Bildungsfaktors“ für das wirtschaftliche Geschehen einschließlich dem schönen Slogan vom lebenslangen Lernen legt nur offen, worum es tatsächlich geht: nicht um die „Bildung von Menschen“, sondern ein-



Die Waffe der Kritik...

grundrisse

zeitschrift für linke theorie & debatte

“Letztlich sollen aber alle Beiträge in den Grundrissen dazu dienen, die Reflexion der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung im Hinblick auf deren emanzipatorische Überwindung voranzutreiben.”

Aus dem Editorial der Nr. 1

probenummer? Bestellungen an: grundrisse@gmx.net oder an
 “grundrisse”, Antonigasse 100/8A - 1180 Wien,
 weitere Infos: <http://www.grundrisse.net>

zig um die „Bildung von Kapital“ durch die Zurichtung der Individuen hin auf den Bedarf der Käufer der Ware Arbeitskraft.

Bildung und Qualifizierung stehen zueinander gewissermaßen im selben Verhältnis wie Liebe und Sexualität. Sex, Zärtlichkeit und Freundlichkeit sind nicht gleichzusetzen mit Liebe, sie stellen gewissermaßen bloß deren quantifizierbaren Anteil dar. Auch Qualifizierung kann in diesem Sinn als der quantifizierbare Anteil von Bildung charakterisiert werden. Und genauso wie sich Liebe nicht zur Ware machen lässt, Sex und Schmeichelei hingegen durchaus zum Verkaufsangebot im Rahmen der Profitökonomie werden können, lässt sich auch aus Bildung kein Geschäft machen; Qualifizierung hingegen lässt sich durchaus den Profitmechanismus der Warengesellschaft unterordnen.

Der Kapitalismus war von allem Anfang an im Dilemma gefangen, die Brauchbarkeit der Menschen für den wirtschaftlichen Verwertungsprozess vorantreiben und zugleich dafür Sorge tragen zu müssen, dass dieser Prozess nicht in befreiende Erkenntnis umschlägt. „Bildung“ soll unter kapitalistischen Bedingungen die Revolution der Produktivkräfte forcieren, die Revolution im Bewusstsein der Menschen aber verhindern. Mit dem „Ende der Nationalstaaten“ – womit ja nicht deren tatsächliches Verschwinden, sondern ihre irreversible Funktionsreduzierung zu bloßen Garanten juristisch-stabiler Räume für Verwertungsbedingungen gemeint ist – bekommt diese Paradoxie allerdings eine neue Dynamik.

Heute sind die Nationalstaaten zunehmend gar nicht mehr in der Lage, durch das demokratische Überformen der Begleitumstände des Bildungserwerbs das bürgerliche Gerechtigkeitsempfinden zu bedienen und beim Windhundrennen um attraktive gesellschaftliche Positionen das zu schaffen, was wir als Chancengleichheit zu bezeichnen gelernt haben. Da sie finanziell immer mehr ausgehungert werden, sind sie gezwungen, ihre demokratische Alibifunktion in anwachsendem Maß aufzugeben. In der offiziellen Lesart wird das dann als ein Rückzug des Staates auf seine Kernkompetenzen bezeichnet.

Gleichzeitig hat das Kapital in seiner permanenten Suche nach Verwertungsmöglichkeiten nun auch den Bildungsbereich als Profitquelle entdeckt. Es ist damit nur noch eine Frage der Zeit, dass der Bildungssektor aufhört, bloß ein gesellschaftlicher Bereich zu sein, wo es um die Zurichtung von Humankapital und die Indienstnahme der Köpfe *im Interesse* der profitablen Verwertung geht. Der Bildungssek-

tor wird zunehmend selbst zum profitablen Wirtschaftszweig. Hatte er bisher bloß Zulieferfunktion für die Verwertung, wird er nun selbst zum Verwertungssektor. Und es ist damit zu rechnen, dass dieser Veränderung auch recht problemlos über die Bühne gehen wird; denn – wie schon gesagt – Bildung wird in den Köpfen der Menschen sowieso schon längst nur mehr als Ware und nicht als Instrument ihrer Befreiung wahrgenommen.

Wenn heute noch fallweise davon gesprochen wird, dass Bildung Macht sei, dann wird in der Regel gemeint, dass jene, denen es durch ein erfolgreiches Durchlaufen des Bildungssystems gelungen ist, viel von der Ware Qualifikation zu verinnerlichen, damit die Macht gewinnen, sich mehr als andere im Warenhaus der Marktgesellschaft bedienen zu können. Mächtig sind jene, die hohe Bildungsabschlüsse nachweisen können, nur innerhalb der „Ideologie des Habens“, weil sie mehr von jener „Ware Qualifikation“ besitzen, die sie – allerdings nur solange eine entsprechende Nachfrage am Markt besteht – in Geld und soziales Ansehen eintauschen können. Auch für sie geht es nicht um Bildung, deren Gebrauchswert sich in der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nach Wachstum und Entwicklung äußert, sondern darum, dass sie – selbst zur Ware reduziert – zum Wachstum der Kapitalrendite beitragen.

Was derzeit passiert, ist nicht die Umdeutung von Bildung zur Ware – die ist längst vollzogen –, heute findet die Vermarktwirtschaftlichung des *Bildungswesens* statt. Parallel zum Gesundheitswesen und Altersversorgungssystem beginnt die Mehrwertproduktionsmaschine sich nun auch den Bildungsbereich einzuverleiben. War bisher nur der Weiterbildungs- und Erwachsenenbildungsbereich marktförmig organisiert, soll nun die Organisation alles Lernens dem Markt anheim gestellt werden. Immerhin schätzt die UNESCO das Volumen des Bildungsmarktes auf rund zwei Billionen Dollar ein – Tendenz steigend –, und private Anbieter halten davon derzeit gerade einmal einen Anteil von etwa 20 Prozent. Dass das Profitmonster angesichts solcher Geldvolumen Begehrlichkeiten entwickelt, liegt auf der Hand.

Dazu kommt, dass die technologische Entwicklung es zunehmend ermöglicht, auch im Bildungssektor die regionalen Grenzen der Vermarktung zu sprengen. Nachdem unter Bildung sowieso nur mehr das Verinnerlichen von markttauglichen Wissen und Fertigkeiten verstanden wird, lässt sich auch die Bedeutung der persona-

len Begegnung im Bildungsprozess kaum mehr legitimieren. Konsequenterweise wird ja heute auch von allen Seiten das Lernen mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien als riesiger Fortschritt gepriesen. Technologisch vermittelte Lernangebote sind zugleich aber auch bestens für die internationale Vermarktung geeignet. Und die notwendigen Investitionsmittel, um Lernangebote zu entwickeln, die die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologien wirklich perfekt ausnützen, bringt ein großer internationaler Konzern allemal noch leichter auf, als irgendeine nationale Bildungsagentur.

Die derzeitigen Entwicklungen in Richtung Vermarktwirtschaftlichung im Bildungsbereich entsprechen der Logik der Markgesellschaft. Wer auf den Markt als Regulativ des menschlichen Zusammenlebens setzt, darf sich nicht wundern, wenn zwischen den Menschen irgendwann auch nur mehr Kauf- und Verkaufsbeziehungen existieren. Der Markt funktioniert nach Kriterien des Nutzens, dementsprechend hat das Humane, die Fähigkeit des Menschen sich über die Dimension des Nutzens zu erheben und seinem Leben Sinn zu verleihen, am Markt keinen Platz. Was sich nicht in eine Profit bringende Ware verwandeln lässt, kennt der Markt nicht; dort gibt es nur das, was sich inbarer Münze darstellen lässt.

Die Forderung, dass Bildung nicht ökonomisiert werden darf, macht also nur Sinn im Zusammenhang mit einer Kritik des Marktsystems als Ganzem. Wer allerdings A zum Marktsystem sagt, der muss wohl auch B zu einer weiteren Vermarktwirtschaftlichung des Bildungswesens sagen!

Email-Container

Wer sich regelmäßig Informationen rund um den und aus dem Kritischen Kreis zuziehen möchte, der oder die sollte seine Email-Adresse unserem Email-Container melden. Neueste Artikel, Termine, Veranstaltungen, Kleinzeug, so manches reichen wir rüber. Die Adressen werden selbstverständlich nicht weitergegeben, auch nicht auf den Email-Köpfen! Wir garantieren Anonymität. Unsere Adresse ist: streifzuege@chello.at

Verweigerung des Alltags und der Arbeit

EIN WIEDERSEHEN MIT „STROSZEK“

von Paolo Lago¹

*...i tuoi occhi come vuoti a rendere per chi
ti ha dato lavoro
i tuoi occhi assunti da tre anni
i tuoi occhi per loro...
(...deine Augen wie Pfandflaschen für
deine Chefs
deine Augen, vereinnahmt drei Jahre schon
deine Augen für sie...)*

Fabrizio De André

*aus: Verranno a chiederti del nostro amore
(Sie werden dich fragen kommen
nach unserer Liebe)*

Bruno Stroszek, der Protagonist des gleichnamigen Films (Stroszek, 1976/77) von Werner Herzog (meisterlich dargestellt vom Laienschauspieler Bruno S.), macht gegenüber der Welt des Alltags (einschließlich von „Arbeit“, wie wir sehen werden) eine Entwicklung der Verweigerung durch, die er schließlich quasi mit seinem Selbstmord krönt. Bevor wir unsere Darlegungen beginnen, zum besseren Verständnis eine Inhaltsangabe des Films:²

„Bruno Stroszek, ein Straßensänger, der in den Höfen der Berliner Häuser auftritt, kommt zum x-ten Mal aus dem Gefängnis. Er ist ein zerstörter Mensch. Er hat als so genannter „Schwachsinniger“ schon in der Nazizeit von Kindheit an die institutionelle Gewalt der Erziehungsheime erlitten. Bruno besitzt noch eine Wohnung, in der er die Dinge wiederfindet, die ihm am liebsten sind: ein Klavier, eine Ziehharmonika und eine sprechende Krähe. Ohne zu zögern, nimmt er die junge Prostituierte Eva bei sich auf, die den Demütigungen ihrer beiden Zuhälter zu entkommen versucht. Für einen Augenblick entsteht ein entspannter Bereich der Solidarität zwischen Leidenden, in den auch ein Nachbar, Herr Scheitz, einbezogen ist, ein alter Sonderling, der überzeugt ist, entscheidende Entdeckungen über den „tierischen Magnetismus“ gemacht zu haben. Doch dass sie nun Ruhe hätten von den Widerwärtigkeiten des Lebens, ist nur eine Illusion. Evas Zuhälter geben nicht auf. Sie finden sie, Eva wie Bruno werden Opfer ihrer Brutalität.

Den beiden bleibt nichts übrig, als den Vorschlag des Nachbarn anzunehmen, in den USA ein neues Leben zu suchen. Scheitz hat einen Neffen in Wisconsin, Clayton, der ihnen ökonomischen Rückhalt verspricht. Eva durchbricht Stroszeks Ratlosigkeit und besorgt das Geld für die Reise mit ihrer gewohnten Tätigkeit. Die erste Begegnung mit dem fernen Land ist keineswegs ganz negativ. Amerika erscheint als fremdes, von eigenartigen Leuten bewohntes Land. (...) Die Gegend ist flach und öd; doch am Anfang scheint es gleichwohl die Chance eines „befriedigenden“ Kleine-Leute-Lebens zu geben. Eva arbeitet in einem Drugstore, Bruno in der Werkstätte Claytons. Die Wohnung ist bequem, auch wenn es sich um ein mobile home handelt, eine vorfabrizierte Behausung auf Rädern. Dann aber kommen, unausweichlich Schlag auf Schlag, die Missgeschicke, die schließlich zur Vernichtung Brunos führen: Amerika hat subtilere, aber noch unausweichlichere Mechanismen der Ausschließung als Deutschland. Um die vielen ausständigen Raten zahlen zu können, geht Eva wieder auf den Strich und macht sich schließlich mit Truckern nach Kanada davon; das Haus kommt unter den Hammer ... und Bruno und Scheitz sinnen auf Rache an einer Gesellschaft, die sich gegen sie „verschworen“ hat. Sie verüben einen grotesken Raubüberfall auf einen Friseur. Scheitz wird sofort gefasst, während sich Bruno mit dem Lkw der Werkstatt aus dem Staub macht, ohne zu wissen, wohin. Als er in ein Dorf inmitten des Indianerreservats der Cherokee kommt, lässt er sein Fahrzeug allein weiter im Kreis fahren und besteigt den Sessellift eines verlassen dastehenden Luna-Parks. Während am Ende die Kamera von oben das Dorf ins Bild bringt, hört man zweimal einen Knall: die Explosion des Lkw und das Gewehr, mit dem sich Bruno das Leben nimmt.“

„Mit den Heimen fing es an, und mit den Gefängnissen hört es auf, er wird weggefegt, ab, ab, ab, rein in die geschlossene Seminar“, so resümiert Bruno Stroszek bei seiner Entlassung aus dem Gefängnis die moralisierenden Ermahnungen des Anstaltsdirektors. Die Worte stehen wie eine

Aufschrift am Anfang des Films, sie zeigen, wie sich Bruno einer Gesellschaft bewusst wird, die die „Abartigen“ einsperrt – ob es nun die Verrückten sind, die Drogenabhängigen oder andere sonstwie an den Rand Gedrängte. Sie sind zugleich eine Reflexion über die Kontrolle, die vom so genannten normalen Leben ausgeübt wird – das Alltagsleben, die Routine lässt eine fürchterliche Gewalt Gestalt annehmen und bringt sie zur Welt.

Der Film macht das deutlich: Er zerfällt in zwei Teile, den ersten im Großstadtmilieu in Berlin, den zweiten, geprägt von offenen Räumen, in Amerika. Stroszek kommt in Wirklichkeit nie aus dem Gefängnis heraus: Nach dem Kerker kommt er ins Stadt-Gefängnis, in ein Reich der Gewalt und der „Banalität“ des Alltäglichen, eines Lebens, das reguliert und skandiert wird von den rigiden Normen der Arbeit und der Freizeit. Wir könnten an Baudelaire denken – nach der scharfsinnigen Analyse Walter Benjamins³ der Dichter der neuen Industriestadt par excellence –, der in seinem Einführungsgedicht zu den „Blumen des Bösen“ mit dem Titel „An den Leser“ die „Banalität“ (l’„Ennuit“) zu den fürchterlichsten Ungeheuern zählt: ein Ungeheuer, das „von Schafotten träumt, während es seine Pfeife raucht“ („il rêve d’échafauds en fumant son houka“). Der Vers Baudelaires zeigt in eisiger Klarheit, wie Bestrafung und Tod mit der absurden Ruhe der „normalen Lebens“ verbunden sind. Die „Banalität“ und das „Alltägliche“ schweben über den Städten (und über der Welt) wie der Blick des obersten Aufsehers, der in aller Ruhe entscheiden muss, wer zu eliminieren oder auch nur zu bestrafen ist („träumt von Schafotten“; wie es heutzutage auf Weltebene die untadelige amerikanische Demokratie vormacht).

Das Berlin des Films erscheint kalt und „mechanisiert“, eine leere Masse von seelenlosen Mauern und Straßen. Man sieht nur düstere Gassen, durch die der trostlose Protagonist läuft, und, wie die Gefängnishöfe von Mauern umgeben, die Höfe in den Wohnblocks des gemeinen Volks, wo Stroszek hingeht, um seine Moritaten zu singen und auf der Ziehharmonika zu spie-

len. Es entsteht der Eindruck, als könnte kein Ort, kein Fleckchen in der Stadt immun sein gegen die Gewalt. Evas Zuhälter brechen denn auch in Brunos Wohnung ein, in das illusionäre, kleine „Nest“, das sie gegen die Gewalt von draußen gebaut haben. Jetzt erscheint Verreisen, Wegziehen als die einzige Möglichkeit der Verweigerung gegenüber der Gewalt des Alltäglichen: Eva und Bruno werden mit Herrn Scheitz nach Amerika gehen. Das amerikanische Ambiente steht im klaren Gegensatz zu dem von Berlin: offene, grenzenlose Räume sind wie ein Vorspiel zu einer Art Freiheit. In Wirklichkeit wird Stroszek nie wirklich dem Kerker entkommen: Sein Weg beginnt im eigentlichen Kerker, setzt sich fort im Stadt-Gefängnis und endet schließlich im Gefängnis-Amerika. Der Erwerb einer Wohnung auf Rädern krönt offenbar das Kerker-Regime ihres Lebens im demokratischen Amerika: Brunos öde Arbeit in der Werkstatt des Neffen von Herrn Scheitz und die Beschäftigung Evas in einem Autogrill. Jetzt scheinen alle Einstellungen des Films von einer heimtückischen Apathie durchdrungen, als ob der Regisseur vor die Kamera einen Spezialfilter zur Enthüllung der „alltäglichen“ Sozialbeziehungen gesteckt hätte. Aber wie das demokratische Amerika alles ohne große Umstände darbietet (wenigstens in den Illusionen der Protagonisten), so nimmt es einem auch alles wieder mit derselben Leichtigkeit weg: Ein schleimig-glatter Typ von Bankangestelltem, der eine Sprache spricht, die dem Deutschen Bruno unverständlich ist, kommt wiederholt ins „mobile home“, bis dieses beschlagnahmt und versteigert wird in einem Zeremoniell, bei dem der Auktionator seine Sprechweise so verändert und verfremdet, als wäre er ein sprechender Automat. Der Prozess seiner „Entgesellschaftung“, seines Ausschlusses aus der Gesellschaft, in Gang gesetzt von der ganz normalen Arbeitsgesellschaft, hat sich vollendet. Jetzt beginnt in Stroszek der Prozess der offenen Verweigerung.

Nach einem Raubüberfall auf einen Friseur laufen Bruno und Herr Scheitz in einen Supermarkt, um mit den paar erbeuteten Dollar Proviant einzukaufen. Bezeichnenderweise werden die beiden genau an dem Ort, wo die zeitgenössische kapitalistische Gesellschaft die Individuen umgarnet und „arretiert“, von der Polizei überrascht, und Scheitz wird verhaftet. Bruno bleibt unentdeckt, kann flüchten und kommt schließlich in ein Indianerdorf, wo er sich das Leben nehmen wird. In den letzten Szenen des Films erreicht die Tortur des Alltäglichen ihren Höhepunkt. Der Regis-

seur zeigt ein stinknormales Dorf in der amerikanischen Provinz: eine Straße, ein Espresso und einen Spielsalon, wo lebende Tiere, in Boxen eingeschlossen, in Aktion treten, wenn man Münzen einwirft, und auf mechanische Impulse hin menschenähnliche Handlungen setzen: eine Henne spielt Klavier, eine andere tanzt zu den Klängen der Musik etc.

Stroszek setzt alle Spiele in Bewegung und löst damit einen orgiastischen und verfremdenden Klang- und Farbenmechanismus aus. Das normale Leben reduziert die Menschen zu Automaten auch mittels der zweiten Seite der Arbeit, d.h. des Spiels, der Unterhaltung. Die Arbeit ist wie Gott Janus doppelköpfig: auf seinem Schattengesicht verbirgt sich die Zerstreuung, das Spiel, die Scheinunterhaltung, die so genannte Freizeit. Walter Benjamin betont in seinem Essay über Baudelaire und Paris, wie gerade das Glücksspiel mittels sensorischer Erregungen die gleichen Effekte zeitigt wie ein Montageband, Menschen also zu Automaten reduzieren kann.⁴ Mutatis mutandis werden dieselben „Schock“-Effekte von modernen Video-Games erreicht, ebenso wie von den weit verbreiteten Bingo-Spielen, die in den großen Städten wie auf dem Land die angepasste und „verdienstvollste“ Fortsetzung eines Arbeitstages sind. Die von Stroszek in Gang gesetzten Spiele erscheinen als die volle Verwirklichung einer demokratischen Gesellschaft, gegründet auf das Alltägliche und auf die Arbeit: arme Tiere zu Maschinen reduziert, dazu benutzt, um auch die menschlichen Wesen als Maschinen zu versklaven.

Unterdessen hat Bruno auf dem Parkplatz der Bar den Lkw verlassen, der sich mit laufendem Motor weiter im Kreis dreht. Im zwanghaften Motorengeräusch des Lkw lässt sich der Alltagslärm wahrnehmen, wie wir ihn jeden Tag in den Städten hören mit unseren vom Lärm der Mopeds und Autos gepeinigten Ohren. Man könnte auch an den Anfang von „Die Milchstraße“ (*La Voie lactée*, 1968) von Luis Buñuel denken: Vor dem Start der pikaresken und surrealen Reise nach Santiago de Compostela, noch während der Vorspann läuft, sehen wir Bilder von Straßen voll chaotischem Verkehr mit einem ohrenbetäubenden Lärm von Hupen und Motoren. Diese Bilder geben perfekt die alltägliche und „normale“ Lebenssituation der Individuen wieder, die Maschinen geworden sind und Schlachtfleisch in der Hand von Maschinen. Der Selbstmord ist für Stroszek die letzte Verweigerung gegenüber der Gesellschaft des Alltäglichen und der Arbeit: Indem er sich tötet, lehnt Bruno nicht ein-

fach das Leben ab, sondern nur das Leben, das ihm unerträglich geworden ist, das ihm von der „normalen“ Gesellschaft zurechtgemacht und aufgezwungen wurde. Stroszeks Tat wird zur Metapher der Verweigerung, zur Zuspitzung dieser Verweigerung als Fluchtweg, den z.B. auch die Figur des Schreibers Bartleby in der gleichnamigen Erzählung Melvilles⁵ beschreitet. Doch der Selbstmörder will das Leben, wie der „Selbstmord-Philosoph“ in Rainer Werner Fassbinders Film „In einem Jahr mit 13 Monden“ versichert (1978; ein weiterer Film, der einen alltäglichen, unerträglich gewordenen „Zustand“ zeigt), er lehnt nur die Bedingungen ab, die es ihm unerträglich gemacht haben; er gibt nicht den Lebenswillen auf, sondern bloß das Leben, mit dem er das eigene Bild des Lebens zerstört.

Das normale Leben, die Routine, die Banalität, die Freizeit stehen wie gesagt unter der Ägide der Arbeitsgesellschaft. Stroszek vollendet seine Verweigerung gegenüber dieser Gesellschaft, hyperbolisch zugespitzt in der vom Film umgesetzten Metapher (Verweigerung als Selbstmord). Wenn man die Anstöße in Herzogs Film aufnimmt, kann man zum „Manifest gegen die Arbeit“ der Gruppe *Krisis* kommen, wo im Abschnitt 16 („Die Aufhebung der Arbeit“) zu lesen ist: „Das Programm gegen die Arbeit speist sich nicht aus einem Kanon positiver Prinzipien, sondern aus der Kraft der Negation. Ging die Durchsetzung der Arbeit mit der umfassenden Enteignung der Menschen von den Bedingungen ihres eigenen Lebens einher, so kann die Negation der Arbeitsgesellschaft nur darin bestehen, dass sich die Menschen ihren gesellschaftlichen Zusammenhang auf höherem historischen Niveau wieder aneignen.“⁶ Und in Abschnitt 18 („Der Kampf gegen die Arbeit ist antipolitisch“) führt dasselbe Manifest aus: „Die Kritik der Arbeit hat nur eine Chance, wenn sie gegen den Strom der Entgesellschaftung ankämpft, statt sich davon mitreißen zu lassen. Aber zivilisatorische Standards sind nicht mehr mit der demokratischen Politik zu verteidigen, sondern nur noch gegen sie.“⁷ Gegen den Prozess der Entgesellschaftung kämpfen bedeutet jedoch über die Logik der bloßen und einfachen Ablehnung hinauszugehen, die jedenfalls – wie es im Manifest heißt – den Ausgangspunkt einer Wiederaneignung seines gesellschaftlichen Zusammenhangs mit den anderen durch den Menschen abgeben muss.⁸ Es handelt sich darum, von der Arbeit befreite Gebiete zu schaffen⁹, „neue Zeit-Räume ins Leben zu rufen, auch wenn ihre Fläche und ihr Ausmaß eng begrenzt sind“, wie Gilles De-

leuze es in einem Gespräch mit Toni Negri formuliert.¹⁰ Es wäre zu fragen, was unsere unmittelbaren Bedürfnisse sind, hier und jetzt, und der Gesellschaft des so genannten „normalen Lebens“, die uns unentwegt als Automaten agieren lässt, unsere Verweigerung entgegenzusetzen. „Ob man Widerstand leisten kann“, so Deleuze, „oder sich aber der Kontrolle unterwerfen muss, ist auf der Ebene des jeweiligen Versuchs zu beurteilen. Man muss zur selben Zeit Neues schaffen und braucht Leute.“¹¹ Der Kampf gegen die Arbeit lässt sich jedenfalls nicht vom Kampf gegen das „normale Leben“ trennen, auch um sich urbanen Raum wieder anzueignen, der endlich befreit ist von „Banalität“ und Routine.

Anmerkungen

- 1 Übersetzung Lorenz Glatz
- 2 Die Inhaltsangabe stammt aus F. Grosoli, Werner Herzog, *La Nuova Italia*, Firenze 1981, S. 84-85.
- 3 Vgl. W. Benjamin, *Das Paris des Second Empire bei Baudelaire*, in *Gesammelte Schriften Band 1 Teil 2*, Suhrkamp, Frankfurt/M. 1978, S. 509-604.
- 4 W. Benjamin, a. a. O. *Was die Arbeits- und Freizeitgesellschaft schaffen will, sind Automaten, mechanische Wesen, Opfer der Prekarität und Flexibilität, wie die „Replikanten“ im Film Blade Runner (1982), von Ridley Scott: geschaffen, um sich im Strudel des postmodernen Lebens zu behaupten und nach vier Jahren selbst zu zerstören. Vgl. D. Harvey, The Condition of Postmodernity, Blackwell, Cambridge MA und Boston UK 1990), S. 309, über die „Replikanten“ des Films: „They have been designed as the ultimate form of short-term, highly skilled and flexible labour power (a perfect example of worker endowed with all of the qualities necessary to adapt to conditions of flexible accumulation). But like all workers faced with the threat of a shortened working life, the replicants do not take kindly to the restrictions of their four-years-life span.“*
- 5 Zur Verweigerung, die Melvilles „Held“ seinem Leben entgegengesetzt vgl. M. Hardt, A. Negri, *Empire*, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2002, S. 214-216 und P. Godani, *Estasi e Divenire (un'estetica delle vie di scampo)*, Mimesis, Milano 2001, S. 119-121, v. a. S. 120, und auch S. 67f.
- 6 Gruppe Krisis, *Manifest gegen die Arbeit*, Juni 1999 im Eigenverlag, S. 41.
- 7 A. a. O., S. 48.

- 8 *Über Verweigerung als eine Art „sozialer Selbstmord“ findet sich eine interessante Anmerkung in M. Hardt, A. Negri, Empire (Zitat s.o. Anm. 4), im Kapitel mit dem Titel „Verweigerung“ (wie in Anm. 4 angeführt S. 214-216): „Auch politisch gesehen führt die Verweigerung als solche (von Arbeit, Autorität und freiwilliger Knechtschaft) lediglich in eine Art gesellschaftlichen Selbstmord. Wie Spinoza sagte: Wenn man lediglich den tyrannischen Kopf vom Gesellschaftskörper abtrennt, hat man nichts als die verstümmelte Leiche der Gesellschaft. Wir müssen stattdessen einen neuen Gesellschaftskörper schaffen, ein Projekt, das weit über bloße Verweigerung hinausgeht.“ (S. 216).*
- 9 Vgl. R. Kurz, N. Trenkle, *Die Aufhebung*

der Arbeit. Ein anderer Blick in das Jenseits des Kapitalismus, in: Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit, Hamburg 1999, S. 252: „Nicht ein neues abstrakt-inversalistisches Funktions- und Organisationsprinzip ist die Zukunft jenseits der Arbeit, sondern ein im Gegensatz zur Warenform tatsächlich ‚offener‘ gesellschaftlicher Raum für die Entwicklung konkreter Vielfalt in allen Lebensbereichen – ohne den zwanghaften Drang konkurrierender Identitätsbildung und Abgrenzung.“

10 G. Deleuze, *Pourparlers, Quodlibet, Maccarata 2000, S. 233 (Pourparlers, Les Éditions de Minuit, Paris 1999) [deutsche Übersetzung des Zitats von Lorenz Glatz].*

11 A. a. O.

Wie moderne Prediger

von Maria Wölflingseder

Arbeitslosenkurse mögen im Einzelfall hilfreich sein, ja sogar zu einem Job verhelfen. Für die meisten sind sie jedoch so überflüssig wie ein Kropf. Durch Kurse werden ja keine Jobs geschaffen, höchstens die Konkurrenz verschärft.

Es war einmal eine Zeit, da herrschten ziemlich verrückte Verhältnisse. Die einen hackelten sich 40 bis 80 Stunden die Woche krumm und bucklig, magen- und nervenkrank und wenn's sein muss zu Tode. Die anderen – ihre Zahl nimmt immer mehr epidemische Ausmaße an – sind dazu verdammt, fast ohne Existenzgrundlage namens Geld ihr Dasein zu fristen. Ihnen schlagen immer heftigere Wellen von Feindseligkeit entgegen. Sie müssen ausgemerzt werden aus der Statistik – die Statistik ist ein Heiligtum. Bis 80 muss gerobtet werden, fordert der emeritierte Volkswirtschaftsprofessor Erich Streissler; dazu bemüht er den Papst: „Durch Arbeit wird der Mensch mehr Mensch“. Streissler folgert daraus, dass „frühzeitige bezahlte Nichtarbeit den Menschen entmenschet. Zumindest macht sie ihn zum müßiggän-

gerischen Luxusgeschöpf“ (Die Presse, 3. 5. 2003). Die Massen von 40-, ja 35-Jährigen, die jetzt schon keinen Job mehr bekommen, sind schnurzug-egal, sie werden ja bald zu niedlichen „Minijobs“ abkommandiert, für einen Bettel. Dass der Mega-Event „Arbeit“ den last exit auf der Autobahn des suicidalen Arbeitsethos verpasst hat, das kriegt im universalen Destruktionsrausch keiner mit. Für die immer größer werdende Zahl derer, die daran nicht teilnehmen dürfen, gibt es vorsichtshalber Heerscharen von trouble shootern und Arbeitslosenwärtern, die Arbeitslose auf Trab und am Schmach halten, falls sie auf dumme Gedanken kommen sollten. So gibt es frische Ware zu verklopfen – Arbeitslosigkeit. Zu Dumpingpreisen werden Kurse an die Niedrigstbieter vergeben.

Wie verhext

Wie verhext klingt es aus den Mündern dieser neuen Berufsschicht, den Job-Coaches. Die Arbeitslosen nennen sie systemlogischerweise „Kunden“. „Den Glauben in die Fähigkeit, einen passenden Job zu finden“, wollen sie wecken, mit den Arbeitslosen „Ängste ansehen und damit entschär-

fen, negative Erwartungshaltungen und Glaubenssätze durchbrechen“ und „das Thema Erfolg bearbeiten, indem an frühere Erfolge im Berufsleben angeknüpft wird“. Sie warnen: Wenn ihre Kunden nicht mit einer „positiven Grundeinstellung in den Kurs gehen“, sondern „passiv oder im Widerstand ihre Zeit absitzen“, dann werden sie weniger leicht einen Job finden als die Enthusiasmierten (Stefan Peters in seinem affirmativen Artikel, Volksstimme 24. 4. 2003). Die Arbeitslosenwörter machen nicht nur ihren Job vorbildlich, sie erzählen dir auch privat permanent diese Ammenmärchen, – als ob sie auch dafür bezahlt würden. Unzählige, die früher die pervertierten gesellschaftlichen Verhältnisse kritisiert haben, kritteln heute, wo die Verhältnisse völlig übergeschwappt sind, statt dessen an den Arbeitslosen herum. Nein, ich will nicht ungerecht sein: Einmal habe ich sogar im Radio eine ratlose junge Trainerin gehört, die in aller Öffentlichkeit sagte, sie wisse nicht, wie sie Jugendlichen ausländischer Herkunft erklären soll, dass sie keine Chance auf eine Lehrstelle hätten. Aber das Gros der Coaches ist unbeirrbar, wahrlich wie moderne Prediger lullen sie dich ein. Wie eine Gebetsmühle perpetuieren sie die Beschwörungsformel „Wenn du nur wirklich, wirklich willst, wenn du einfach besser bist als alle anderen, dann ist dir dein Seelenheil, dein Traumjob sicher. Halleluja!“

„... sonst geht's nur bergab“

Ein paar Highlights aus der dreijährigen arbeitslosen, kursreichen Karriere der ehemaligen „Weg und Ziel“-Koordinatorin, meiner Wenigkeit, geben Einblick in die Materie. Von keinem Vorgesetzten, von keiner Lehrperson, auch von keinem AMS-Betreuer Ende der 80er Jahre wurde sie jemals so feindselig behandelt: Als Schuldige, als Renitente, die zur Raison gebracht wer-

den muss, die gegängelt werden darf. Ihre jetzigen AMS-BetreuerInnen und KursleiterInnen brachten diese Premiere bravurös über die Bühne, sie könnte sich keine überzeugteren Akteure vorstellen. Beim ersten Termin am AMS, vor drei Jahren, wurde nichts mit ihr geredet, nur eine Drohung ausgesprochen: „Sie haben noch keinen neuen Job, dann gibt es nur zwei Möglichkeiten: eine Umschulung Richtung Computer (damals wurden alle AkademikerInnen – ob dazu geeignet oder nicht – in Web-Design-Kurse gesteckt) oder Richtung Wirtschaft, sonst geht's nur bergab!“ Einmal wurde sie gemeinsam mit hundert anderen AkademikerInnen zum Wirtschaftsförderungsinstitut vorgeladen, zu einem Eignungstest für einen dreimonatigen Wirtschaftsintensivkurs. Unter den Hinzitzierten waren viele, die ein abgeschlossenes Universitäts-Wirtschaftstudium hatten!

„Jeder Arbeitslose hat ein Defizit“

Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit wurde sie in einen halbjährigen Kurs (viermal die Woche) von „Come back urban“ gesteckt. Eine konnte wenig Deutsch, eine war schwer krank und hatte nie einen qualifizierten Job, eine Arbeiterin war über 50, ein junger Mann hatte viele Vorstrafen, einer war hoch lohngepfändet, einer war Sonderschulabgänger und sie: Geisteswissenschaftlerin, für alles überqualifiziert, wie ihr stets versichert wird. Wahrscheinlich ist das ihr Defizit. „Defizit“ scheint ein magisches Wort zu sein. Alle Arbeitslosen haben eines gemeinsam: das Defizit. Welches, das muss eruiert und behoben werden. Im Brustton der Überzeugung konterte der Trainer ihren bis dahin 150 Bewerbungen: Er könne sich nicht vorstellen, warum sie arbeitslos sei, bei ihnen bekomme sie sicher einen Job. Sie hätten auch Stellen, die sonst

nirgends ausgeschrieben seien. Nach zwei Wochen Psychospielchen, wovon keiner wusste, wozu die eigentlich gut sein sollten, durfte sie bereits mit der Jobsuche beginnen, während die anderen in die Orientierungsphase eintraten. Sie erhielt kein einziges Stellenangebot, das nicht aus der Zeitung stammte. Sich da zu bewerben, machte sie zuvor genauso. Außer dass sie sich jetzt auch bei völlig unpassenden, also völlig aussichtslosen Stellen bewerben musste. In sieben Wochen schickte sie 70 Bewerbungen ab. Dann waren sie schmähstark, die TrainerInnen. Sie durfte auch ein Praktikum machen und ein paar Computerkurse besuchen. An manchen Tagen war sie von 8 bis 22 Uhr unterwegs. Das Klima im Kurs war vergleichbar mit jenem in einem von schlechten Pädagogen geführten Schwererziehbarenheim. Permanent diese subtile Unterbutterung: du bist schuld, du hast etwas angestellt; du brauchst nur wirklich wollen, dann findest du schon einen Job. Nach zehn Wochen hat sich der Kurs von selbst aufgelöst. Manche sind entlassen worden, mit einer sechswöchigen Sperrfrist des Arbeitslosengeldes, für andere wurde der Kurs als nicht geeignet erachtet, eine war bei einer Leihfirma des WAFF (Wiener Arbeitnehmerförderungsfond) untergekommen. Sie selbst hat kurzfristig für zwei Monate ein Angebot an der Uni Klagenfurt als Gastprofessorin bekommen, weil die vorgesehene nach Berlin berufen wurde. Danach war sie wieder arbeitslos.

Eine Bekannte von ihr ist Ärztin im AKH. Nach der Schilderung ihres Arbeitslosenkurses meinte sie erstaunt: „Und ich habe mich immer gefragt, warum Arbeitslose ständig irgendwelche Bestätigungen fürs Arbeitsamt brauchen. Jetzt ist mir klar, warum sich viele lieber ins Krankenhaus legen um sich völlig unnötigen Operationen zu unterziehen, als sich den Schikanen eines Arbeitslosenkurses auszusetzen.“

Mehrjahresabo der Streifzüge

Erstmals bieten wir ein Mehrjahresabo an. Das hat mehrere Vorteile. Den Beziehern senkt es die Kosten des Abonnements. Uns bringt es unmittelbar höhere Einnahmen, senkt außerdem die

Buchungsgebühren und vereinfacht die Verwaltung.

Weiters schützt es die Abonnenten vor zwischenzeitlichen Preiserhöhungen.

Wir bitten um rege Beteiligung.

Die Aborichtpreise lauten bis zur nächsten Preiserhöhung:

Inland: 1 Jahr 11 Euro, 2 Jahre 20 Euro, 3 Jahre 28 Euro

Ausland: 1 Jahr 12 Euro,

2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro

UNBEQUEM: DER NEUE KURZ

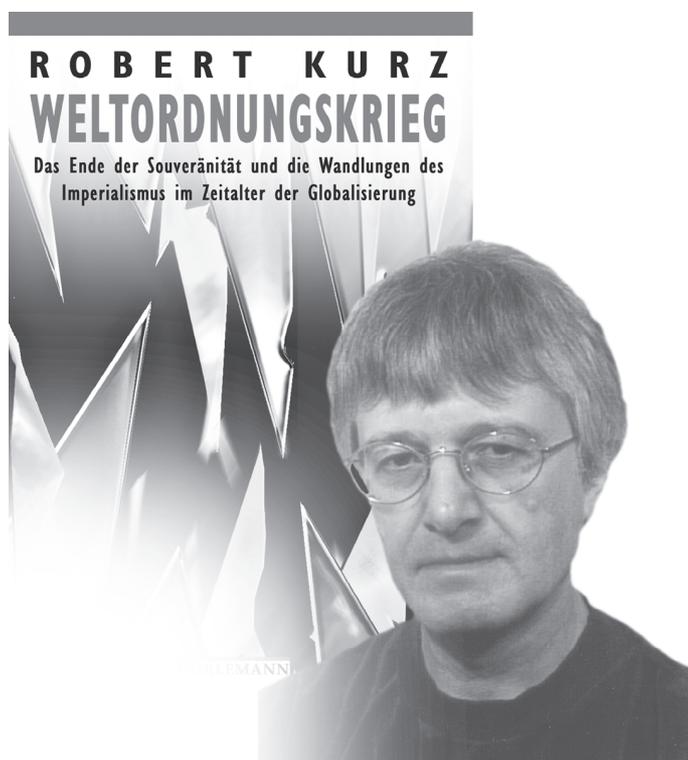
„Wie ein Schatten folgt der Globalisierung des Kapitals ein Prozess der sozialen Zerrüttung und moralischen Verwilderung. Die anwachsende Systemkrise wird von kapitalistischen Funktionseliten stur geleugnet. An die Stelle des einstigen Machtkampfes zwischen Nationalstaaten ist ein perspektivloser Weltordnungskrieg getreten ...“ *Neues Deutschland*

„Entstanden ist eine ungemein scharfe Analyse der Globalisierungskrise. ... Sich mit Kurz auseinander zu setzen heißt, an Schärfe in der Beobachtung und Analyse zu gewinnen.“

Norbert Copray in: Publik-Forum

„Robert Kurz widmet sein Buch ‚Den namenlosen Opfern der demokratischen Bombergemeinschaft und des ökonomischen Terrors‘. Schärfer kann eine Anklage gegen die moderne Weltwirtschaftsordnung nicht formuliert werden.“

Gerd Bedszent in: Ossietzky



448 Seiten, Broschur, ISBN 3-89502-149-0



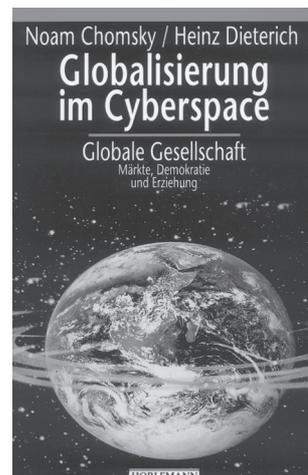
„Die Tragödie am Hindukusch mit afghanischen Augen analysiert“

280 Seiten • Broschur
€ [D] 17,80 • ISBN 3-89502-167-9



„Hinter der verschlissenen Fassade der ‚westlichen Werte‘ lugt unübersehbar die nackte Angst hervor“

164 Seiten • Broschur
€ [D] 10,00 • ISBN 3-89502-161-X



„Unverzichtbar für die aktuellen Diskussionen“

216 Seiten • Broschur
€ [D] 12,30 • ISBN 3-89502-049-4

Bitte fordern Sie unser aktuelles Gesamtverzeichnis an
Horlemann Verlag • PF 1307 • D-53583 Bad Honnef • Fax +49 22 24 54 29 • E-Mail: info@horlemann-verlag.de

HORLEMANN

Kein Blut für Demokratie

von Gerold Wallner

„Der ganze Iraq ist in drei Teile geteilt, dessen einen die Schiiten, den anderen die Kurden bewohnen, den dritten dann die, die in ihrer Sprache Araber, in unsrer aber Iraquer genannt werden.“

*caius iulius caesar, commentarii
de bello gallico*

Mit diesem Satz, den alle, die ein Gymnasium absolviert haben, kennen, hat C. I. Caesar sein Kriegsprogramm formuliert: Die „lingua sua“ soll hinfort nicht mehr gelten, und das Wort „celtae“ taucht auch konsequent im Text nicht mehr auf, nur noch „galli“ bevölkern die römische Welt. Ich will diese Analogie nicht überreizen, schon gar nicht im Hinblick darauf, dass Rom und Gallien zueinander finden konnten, dass Rom für Gallien ein Angebot war (wenn auch eines, das nicht abgelehnt werden konnte). Aber welches Angebot haben wir für die Araber?

Demokratie fällt natürlich sofort ein, die Befürworter¹ des Kriegs trommeln tagaus tagein, wie sehr sie es begrüßen, dass die Iraquer nun die Segnungen des Westens zu spüren bekommen. So wird bejubelt, dass das iraqische Volk endlich Cola trinken und Meinungen äußern kann. Auffällig ist daran, dass diese Argumente bloß Ausstrahlungen der „lingua nostra“ sind. Was immer auch „lingua sua“² ist, existiert nicht mehr, oder wird nur noch in der willkürlichen Dreiteilung wahrgenommen. Die „lingua sua“, die zum Verstummen gebracht werden soll, zeigt sich beispielhaft am Schicksal des Nationalmuseums in Bagdad. Was wurde nicht alles gejammert, und welche Vorwürfe an die US-amerikanische Besatzungsmacht wurden nicht vorgebracht! Dabei waren die Plünderungen doch nichts anderes als ein Anschauungsunterricht in Marktwirtschaft und „lingua nostra“. Zum einen wurde klar, dass die Plünderungsaktion vorbereitet und wohl auch geduldet war, eine Lektion quasi in Verwertung, zur besseren Anschaulichkeit und zum schnelleren Abschluss auf dem Schwarzmarkt vollzogen.³ Zum anderen war die Empörung insofern doppelbödig, als die gestohlenen Kulturgüter gleich zu unseren Kulturgütern wurden, wir also beraubt wurden, wir den Verlust zu

tragen haben, die Araber schmeißen, was sie nicht verhökern können, weg, schmelzen die Schmuckstücke aus Edelmetall ein, haben ohnedies keinen Begriff von Hochkultur; das haben erst wir über die Griechen geschafft.

Also Marktwirtschaft? Passt! Vielleicht ein bisschen unorthodox, aber passt. Öl geht an die Privaten, Kunst, Kultur und Geschichte, das geht auch an die Privaten. Wird schon stimmen – Hauptsache „lingua nostra“. Wiederaufbau? Kennen wir. Das ist so ähnlich wie bei uns am Land. Erst werden Postbus- und Eisenbahnlinien eingestellt, dann wollen die Pendler doch in die Städte zur Arbeit fahren, dann sagen die Unternehmensleitungen, das sollen die Gemeinden bestellen und bezahlen, wenn sie diese Verkehrsverbindungen partout haben wollen. Und so stehen die US-amerikanischen Firmen Kapital bei Fuß, und der Iraq soll das bezahlen, was jetzt an Investitionen getätigt werden wird.⁴

Und Demokratie? Wieder ein bisschen unorthodox, aber passt! Nation-building, in Analogie zur Umerziehung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg wird es hier als Modell verkauft. Die Kurden machen mit, wenn sie gelassen werden, die Ba'ath macht mit, wenn sie gelassen wird, die Schiiten machen mit, wenn sie gelassen werden. Die Volksmudjaheddin machen mit, wenn sie gelassen werden, alle sind dabei, wie es sich für eine Nation schickt. Davor wurde die Nation schon einmal gebildet – aus der Konkursmasse des Osmanischen Reichs. Wir haben schon zu Zeiten, an die wir uns nicht mehr erinnern können, die Nation gebildet – Linealstriche auf der Landkarte werden zum Iraq.⁵ Das ist natürlich nicht nur mit Rechten, sondern auch mit Pflichten verbunden. Die Rechte sind die des Markts. Die Pflichten sind die des Staats.

So wurde dem Iraq immer schon von uns mitgegeben, wie Staatlichkeit und Demokratie gehen. Durch seine Geschichte nach dem Zerfall des Osmanischen Reichs zieht sich wie ein roter Faden die konstitutionelle Verfasstheit als Zeichen seiner Treue zu uns. Wird diese Treue einmal in Frage gestellt, weil sich Bevölkerung und Machthaber eigenen Plänen zuwenden (oder auch nur den Verdacht erregen, sie könnten es vielleicht einmal tun), ist eine strafweise Be-

setzung durchaus im Rahmen des Üblichen. Vollstaatlichkeit mit Demokratie und Nation sind nämlich bloß so etwas wie ein Franchise-Unternehmen. McDonald's zeigt, wie es richtig gemacht wird. Offiziell bist du dein eigener Unternehmer und selbständig. Aber das Produkt, die Werbelinie, selbst die Ausstattung des Lokals und die Uniform der Bediensteten lassen dir keinen Spielraum für irgendeine Entscheidung. Aber wenn was schief geht, bist du dafür verantwortlich. Diese Franchise-Demokratie kennt der Iraq schon längst. Er hat alle Geschäfte, die er übernommen hat, getreulich ausgeführt. Das ging von der konstitutionellen Monarchie über Militärdiktaturen, Besetzung, Formaldemokratie, antikoloniale Revolution – alles immer als nation-building – bis zum Krieg, den der Iraq im Auftrag von Freiheit mit Iran führte, und zur Niederschlagung der – komischer Weise wieder nationalen und demokratischen – Revolten von Teilen der Bevölkerung im Auftrag von nationaler Integrität.

Welche Demokratie bringen wir dem Iraq also jetzt, die er noch nicht kennt? Da werden „feudale Stammesstrukturen“ beschworen, Loyalitäten und Beziehungsgeflechte, die zerstört werden müssen und die in der Tat vormodern anmuten. Aber auch diese Vormodernität ist nichts Neues; sie tritt selbst bei uns in Erscheinung, vor allem dann, wenn mit Demokratie eine klassische Entwicklung verbunden wird. Dann geht der Weg der Menschheit korrekter Weise von der Sklaverei über den Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft mit Demokratie und Nation und führt dann zu Sozialismus und Kommunismus. Wer diesen Weg nicht brav zurückgelegt hat, macht sich verdächtig, entspricht nicht der linken political correctness und ist nötigenfalls mit den entsprechenden Mitteln zur Raison⁶ zu bringen. Gerade in Österreich wird das Ausbleiben einer nationaldemokratischen Revolution beziehungsweise ihr mangelnder Erfolg zum alleinigen Ausgangspunkt jedweder Erklärung der hiesigen Verhältnisse gemacht. Dabei wird so weit gegangen, diese Revolution an ein einziges Datum zu binden, 1848, und wer da nicht gewonnen hat, hat für immer verloren. Dass dieses Etappenmodell nie und nimmer funktionieren kann und auch nie der geschicht-

lichen Realität entsprochen hat, spielt dabei schon gar keine Rolle.⁷ Dafür ist das Argument auch eines, das sich der Religion in säkularisierter Form vergleichbar gemacht hat: Das Ausbleiben der bürgerlichen Revolution ist die Erbsünde, an der Deutschland und Österreich mit ihren Trabanten leiden und büßen müssen.

In dieses Korsett wird die Geschichte des Iraq gezwängt, um zu beweisen, dass wir ihm jetzt erst endlich die Demokratie bringen. Verschwiegen wird, dass Demokratie⁸ bloß die Organisationsform dieser Welt ist, was immer auch darin von wem organisiert wird. Wenn wir also dem Iraq Demokratie bringen, dann nicht Freiheiten, Grundrechte und Ähnliches, sondern einen neuen Franchise-Vertrag für einen neuen Pächter. Der neue Pächter kann natürlich im eigenen Haus schalten und walten, wie er will, solange er nicht die Interessen des Konzerns verletzt. Und damit diese Interessen selbst nicht zu Willkür Anlass geben, ist ihnen eine Grenze gezogen. Diese Grenze wird durch die Notwendigkeit markiert, dass die Gesellschaft und ihre Welt, die sich diese Gesellschaft als die beste aller möglichen vorstellen muss, um sich nicht selbst zu verunsichern, weiterhin funktionieren muss und in ihrem Bestand nicht gefährdet werden darf. Und so lässt sich mit Fug und Recht sagen, dass der Iraq ein ebenso demokratisches Gebilde von allem Anfang an war wie jeder moderne Staat, der das Licht der Welt in den letzten dreihundert Jahren erblickte und sich gegen die nichtstaatlichen Reiche⁹ etablierte.

Da stellt sich natürlich die vordergründige Frage, was es mit der offensichtlichen Diktatur des Saddam-Regimes zu tun hat. Es wäre allzu einfach, sich auf die Position zurückziehen zu wollen, dass Diktatur der Demokratie widerspräche. Nona! Bloß, dass hier der gesunde Menschenverstand zu Wort kommt, bedeutet noch lange nicht, dass damit das Thema durchdrungen wäre. Demokratie hat in sich selbst seit jeher ein ausschließendes, terroristisches, diktatorisches Moment. Wo der gesellschaftliche Konsens darauf basiert, dass schon immer eine Minderheit bei der Konsensbildung unterdrückt wird, ein streng utilitaristisches Herangehen sich damit begnügt, größtmögliche Wohlfahrt für die größtmögliche

Menge von Menschen sich zum Ziel zu setzen und so das Herausfallen von anderen (aus der Versorgung, aus der Entscheidung, aus dem Leben) billigend in Kauf nimmt, dort kann es nicht Wunder nehmen, wenn sich dieses terroristische Element auch anschaulich und greifbar manifestiert. So ist Demokratie immer schon mit dem Fall des Notstands verbunden – um die Demokratie zu schützen. Und je nach Einstellung setzt sich diese immanent angelegte Willkür als Notwendigkeit oder Missbrauch immer wieder durch.¹⁰ Hier schließt sich der Kreis zum jetzigen Kriegsgeschehen.

Diente die Diktatur Saddams vorgeblich dazu, dem Volk gegen einen Machtklüngel, der jede Beziehung zur Basis verloren hatte, wieder zu seinen Rechten zu verhelfen, Nepotismus und Korruption abzuschaffen, und die Nation zu Ansehen und Wohlstand zu bringen, so scheiterte sie schnell an der selbst gestellten Aufgabe. Der nationale Konsens, den herzustellen sie im Stande war, zerbrach sehr schnell an unüberschreitbaren Grenzen. Und diese Grenzen waren nationale. Der Angriff des Iraq auf Kuwait stellte das Prinzip des nation-building in Frage. Gezogene Grenzen konnten nicht ohne weiteres geändert werden, und Nationen gab es nur innerhalb dieser. Saddam unterschätzte diese Prämisse und wurde bestraft. Das Problem dabei war nur, dass im Zuge dieser Strafaktion das iraqische Regime auf seine Gestaltungsmöglichkeiten zu verzichten hatte. Wer Grenzen dieser Welt zu überschreiten sucht, wird schon im Ansatz, schon bei der Formulierung dieses Versuchs, auf seine Grenzen zurückgeworfen. Dabei zeigen sich natürlich die Vorrechte der ursprünglichen Landvermesser. Ob Elsass-Lothringen oder Kuwait, die Nation stand schon länger fest; ihre Legitimation und Verfasstheit waren demokratisch, und dabei ist völlig egal, ob diese Demokratie ortsgebunden, autochthon und endemisch oder implantiert ist. Im Gegenteil, Demokratie ist eine Epidemie, sie greift die ganze Welt an, es gibt kein Heilmittel, alle Nationen sind befallen.

Und wer in diesem Spiel die Regeln wenn nicht zu verletzen, so ernst zu nehmen trachtet, wird des Felds verwiesen. Der Iraq – sein Regime – nahm das Selbstbestimmungsrecht der Völker wenigstens im

eigenen Falle ernst, glaubte, den Prozess des nation-building vervollkommen zu können, wollte Kuwait als nationale Provinz, so wie Österreich oder Italien Südtirol oder Alto Adige wollten. Doch die Grenzen zieht die Demokratie, die internationale Gemeinschaft, der ideelle Gesamtstaat, der seine Verantwortung ernst nimmt, niemand anderem die Ordnung der Welt zu überlassen. Wer Grenzen nicht anerkennt, macht sich verdächtig, das Spiel nicht richtig zu spielen. Die Grenze ist das Um und Auf der Staatlichkeit, wer sie verletzt, begibt sich dieser zivilisatorischen Garantie und die Strafe folgt auf den Fuß.

Der Iraq war keine souveräne Nation mehr, sein Zugriff auf Bevölkerung und Wirtschaftsressourcen war ihm abgeschnitten. Und dafür wurde er wieder bestraft. Weil er kein Öl mehr exportieren durfte, weil er seine nationalen Pflichten nicht mehr wahrnehmen konnte, musste ein Exempel statuiert und die alte Ordnung wieder hergestellt werden.

Wir bringen dem Iraq nichts, was er nicht schon kannte. Was zu erwarten ist, ist, dass er am Ende sich selbst überlassen bleibt, das nächste Regime den nächsten Durchgang von Nepotismus und Korruption unternimmt, worauf sich ein nächster Freund des Volks der Aufgabe stellt, zu internationalem Ansehen und nationalem Wohlstand eine Regierung zu stürzen und eine neue zu stellen. Derweilen gehen die Geschäfte weiter, und our guy wird darauf achten müssen, dass er nicht vom good guy zum bad guy wird. Wenn wir dem Iraq Demokratie gebracht haben, dann nur in diesem Sinne. Auf ein Neues!

bleibt nur noch eines: Wir¹¹ müssen uns hier in unserem Umfeld damit herumschlagen, dass das Offensichtliche nicht gesehen wird. Von Hans Rauscher bis Stefan Grigat, von seriösen Tageszeitungen bis zu skurrilen Sektenblättern¹² reicht das Spektrum, in dem der Sturz Husseins und der Überlebenskampf unserer Welt abgefeiert werden. Es ist hier nicht nötig, darzulegen wie Seriosität, Skurrilität, persönliche Verunsicherung (etwa am Beispiel P. M. Lings) in eins fallen und sich in furioser Verteidigung der bestehenden Zustände und narzisstischer Darlegung der eigenen Befindlichkeit treffen. Es ist eines notwendig: das Bewusstsein dafür zu wecken, dass der Feind der Demokratie sie selbst ist. Was je noch als transzendenter Traum an diesen Begriff gebunden war, geht im Kriegsgeschrei in Brüche. Wird sie als wehrhaft bezeichnet, wird ihr Pflicht und Schuldigkeit auferlegt, gegen ihre eigenen Aporien vorzugehen¹³, so wird ein Widerspruch aufge-

Neue Homepage-Adresse:
www.streifzuege.org

rissen, der ihr – der Demokratie – ihr transzendentes oder wenigstens beruhigendes Bewusstsein, in der besten aller möglichen Welten zu leben, nimmt, da sie mit einem dauernden Einbruch des eben nicht Besten entgegen jeder Rationalität und Raison konfrontiert ist. Und wer nun Einbruch des Bösen und Demokratie als Gutes ernst nimmt, wird gezwungen, eine Partei zu ergreifen, die so oder so nicht als unsere bezeichnet werden kann.

Wir jedenfalls sind in dieser Auseinandersetzung nicht Partei. Wenn sich Pack schlägt und verträgt, ist das nicht unsere Angelegenheit. Nun ist aber diese Position den Vorwürfen ausgesetzt, wir würden uns damit den fundamentalen Auseinandersetzungen der Zeit entziehen, namentlich eine antisemitische Position einnehmen. Dieser Vorwurf ist dermaßen abgeschmackt, dass ihm entgegenzutreten und uns gegen diesen Anwurf zu verteidigen, nicht nur fade und lästig ist, sondern auch schon kontraproduktiv. Wir führen eine Auseinandersetzung um die denkmögliche Errichtung einer neuen Welt, nicht um den Bestand der alten, von der wir nichts zu erhoffen haben und die nichts mehr bereithält, dessen zu erinnern sich noch lohnte.¹⁴ Wer uns mit dem Argument, anderenfalls wären wir als antisemitisch zu betrachten, in eine Parteinahme für eine verkommene Geselligkeit, die dem Untergang, den sie sich selbst bereitet, nicht entgegen kann, zwingen will, hat nichts als stumme Gesprächsverweigerung zu erwarten. Nicht nur kein Blut, nein auch kein Wort für Demokratie.

Anmerkungen

- 1 Es wäre wohl korrekt, BefürworterInnen zu schreiben, nota bene es unter den Kriegstreibern durchaus solche beiderlei Geschlechts gibt. Aber so wie Wedekind (ich glaube, es war Wedekind) von Tanten beiderlei Geschlechts schreibt, schreibe in von Befürwortern. Gemeint ist, dass ein männliches Verhalten sich Bann bricht, auch wenn Condoleezza Rice nicht dem Prototyp des WASP entspricht, dies soll sich auch sprachlich ausdrücken.
- 2 „lingua nostra“ = unsere Sprache, „lingua sua“ = deren Sprache.
- 3 http://www.weltkonflikte.de/13_04_2003.htm,
http://www.zeit-fragen.ch/ARCHIV/ZF_104a/T13.HTM
- 4 Darum dreht sich auch der Streit um die Aufhebung der UN-Sanktionen; das Programm „oil for food“ ist an die Sanktionen gebunden. Fallen die Sanktionen,

- fällt „oil for food“, und die Gewinne aus nunmehr unbeschränkten und unkontrollierten Ölförderungen stehen zur Verfügung. Wem?
- 5 Zu einer kurzen Geschichte des nation-building im Iraq vgl. <http://www.nzz.ch/dossiers/2002/Iraq/2003.02.15-fe-article8NG4X.html>
 - 6 Vernunft!
 - 7 Schon die Entwicklung der USA selbst, die als Heilsbringer abgefeiert werden, widerspricht diesem Etappenmodell auf's Größte: eine Revolution, die ohne Parteien daherkommt, irgendwie eine Mittelstellung zwischen Palastrevolution und bewaffnetem Aufstand einnimmt, eine Verfassung, die wesentlich vom Vertragswerk des Bundes der Irokesen beeinflusst ist, eine Politik, die die innereuropäischen Auseinandersetzungen für ihre eigenen Zwecke ausnützt und fest in der Tradition von Geheimdiplomatie, weißer Überlegenheit über die indigene Bevölkerung und Beförderung der Sklaverei wurzelt, schließlich ein Bürgerkrieg mit dem ersten Flächenbombardement der Kriegsgeschichte (wenn auch noch ohne Flugzeuge, ich spreche von General Shermans Marsch durch South Carolina, s. auch <http://members.aol.com/x69xer/index.html>) und der ersten Kriegsgesetzgebung, die das Recht als Mittel der Kriegsführung einführt (ich spreche vom homestead act von 1862 und [zur Absicherung] settler act von 1883, die die Voraussetzung dafür schufen, dass die Konföderierten nicht nur militärisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich empfindlich geschlagen wurden und sich nicht mehr erholen sollten – es sei denn als folkloristischer Bestandteil des nationalen Konsenses, s. auch <http://www.geocities.com/Heartland/Bluffs/3010/homestd.htm>).
 - 8 Ich sehe dabei von einem Verständnis von Demokratie ab, das in diesem Begriff ein transzendierendes Element mit versteht, also ein uneingelöstes Versprechen, an dem es Anknüpfungspunkte für eine Welt jenseits von Geld und Kapital gibt. Für diese transzendierende Dimension ziehe ich den Begriff Republik vor, auch wenn er genauso unscharf ist. Aber Räterepublik hat einen anderen Geschmack als Räteredemokratie; vgl. auch unsere Homepage, darauf meinen Beitrag unter Archiv – weitere Texte „1848-1918-1998“.
 - 9 Darunter verstehe ich transstaatliche Gebilde mit feudaler Struktur: das Habsburger Reich, das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, das Osmanische Reich, aber auch etwa Frankreich vor der Revolution (ohne einheitliche Sprache,

ohne einheitliches Staatsgebiet, ohne Staatsbürgerschaft, statt dessen mit Untertänigkeiten).

- 10 Michael Moore kritisiert in „Stupid White Men“ die Wahlmanipulation durch Bushs Entourage. Aber Klappern gehört zum Handwerk, wo viele Ämter wie Polizeichef oder Bezirksanwalt Wahlämter sind, wird auch die persönliche Beziehung in den Wahlgängen bis zum Stimmenkauf eine Rolle spielen, und heute erinnert sich keins mehr daran, wie der alte Joe Kennedy für seinen Jungen Jack bei der Mafia die Stimmen organisiert hat.
- 11 Hier wechsle ich das „Wir“. Erst war ein „Wir alle“, schuldig oder unschuldig, aber mitgefangen und mitgehungen, in jedem Fall beteiligt, Subjekt und Adressat des Artikels. Nun schreibe ich für ein „Wir in statu nascendi“, für ein Wir, das sich erst herausbilden wird, für ein Wir, das diesen Titel sich erst verdienen wird.
- 12 Siehe auch: „Das große Adorare“ in dieser Nummer.
- 13 Es sei tunlichst daran erinnert, dass die Nürnberger Gesetze ebenso wie die Machtergreifung Hitlers auf völlig legalem Weg zu Stände gekommen sind, was den Rechtspositivismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vor entsprechende Probleme stellte – der Rechtsstaat selbst war angegriffen in Bestand und Rechtfertigung. Die Einführung eines Rechts auf Widerstand wiederum stellt den Rechtsstaat ebenso in Frage, was letztlich dazu führt, dass wir soziales Agieren von Recht und Staat ablösen müssen, ja Recht und Staat als unerheblich und kontraproduktiv aus unseren Überlegungen zur Gesellschaft ausschließen müssen.
- 14 Zu diesen Erinnerungen gehört natürlich auch der Mord an der jüdischen Bevölkerung Europas. Unsere Erinnerung daran nimmt nicht an der psychopathologischen Übung teil, die sich darauf beschränkt, den Mörderstaat zu denunzieren, die Opfer zu vereinnahmen, ihnen in einer neuen Definition des Jüdischen nochmals die Identität zu nehmen und eine Konsequenz ihres Handelns vorschreiben zu wollen, sich selbst aber auf einen fiktiven Ausgangspunkt der Geschichte zu stellen und so zu tun, als wäre nichts geschehen und der Gang der Geschichte ginge seinen Gang, begleitet von den radikalsten Linken, die es je gab. Wir aber stehen einem Ereignis gegenüber, das wir dereinst den Jungen überliefern werden, die sich wundern, dass es so etwas je gegeben hat. Und den Zustand dieses Wanderns herzustellen, ist unsere Sache, nicht die Beschwörung der Tat.

„Die Furie des Zerstörens“*

GEWALT UND KRIEG IN DER NEUEN WELTUNORDNUNG

von Ernst Lohoff

1. Die ausgebliebene „Friedensdividende“

Dass der Untergang des Realsozialismus den Beginn einer neuen Epoche markiert, wusste schon 1989 jeder. Über den Charakter des heraufdämmernden Zeitalters machte man sich damals quer durch die politischen und ideologischen Lager freilich nicht sonderlich realistische Vorstellungen. Im siegreichen Westen herrschte allenthalben die Erwartung, der Endsieg von Weltmarkt und Demokratie würde eine Epoche des Wohlstands und des Friedens eröffnen. Selten hat sich eine Hoffnung schneller und gründlicher blamiert als die auf die vielbeschworene „Friedensdividende“. Die unmittelbare Auslieferung an den Weltmarkt brachte den ehemals realsozialistischen Ländern nicht nur einen Verarmungsschub, sondern mit dem Ende der Blockkonfrontation kehrte ein Phänomen nach Europa zurück, das diesen Kontinent fast eine halbes Jahrhundert verschont hatte: Krieg. Der Zerfall Tito-Jugoslawiens und der Sowjetunion ging mit blutigen Konflikten einher, während zeitgleich auch in anderen Teilen der Welt, insbesondere in Afrika, ethnische Konflikte aufloderten, die im Extremfall Völkermord-Dimension annahmen. Das Ende des Ost-West-Gegensatzes und der Endsieg des totalen Marktes haben diese Welt nicht friedlicher, sondern unfriedlicher gemacht.

Die westlichen Ideologen wollen in dieser dramatischen Entwicklung einen Anachronismus sehen. Die Bürgerkriegsstaaten im Osten und Süden, so ihre Interpretation, verspielen die sich ihnen im Prozess der Globalisierung bietenden Chancen, weil sie in längst überwundene Epochen zurückfallen. Die einen schütteln den Kopf darüber, dass nationalistischer Wahn in einer

Zeit triumphiert, in der doch längst der Fall der Binnengrenzen angesagt ist. Die anderen sehen gleich atavistische Mächte am Werk und aus den Abgründen der menschlichen Seele entstiegnes Stammesdenken.

In beiden Versionen stellt diese Deutung die Wirklichkeit gleich in doppelter Hinsicht auf den Kopf. Zunächst einmal vertauscht sie schlicht Ursache und Wirkung. In den Bürgerkriegsregionen dieser Welt wurde die Entwicklungsperspektive nicht erst durch die ethno-nationalistischen Konflikte zerstört, das Scheitern nachholender territorialstaatlich organisierter Modernisierung bildet vielmehr überall den Hintergrund für die Entstehung und Zuspitzung dieser Konflikte. Die zentrifugalen ethno-nationalistischen Kräfte traten erst auf den Plan, nachdem die *invisible hand* des Weltmarkts und ihre Exekutoren das gemeinsame Entwicklungsdach zertrümmert hatten, und sie vollendeten lediglich mit neuen, gewaltsamen Mitteln deren Vernichtungswerk. Zum anderen stehen die aus dem Zerfall der größeren Flächenstaaten hervorgegangenen katastrophalen Zustände keineswegs im Widerspruch zum glorreichen Globalisierungsprozess. Den Warlord-Regimes, die in weiten Teilen der Welt an die Stelle regulärer Staatlichkeit treten, haftet überhaupt nichts Vorzeitliches an. Ihre plünderungsökonomische Herrschaft ist Folge und (unerwünschter) Teil der vom Neoliberalismus propagierten und gefeierten Entstaatlichungsprozesse.

An der Vorgeschichte jener Zerfallskriege, denen der Tito-Staat zum Opfer fiel, tritt der kausale Zusammenhang zwischen dem Ende nachholender Modernisierung und den ethnisch aufgeladenen Kriegen exemplarisch zu Tage. Lange bevor die ersten Schüsse fielen und die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit auf das Geschehen auf dem Balkan lenkten, lange bevor die nationalistischen und separatistischen Kräfte für die Entwicklung des Landes bestimmend wurden, war die gesamtjugoslawische Entwicklung in eine tiefe Sackgasse geraten. Trotz einiger Anfangserfolge bei der Industrialisierung und Modernisierung des Landes in den 50er und 60er Jahren war es den jugoslawischen

Kommunisten auf ihrem „Dritten Weg“ zwischen Staatssozialismus und Kapitalismus weder gelungen die Wirtschaft des Landes an das Weltniveau heranzuführen und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen noch die erheblichen Entwicklungsunterschiede innerhalb des Landes auszugleichen. Im Gegenteil, die Schere öffnete sich weiter. Hatten eine wachsende Auslandsverschuldung, Tourismuseinnahmen und Arbeitsmigration es in den 70er und frühen 80er Jahren erlaubt, die strukturelle Misere zu kaschieren, so blieb dem Land unter dem Druck von Weltbank und IWF nur mehr die Flucht in marktwirtschaftliche Radikalreformen. Erst deren Resultat, eine Kombination aus galoppierender Geldentwertung (1000 Prozent Inflation im Jahr 1988), Deindustrialisierung vor allem der südlichen Teilrepubliken und Serbiens und die damit einhergehende Verschärfung der Verteilungskonflikte zwischen den Teilrepubliken, brachten den Tito-Staat an den Punkt, an dem die kroatischen und slowenischen Nationalisten die Einheit des Landes in Frage stellen und die Schlacht um die Überreste der gesamtjugoslawischen Modernisierungsrüne beginnen konnten.

2. Keine nationalstaatliche Formierung

Auch wenn die neoliberale Mythologie das Gegenteil suggerieren will, Markt und Staat konnten sich die Erde nur gemeinsam untertan machen. Die Formierung von Nationalökonomien wäre ohne die Formierung von Nationalstaaten, die für ihr jeweiliges Gebiet die Voraussetzung für Kapitalverwertung garantieren und einen einheitlichen juristischen, infrastrukturellen und verwaltungstechnischen Rahmen schaffen, nicht denkbar gewesen. Die Entstehung von Nationalstaaten war alles andere als ein friedlicher Prozess. Von den „Staatsbildungskriegen“ (Jacob Burkhardt) der Neuzeit bis zur Weltkriegsepoche hat er auch in den kapitalistischen Zentren eine breite Blutspur hinterlassen.

Der bei den Bürgerkriegsakteuren unserer Tage beliebte Rückgriff auf nationa-

* Dieser Beitrag entstammt dem Sammelband, herausgegeben von BUKO: radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke. Assoziation A, Berlin/Hamburg, Mai 2003, 272 Seiten, 16 Euro.

listische Ideologien mag auf den ersten Blick den Eindruck erwecken, in den Bürgerkriegsregionen würden sich möglicherweise ähnliche Prozesse vollziehen wie einst in den kapitalistischen Zentren im Zeitalter des Nationalismus. Bei näherem Hinsehen löst sich dieser Eindruck allerdings auf. Eine in manchen Zügen ähnliche ideologische Rhetorik ist Begleitmusik für einen vollkommen entgegengesetzten realen Prozess. Die Kriege der Vergangenheit waren entscheidend für die Formierung nationalökonomischer Funktionsräume und für deren Erweiterung auf Kosten von Konkurrenten. Für die in der letzten Dekade an der Weltmarktperipherie entstandenen Spaltprodukte gescheiterter Versuche nachholender Entwicklung besteht dagegen keine Aussicht, ihrerseits zu einer alternativen nationalökonomischen Formierung zu gelangen. Es mag viel von großerbischen oder großalbanischen Bestrebungen die Rede gewesen sein, in Wirklichkeit entstanden und entstehen immer kleinere Pseudostaaten, die allesamt außerstande sind, sich in irgendeinem regulären Weltmarktsektor ein Plätzchen zu ergattern. Es wird nicht mehr ausgeschossen, unter welcher Fahne das große Modernisierungswerk und die Inwertsetzung vonstatten geht; vielmehr wird mit Waffengewalt entschieden, wer sich welches Claim bei der Ausschlichtung der Modernisierungsrüinen sichern kann.

In den Kriegen der Vergangenheit war der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Marx) am Werk und mobilisierte zum Zweck der Niederwerfung des äußeren Feindes die menschlichen und materiellen Ressourcen der Gesellschaft. Die Zerfallskriege dagegen funktionieren selber als eine Art Reproduktionsform. Sie verschaffen zum einen den Angehörigen der bewaffneten Kräften die Möglichkeit, die Gesellschaft auszurauben und auf diese Weise ihr spezielles Humankapital zu verwerten. Bei der Belagerung Sarajevos beispielsweise haben serbische und muslimische Milizen einträchtig und in Absprache humanitäre Hilfslieferungen und Privatpersonen mit Wegzöllen belegt. Zum anderen entstehen für sie mit Zersetzung regulärer Staatlichkeit ideale Ausgangsbedingungen für ein breit angelegtes Engagement auf den illegalen Weltmarktsegmenten (Drogen, Schmuggel, Waffen- und Menschenhandel). Die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens sind heute mit der wichtigste Rückzugsraum der organisierten Kriminalität in Europa, und vor allem die ärmsten Regionen haben überhaupt nur über diese Schiene am Weltmarkt teil. Die Grenze

zwischen Staat und organisiertem Verbrechen schwimmt und im Extremfall mutiert der Staat insgesamt zu einer Art „reellem Gesamtkriminellen“. Der Begriff des Staatsgeschäfts jedenfalls, nimmt zusehends eine wortwörtliche Bedeutung an. In den ethno-nationalistischen Pseudostaatsgründungen wird die private Aneignung der Staatsfunktionäre und die Unterstützung ihrer Klientel zum eigentlichen Inhalt aller Staatstätigkeit.

Diese Entwicklung prägt nachhaltig das Gesicht der neuen Kriege. So fällt etwa die Notwendigkeit weg, Kriege möglichst schnell siegreich zu beenden. Die neuen Kriege an der Peripherie geraten dementsprechend in der Regel zu Dauerkriegen, oft mit wechselnden Akteuren. Ebenso lösen sich sowohl das staatliche Gewaltmonopol als auch die strikte Trennung zwischen innerer Polizeigewalt und militärischer Gewalt, Grundmerkmale regulärer Staatlichkeit, sukzessive auf. Neben die offiziellen Gewaltapparate treten in allen Bürgerkriegsregionen freiberufliche Marodeurs-Gruppen, die keineswegs in der gleichen Weise einem einheitlichen Kommando unterstehen wie die klassischen nationalstaatlichen Armeen. Gleichzeitig verschwimmt zusehends die scharfe Grenze zwischen Krieg und Frieden. In der Welt der konkurrierenden Warlords wechseln bewaffnete Auseinandersetzungen, begrenzte Kooperation und Waffenstillstände auf Zeit einander ab.

3. Sicherheitsimperialismus und Menschenrechts-Paternalismus

Die kapitalistischen Zentren berührten die in den Zusammenbruchsregionen allerorten aufbrechenden, oft ethnisch eingefärbten Konflikte zunächst nur indirekt. Soweit diese Kriege nicht in die kapitalistischen Zentren überschwappende Flüchtlingsbewegungen auslösten oder in der Nähe strategisch wichtiger Rohstoffreserven aufflammten, stellten sie den Westen vornehmlich vor legitimatorische Probleme. Sie dementierten das Selbstverständnis der letzten Weltmacht und ihrer Verbündeten, der Triumph von Markt und Demokratie eröffne diesem Planeten eine wunderbare und friedliche Zukunft. Die meisten Staatszerfallskriege blieben, von der Weltöffentlichkeit kaum wahrgenommen, weltlokale Ereignisse. Schritten die westlichen Regierungen unter UNO-Fahne ausnahmsweise zur interventionistischen Tat (Somalia, Ost-Timor, Kosovo, Bosnien), stand dies unter menschenrechts-paternalistischen Vorzeichen.

Teile der Linken fahnden gewohnheitsmäßig nach den „eigentlichen“, handfest materiellen Interessen, die hinter den Bildern Lebensmittel verteiler Bundeswehrsoldaten und dem Gerede von den hehren westlichen Werten versteckt sind. Für gewöhnlich interpretieren sie die „humanitären Interventionen“ als Akte imperialer Landnahme und sehen innerkapitalistische Konkurrenz um Einflussphären, Rohstofflager und Märkte am Werk. Diese Deutung geht am Kern der Sache vorbei. Zum einen ist mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs an die Stelle nationalimperialistischer Reiche ein Gesamtimperialismus unter US-Führung getreten. Er sichert weniger die Partikularinteressen der einen oder anderen imperialen Macht, sondern ist vielmehr darauf gerichtet, die peripheren Länder zur gemeinsamen Verfügungsmasse zu machen und die marktwirtschaftliche Weltordnung als ganze abzusichern. Im Zeitalter des entgrenzten transnationalen Kapitals macht irgendein Sonderimperialismus noch weniger Sinn als in der Ära der Blockkonfrontation. Zum anderen handelt es sich bei Somalia, dem Balkan und anderen Krisenregionen um vom Weltmarkt abgeschriebene, vom kapitalistischen Standpunkt überflüssige Gebiete. Sie haben kaum etwas zu bieten, was die Begehrlichkeit von verwertungshungrigem Kapital wecken könnte. Der Imperialismus hat dementsprechend weniger ein positives denn ein negatives Ziel. Er ist darauf ausgerichtet, zumindest für den näheren Umkreis des Weltmarktzentrum und die Umgebung von strategisch wichtigen Weltmarktinseln (etwa Öl fördernde Regionen) Ruhe herzustellen. An die Stelle des traditionellen Aneignungsimperialismus ist im Zeitalter der Globalisierung ein „Sicherheits- und Ausgrenzungsimperialismus“ (Robert Kurz) getreten.

Schon die Art der westlichen Kriegführung in den 90er Jahren symbolisiert den Charakter dieser neuen, jenseits von imperialer Landnahme angesiedelten Kontrollversuche. Der militärische Einsatz konzentriert sich im Wesentlichen auf den Einsatz von Bombern und Raketen, während insbesondere die US-Streitkräfte es tunlichst vermeiden, den Boden der Länder überhaupt zu betreten, die der Westen in den Griff bekommen möchte: Oberherrschaft und Regeldiktat ja, positive Inbesitznahme nein. Erst der gerade begonnene 3. Golfkrieg weicht von diesem Muster ab. Gerade dieser Neuordnungsversuch droht in sein Gegenteil umzuschlagen, in eine nachhaltige Destabilisierung des Nahen Ostens, der Achillesferse des sicherheitsimperialistischen Systems.

Das große Adorare

War das kleine Adorare noch dazu gedacht, den Suchenden den Weg dorthin zu weisen, wo sich die demokratische Sehnsucht erfüllt, so sprechen aus dem großen Adorare schon die Gläubigen selbst. So vernehmt und hört und hört die Worte und sprecht, wie die Höflichkeitsformel aus Tausendundeiner Nacht lautet: „Ich höre und gehorche“.

.....

Erklärung der Redaktion BSHMMS, 10. 04. 2003

Die Redaktion BSHMMS beglückwünscht die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens und ihre Verbündeten, besonders die Regierungen von Spanien, Portugal, Italien, Dänemark, Tschechien, Polen und Ungarn, die sich den erpresserischen Zumutungen Deutschlands und Frankreichs nicht gefügt haben, zu ihrem schnellen Sieg über das irakische Baath-Regime. Mit Erleichterung nimmt die Redaktion zur Kenntnis, daß dieser erste antifaschistische Waffengang im neuen Jahrhundert, auf Seiten der Alliierten und auch unter der irakischen Zivilbevölkerung weit weniger Opfer kostete, als angesichts der äußersten Bössartigkeit und Unmenschlichkeit des Saddam-Regimes zu befürchten war.

Die Redaktion stimmt in den Jubel der irakischen Bevölkerung über ihre Befreiung ein. An Bewunderung grenzende Verblüffung löste insbesondere die politische Weitsicht der Bevölkerung Bagdads aus, die in ihren tatsächlichen und symbolischen Unmutsbefundungen, sich zunächst gegen Einrichtungen des verhaßten Regimes, dann gegen solche ihrer Verbündeten wie die UN oder Deutschland richtete und schließlich sogar den häßlichen Amerikaner entdeckte und schmähte: Jene, die als menschliche Schutzschilde dem faschistischen Saddam-Regime bis zuletzt die Stange gehalten haben.

Unsere besten Wünsche gelten insbesondere der Bevölkerung und Regierung Israels, denn die Befreiung der irakischen Bevölkerung ist zugleich die Befreiung Israels und der Juden weltweit von einem besonders gefährlichen antisemitischen Todfeind.

Mit größter Genugtuung nimmt die Redaktion zur Kenntnis, daß der Sieg der antifaschistischen Koalition

eine schwere Niederlage Deutschlands bedeutet, nicht nur seiner Regierung, sondern auch jener 90 % der Landsleute, die sich dem unmenschlichen Machtfalkül ihrer Oberen vorbehaltlos angeschlossen haben. Möge die Erstürmung und Plünderung der deutschen Botschaft in Bagdad ihnen eine Warnung sein, daß die Welt, dem schmutzigen Bündnis Deutschlands mit allen Mächten der Unterdrückung nicht weiter tatenlos zusehen wird.

Die Einnahme Bagdads und die Freudenfeiern der Iraker im ganzen Land am 09.04.2003 lassen die Hoffnung wachsen, daß die antisemitische Internationale, in die sich die UN ebenso wie old europe und der größte Teil der islamischen Welt und und und eingereiht haben, auf ihrem Siegeszug aufgehalten werden kann. Die Befreiung des Irak steht auch für den totalen Bankrott der europäischen und allen voran der deutschen Linken. Die Welt hat gesehen, mit welchem Unheil diese antiimperialistischen Friedensfreunde jederzeit zu kollaborieren bereit sind und der Haß auf diese menschlichen Schutzschilde jeder Barbarei wächst.

Der Frieden für den Irak ist noch kaum gewonnen, die Befreiung von Armut, Dummheit und Islamismus wird Jahre dauern – ob sie wirklich gelingt, vermag niemand zu sagen. Der Sieg über das Baath-Regime und die jetzt mögliche pax americana bzw. pax britannica ist allerdings die alternatiolose Voraussetzung für jede menschliche, politische und ökonomische Verbesserung im Irak.

In diesem Sinne ist heute jenen kurdischen Kämpfern beizupflichten, die am 09.04.2002 auf ihrem triumphalen Vormarsch ein Transparent hochhielten, auf dem zu lesen war: Bush – the man of peace.

In den Zusammenbruchsregionen des Südens und Ostens ist mit der Entwicklungsperspektive die Grundlage regulärer Staatlichkeit weggebrochen. Der westliche Menschenrechtspaternalismus leugnet diese Tatsache konsequent. Er simuliert, er habe es mit zwischenstaatlichen Konflikten bzw. Staatsbildungskonflikten zu tun. In den Hochzeiten der nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt denunzierten die Führer der „freien Welt“ die Staatsmacht in spe gern als Banditen und Räuber. Heute werden umgekehrt politisch eingefärbte Mafia-Clan-Führer als Staatsmänner und als die natürlichen Ansprech- und Verhandlungspartner hofiert, zuletzt beim Afghanistan-Feldzug von 2001/2002. Der Kern westlicher friedenserhaltender Maßnahmen besteht denn auch de facto regelmäßig darin, sich die Aufrechterhaltung der staatlichen Fassade etwas kosten zu lassen. Entweder wird die eine oder andere Warlord-Fraktion unmittelbar als Staatsmacht anerkannt und direkt oder indirekt für ihr Stillhalten bezahlt. Oder die vollmundigen und nicht einhaltbaren Versprechen des Westens, mit einer Neuauflage des Marshall-Plans von außen, den Ländern doch noch zu einer Entwicklungsperspektive zu verhelfen, werden zur Grundlage mehr oder minder ziviler Regierungen, die mit den Warlords zu einem provisorischen Ausgleich kommen. Wie prekär ein solches Gleichgewicht ist, hat zuletzt der Mord am serbischen Ministerpräsidenten Džindžić gezeigt. Als er das Gentleman's Agreement mit den Teilen der Mafia aufkündigte, die in Konkurrenz zum Milošević-Clan gestanden hatten, um seinem Land doch noch zivilgesellschaftlich rechtstaatliche Verhältnisse zu oktroyieren, überlebte er diesen Entschluss nur um Tage.

Dass die westlichen Menschenrechtskrieger so tun, als wären sie in den Zusammenbruchsregionen mit zwischenstaatlichen Konflikten bzw. mit Staatsbildungsprozessen konfrontiert, ist freilich nur die halbe Wahrheit. Indem der selbsternannte „Weltpolizist“ und seine europäischen Hilfsheriffs sich im Namen des Menschenrechts über das Völkerrecht hinwegsetzen, erkennen sie gleichzeitig auf verquere Weise an, dass sie es mit poststaatlichen Verhältnissen zu tun haben, ja werden selber zum Protagonisten poststaatlicher Neuordnung. Es blieb nicht dabei, mit dem Bekenntnis zu einer „Weltinnenpolitik“ die für das territorialstaatliche System konstitutive Trennung von innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Gewalt rhetorisch in Frage zu stellen. Mit der Kosovo-Intervention der

NATO von 1999, die entgegen dem Prinzip der territorialen Integrität eine Provinz aus dem serbischen Staatsverband herausbrach, war auch praktisch der Rubikon überschritten. Der Westen ist damit von sich aus in eine Epoche eingetreten, in der reguläre Staatlichkeit nicht mehr den Bezugsrahmen seines Handelns bildet.

Der 3. Golfkrieg, der Irak-Konflikt von 2003, zeigt überdeutlich, was das bedeuten kann. Die verbliebene Weltmacht bestimmt gut und böse, maßt sich ganz selbstverständlich das Recht an, ausländische Regierungen ab- und einzusetzen und in jedem Teil der Welt Präventivkriege zu führen, so dies in dem von ihr definierten allgemeinen Sicherheitsinteresse liegt.

Ironischerweise begann der Weg in die Verwilderung der transnationalen Politik mit der Absicht, sie zu zivilisieren. Das Bekenntnis zur „Weltinnenpolitik“, die zur Not auch mit militärischen Mitteln greifen können muss, wurde anlässlich des Kosovo-Konflikts zuerst als Schritt hin zum Übergang „zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft“ (Habermas) diskutiert. Gerade ex-linke Bellizisten legiti mierten ihre Wendung vorzugsweise zivilgesellschaftlich. Den dem Menschenrechtskriegertum eigenen Paternalismus registrierten sie zwar, aber nur um ihn als vorübergehendes, „angesichts des unterinstitutionalisierten Weltbürgerrechts“ schwerlich vermeidbares Phänomen zu entschuldigen. Im Rahmen eines weitergehenden „Projekts der durchgreifenden Verrechtlichung zwischenstaatlicher Beziehungen“, so die Erwartung, würde sich dieser Zug aber mit der Stärkung internationaler Institutionen verlieren.

Die Vorstellung einer in Analogie zu den innerstaatlichen Rechtsverhältnissen gedachten, Frieden stiftenden „Weltinnenpolitik“ macht freilich nur Sinn, wenn man die Existenz eines Weltgewaltmonopols unterstellt. Auf der Weltbühne kann dieses Monopol aber nie und nimmer irgendwelchen internationalen Gremien zufallen, die grundsätzlich nur über geliehene, von den Einzelstaaten freiwillig überlassene Gewaltmittel verfügen können. Von der schlechten Utopie eines Weltstaats einmal abgesehen, gibt es nur einen Weg zur Herausbildung eines Quasi-Gewaltmonopols auf der internationalen Ebene: Die militärische Potenz eines Staates muss so übermächtig werden, dass alle anderen Armeen der Welt ihr gegenüber zu vernachlässigbaren Restposten herabsinken. Genau diese Konstellation hatte sich nach dem Kollaps der Sowjetunion herausgebildet. Auf dieser Grundlage kann der Menschenrechts-

paternalismus aber nicht zugunsten von mehr Gleichberechtigung verschwinden, sondern im Gegenteil indem die Übermacht ihre Güte verliert und sich wenig rücksichtsvoll zeigt. Der 11. September markiert diesen Umschlagspunkt. Wenn unter Gewalt und Krieg nicht mehr nur die peripheren Weltregionen zu leiden haben, sondern das kapitalistische Zentrum selber getroffen wird, hört im Westen alle Gemütlichkeit auf.

Exkurs: Der Gewaltkern des Warenspektrums

Die Ethno-Kriege des Südens und Ostens haben viel mit zynischem Interessenkalkül und mit einer Fortsetzung der marktwirtschaftlichen Logik unter Beimengung anderer, nämlich gewaltsamer Mittel zu tun. Es würde aber zu kurz greifen, sie darauf zu reduzieren. Dass diese Kriege für ihre Träger selber zu einer Art von Reproduktionsform werden können, ändert nichts an ihrem irrationalen und letztlich selbstzerstörerischen Charakter. Noch deutlicher tritt das Irrationale, die Verwandlung von Gewalt aus einem Mittel der Politik in den Selbstzweck der Vernichtung bei Phänomenen wie Al Qaida oder den palästinensischen Selbstmordattentätern zutage.

Das Erschauern über diese Horrorqualitäten darf aber nicht dazu verführen, diese Formen von Gewalt als etwas völlig Fremdartiges, der Welt der westlichen Prinzipien diametral Entgegengesetztes misszuverstehen, wie das der hiesige gemeine Demokratieverstand so gerne tut. Das Amokläufermotto „eher noch das Nichts wollen, als nicht wollen“ (Nietzsche) entstammt keinem exotisch-fremdartigen Bewusstsein, sondern dem dunklen Untergrund des westlichen Denkens. Dass islamistische Fundamentalisten den Alptraum von der Tabula rasa leben und umsetzen, zeigt nicht ihre Kluft zur westlichen Vorstellungswelt an, sondern umgekehrt den hohen Verwestlichungsgrad dieser neuen Avantgarde des Nihilismus. Die universalistischen Prinzipien der Aufklärung und die westliche Subjektform, die sich die Welt untertan gemacht haben, enthalten seit jeher einen Gewaltkern. Mit dem Verlust einer Perspektive nachholender Entwicklung und angesichts um sich greifender De-Etatisierungsprozesse wird dieser Kern in einer neuartigen Weise freigesetzt.

Geistesgeschichtlich lässt sich dieser Zusammenhang weit zurückverfolgen. Die panische Angst vor den selber geschaffenen Gewalt-Gespensern bildet den Urgrund des politischen Denkens und der Legitima-

tion des Staates. Der Stammvater aller modernen Staats- und Vertragstheorien, Thomas Hobbes, propagiert wie die an die Bibel angelehnte Namensgebung seines Hauptwerks, Leviathan, bereits verrät, explizit die Herrschaft eines Ungeheuers, das alle Staatsbürger mit Gewaltandrohung in Schach hält. Genau diese Übermacht scheint aber nur deshalb unerlässlich, weil Hobbes sich das Menschengeschlecht als immer schon in notorische Gewaltsubjekte aufgelöst imaginiert. Nur das große Monster, so sein ständig wiederholtes Leitmotiv, kann die vielen kleinen Monster daran hindern, einander ihrem Unwesen entsprechend an die Kehle zu gehen, und damit den als Naturzustand apostrophierten „Krieg aller gegen alle“ beenden. Auf diesem Fundament beruht auch das Naturrechtsprinzip der Gleichheit. Für Hobbes sind alle Menschen insofern gleich, als auch „der Schwächste stark genug ist, den Stärksten zu töten – entweder durch Hinterlist oder durch ein Bündnis mit anderen“. Die den Vertrags- und Rechtsbeziehungen vorausgesetzte und zugrunde liegende Ur-Beziehung ist demnach im

Mord zu suchen. Vertrag und Recht entspringen der Übereinkunft geborener Killer, unter Überwachung des Generalkillers wechselseitig einseitigen ihrer angestammten Totschlaggewohnheiten zu entsagen.

Hobbes paranoides Menschenbild klingt nicht nur verrückt, es ist auch verrückt. Es nimmt den realen Basisirrsinn der Warengesellschaft vorweg. Natürlich teilen sich Menschen nicht schlechthin in praktizierende und verhinderte Mörder. Soweit sie gnadenlos Konkurrenz und Wertlogik exekutieren, können sie aber tatsächlich letztlich nur als sublimierte oder entsublimierte Gewalttäter und Killer agieren.

Nicht nur bei Hobbes wird der unaufhebbare der Warenspektivität und der Konkurrenzbeziehung zugrunde liegende Gewaltkern sichtbar, dezidiert hat ihn auch Hegel offen gelegt. Insbesondere im Herr-Knecht-Kapitel der *Phänomenologie des Geistes* entwickelt er, dass die warengesellschaftliche Normalität aus sistierter (Selbst-)Vernichtung hervorgeht. Die „Anerkennung als selbstständiges Selbstbewusstsein“ – im Klartext die gegenseitige Anerkennung als unabhängige Warensub-

jekte – hat den „Kampf auf Leben und Tod“ zum logischen Prius: „Ein Individuum, welches das Leben nicht gewagt hat ..., hat die Wahrheit“ seines „Anerkanntseins ... nicht erreicht. Ebenso muss jedes auf den Tod des anderen gehen, wie es sein Leben dransetzt.“ Nicht nur die Grundbeziehung der Warenspektivität geht auf eine Gewaltbeziehung zurück, auch bei der für die Warengesellschaft konstitutiven Praxisform, bei der Arbeit, handelt es sich um eine Frucht „der Furcht des Todes, des absoluten Herrn“. Nicht nur, dass die Aussicht auf den schnellen Tod im Kampf, die den Knecht „in sich selbst erzittern“ ließ und vor der er zurückschreckt, überhaupt erst auf die Arbeit verweist. Diese Selbstzweckaktivität übernimmt die Funktion des Kampfes „auf Leben und Tod“ und tritt damit dessen Erbe an. Hatte der Herr sich von seiner „Anhänglichkeit an natürliches Daseyn“ bereits durch seine Todesverachtung befreit und damit Selbstbewusstsein erlangt, so kommt der „Knecht“ über den Umweg der Identifikation mit der ihm aufgeherrschten Selbstzweckbewegung der „Verausgabung von Muskel, Nerv und Hirn“ schließlich zum gleichen Ziel.

Auf den inneren Zusammenhang von warengesellschaftlicher Normalität und Vernichtung kommt Hegel noch auf der Ebene von Staat und Politik zu sprechen – auch hier unter apologetischem Vorzeichen. Er feiert die Geschichte als das Zusich-Kommen des „freien Willens“, der zu guter Letzt im preußischen Staat zu seiner vermeintlich finalen Bestimmung findet. Bevor er diese Endstufe erreichen kann, nimmt er allerdings erst einmal die Gestalt eines „negativen Willens“ an, der „aus allem Inhalte als einer Schranke“ flieht. Freiheit erscheint vorderhand als die „Freiheit der Leere“, die sich als „Furie des Zerstörens“ austobt.

Streicht man den Hegelschen Geschichtsoptimismus, ohne den inneren Zusammenhang von entfesselter Destruktion und warengesellschaftlicher Normalität mitzulöschen, dann ergibt sich eine ganz andere, ausgesprochen beängstigende Perspektive. Bei der angeblich ein für allemal überwundenen Frühform des Reiches der Freiheit, „der Furie der Vernichtung“, handelt es sich um eine der Logik des „freien Willens“ und den westlichen Prinzipien tatsächlich stets inhärente Möglichkeit. Schlimmer noch, die vermeintliche Durchgangphase könnte sich als der Fluchtpunkt der Moderne erweisen. Zerfällt die warengesellschaftliche Normalität, wird also die staatliche Form brüchig und verliert die Selbstzweckbewegung der Arbeitsver-

KRISIS 26 beiträge zur kritik der warengesellschaft

- Robert Kurz: **Negative Ontologie. Dunkel Männer der Aufklärung und die Geschichtsmetaphysik der Moderne**
- Karl-Heinz Wedel: **Die Höllenfahrt des Selbst. Von Kants Todesform des sinn-losen Willens**
- Roger Behrens: **Emanzipatorische Praxis und kritische Theorie des Glücks**
- Birgit Niemann: **Die Renaissance des biologischen Menschens. Anmerkungen zur Gentechnologie**
- Anselm Jappe: **Waren die Situationisten die letzte Avantgarde?**
- sowie: Rezensionen, Kommentare, Glossen

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung!

Oder über den Verlag:

Horlemann Verlag, Postfach 1307,
D-53583 Bad Honnef, Fax. (0 22 24) 54 29
e-mail: info@horlemann-verlag.de

www.horlemann-verlag.de

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an!

[www.krisis.org]

10,- €

nutzung ihre Bindekraft, dann kann an die Stelle dieses Selbstzwecks ein alternativer Selbstzweck treten: Destruktion und Vernichtung. Die Warengesellschaft, die ihren Inhalt, die Akkumulation abstrakter Arbeit, verliert, gewinnt in der blanken Zerstörung einen möglichen letzten Inhalt. Als „molekularer Bürgerkrieg“ (Enzensberger) droht Hobbes Schreckensvision „vom Krieg aller gegen alle“ Wirklichkeit zu werden.

4. Integration und Konfrontation

Die Warengesellschaft hat Krieg und Gewalt nicht erfunden, aber in ihrer 400-jährigen Durchsetzungsgeschichte radikal verändert und ihrer Logik gemäß angepasst. In ihrem Kern lassen sich diese Veränderungen als Prozess der Durchstaatlichung fassen. Zum einen stieg der Staat nach innen zur einzigen Instanz auf, die überhaupt zur Ausübung physischen Zwangs berechtigt ist. Zum anderen handelte es sich bei den Kriegen zwischen den konkurrierenden Territorialstaaten um die für die Moderne in jeder Hinsicht bestimmende Form von Gewaltausübung. Vor allem fand der für das Warensjekt konstitutive, offiziell ansonsten aber nicht zugelassene Vernichtungsdrang in der Identifikation mit dem nationalen *Wir* und später in der Gestalt des wehrhaften westlichen Gesamtdemokraten seine Heimat und auf den „Feldern der Ehre“ ein allgemein anerkanntes, von den „friedlichen“ warengesellschaftlichen Normalbeziehungen gesondertes Betätigungsfeld. Dem Citoyen eingepflanzt diente die Figur des uniformierten Staatsbürgers dem Gewaltkern im Warensjekt zugleich als Nährboden und Einhegung.

Die neuerdings im Zivilgesellschaftsdiskurs wieder aufgegriffene Vorstellung, der Prozess der Verrechtlichung könnte nach den staatlichen Binnenräumen auch auf die internationale Ebene übertragen werden, ist alles andere als neu. Sie stammt ursprünglich aus der Ideenwelt der Aufklärung und hat ihre klassische Formulierung in Kants Altersschrift *Zum ewigen Frieden* gefunden, die den Krieg als einen mit dem Vormarsch des Handels und der Prinzipien der Aufklärung seine Grundlage verlierenden Anachronismus behandelt. Der reale Zusammenhang sah allerdings etwas anders aus. Das Aufbrechen internationaler bewaffneter Konflikte lässt sich keineswegs einer sich mit dem Siegeszug von Recht, Demokratie und Markt auflösenden archaischen Gewaltkultur zuordnen. Die Prozesse von Integration und Pazifizierung nach innen und Aufbau und Einsatz riesiger Gewaltapparate nach außen bedingen

sich vielmehr wechselseitig. Von der Französischen Revolution bis zu den beiden Weltkriegen – die Verwandlung immer größerer Teile der Bevölkerung in gleichberechtigte Marktteilnehmer und Staatsbürger konnte sich stets nur im Windschatten der militärischen Konfrontation der Nationalstaaten vollziehen. Dass schließlich das goldene Zeitalter der warengesellschaftlichen Integration mit der Blockkonfrontation und dem Rüstungswettlauf der Supermächte zusammenfiel, kommt nicht von ungefähr und markiert nur den Schlusspunkt dieser Logik.

5. Potenzierung und Potentialisierung

Die Durchstaatlichung der Gewaltausübung hat zusammen mit dem Träger von Gewalt auch deren Tragweite und Charakter nachhaltig verändert. Zwei zentrale Merkmale wurden bereits erwähnt: die strikte Trennung zwischen Polizeigewalt nach innen und militärischer Gewalt nach außen und die scharfe Scheidung von Krieg und Frieden auf der internationalen Bühne. Das moderne Gewaltregime, wie es sich in der Epoche der Nationalstaaten sukzessive herausgebildet hat, hebt sich vom vormodernen aber noch durch weitere Besonderheiten ab. Gewalt erlebte gleichzeitig eine Potenzialisierung und Potenzierung, und sie gewann dabei einen instrumentell-rationalen Charakter. Die kriegerische Kultur verlor ihre Eigenständigkeit und wurde zum Mittel politischer Zwecke. Potenzialisierung meint das Zurücktreten manifester Gewaltanwendung nach außen und vor allem nach innen. Waren im Mittelalter kriegerische Verwicklungen noch ein vom Frieden oft gar nicht so genau unterscheidbarer Dauerzustand, so macht ihre Durchstaatlichung manifeste Gewalt vom Regel- zum klar definierten Ausnahmefall. Von der Frühmoderne bis zum Ende des 20. Jahrhunderts nahm in den Territorialstaaten die Zahl der Kriegsjahre kontinuierlich ab. Im Gegenzug vervielfachte die Zusammenfassung aller destruktiven Kräfte in der fördernden Hand des Territorialstaates diese freilich in einem unvorstellbaren Maße.

Die enge Verknüpfung der kriegerischen Praxis mit Rationalisierung und Instrumentalisierung in der Moderne ist in einem doppelten Sinn zu verstehen. Zum einen zeichnet sich die moderne Kriegführung dadurch aus, dass sie nach und nach immer mehr materielle und menschliche Ressourcen in Mittel der Kriegführung verwandelt hat. Aus einer Angelegenheit von

Regierung und Armee wurde eine der ganzen Gesellschaft, eine Entwicklung die ihren Gipfelpunkt in der Mobilisierung für den „totalen Krieg“ in den beiden Weltkriegen fand. Zum anderen verwandelt sich Kriegführung selber wiederum in ein bloßes Mittel, in ein Mittel staatlicher Politik. Dieses Charakteristikum des modernen warengesellschaftlichen Krieges brachte bereits Clausewitz auf den Punkt. Er begriff Krieg als „wahres politisches Instrument“ oder um seine klassische Sentenz zu bemühen „als Fortsetzung des politischen Verkehrs, eine Durchführung desselben mit anderen Mitteln“.

6. Der Westen und die NGOs der etwas anderen, terroristischen Art

Die mit dem Epochenbruch von 1989 beginnende Ära wälzt das herrschende Gewaltregime grundlegend um. Alle eben skizzierten Merkmale eines etatisierten Gewaltregimes sind dabei obsolet zu werden. Diese Entwicklung geht von der Weltmarktperipherie aus, sie bleibt aber keineswegs auf sie beschränkt. In den niederkonkurrierten Zusammenbruchsregionen ist dieser Prozess unmittelbares Resultat des Zerfalls von Staatlichkeit und der „Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols in viele Gewaltpole“ (Schandl), nicht so für die Weltmarktzentren.

Dort kann die Herrschaft des Territorialstaats auf eine viel längere Geschichte zurückblicken und ist dementsprechend auch weit tiefer verankert. Gleichzeitig liefert die ungleich größere Kreditwürdigkeit der westlichen Staaten eine weit solidere monetäre Grundlage für die Fortschreibung der Rolle des Staates als ideeller Gesamtkapitalist. Auch wenn die Symbiose von Territorialstaat und seinen Kapitalien im Zeichen der Globalisierung brüchig geworden ist, ist er im Westen in der Lage, diesen Part noch eine ganze Weile weiterzuspielen. Von allen Staatstätigkeiten wird jedenfalls gerade das Herzstück der staatlichen Souveränität, das staatliche Gewaltmonopol, von den laufenden Entstaatlichungsprozessen am wenigsten berührt. Zwar bilden sich auch in westlichen Ländern von Banden beherrschte Slums und Banlieues, zwar ist eine zunehmende Privatisierung von „Sicherheit“ zu verzeichnen – Symptom für die Selbstghettoisierung des warengesellschaftlichen Kernsegments –, diese Phänomene stellen die grundsätzliche Suprematie der Staatsgewalt indes vorderhand nicht in Frage. Auch die andernorts kaum mehr ausmachbare Grenze zwischen Staat und Mafia

bleibt in den USA und Europa noch vergleichsweise deutlich. Das neue Verhältnis des Westens zu Krieg und Gewalt ist weniger Ergebnis eines inneren Erosionsprozesses des Gewaltmonopols, es ist vielmehr induziert und betrifft den staatlichen Akteur selber. Er verändert in der Konfrontation mit Gewalt-Protagonisten neuen Typs sein Gesicht und adaptiert die Merkmale der Gewaltpraxis seiner Konfliktpartner.

Am Anfang des neuen Zeitalters steht die Depotenzialisierung des Krieges. 50 Jahre lang waren Kriege, zumindest in Europa, nicht führbar. Das Ende der Sowjetunion verschaffte dem Westen die Möglichkeit, wieder vor der Haustür in den Krieg zu ziehen, und die Staatszerfallskriege bieten den Anlass dazu. In den humanitären Interventionen wird die Grenze zwischen Krieg und Frieden nicht nur unscharf, weil Krieg nicht mehr Krieg heißt und dementsprechend Kriegserklärungen unterbleiben, vielmehr münden sie vor allem allenthalben in Dauerbesetzungen. Ob auf dem Balkan oder andernorts, der Westen kann keinen Frieden, er kann nur Waffenstillstände erzwingen, deren Stabilität an die Präsenz seiner Truppen gebunden ist.

Die größte „Militärmacht aller Zeiten“ wird nie auf einen Gegner treffen, der auch nur einen Bruchteil der den USA zur Verfügung stehenden militärischen Ressourcen mobilisieren kann. Die Asymmetrie der Gewaltapparate kann freilich offensichtlich nicht verhindern, dass nach dem Waffengang dem Sieger die Früchte seiner militärischen Erfolge regelmäßig verdorren. Der Grundwiderspruch des Sicherheitsimperialismus, Kontrolle auszuüben, ohne kapitalistische Landnahme und Inwertsetzung anpeilen zu wollen und zu können, ist letztlich nicht auflösbar. Die eklatante Asymmetrie bei den Gewaltmitteln bedeutet aber auch keine unbegrenzte Fähigkeit zum militärischen Triumph. Gegner, die essentiell auf territoriale Kontrolle angewiesen sind – und sei es nur für plünderungsökonomische Zwecke – und sich als Staat oder Pseudostaat organisieren müssen, mögen der High-Tech-Streitmacht hilflos ausgeliefert sein, sobald sie in deren Fadenkreuz geraten. Im Kampf mit Gewaltsubjekten, die kein kartographisch erfasstes, geographisch klar umrissenes Ziel mehr abgeben, weil sie außer Vernichtung und Selbstvernichtung keine Absicht mehr haben, sieht das anders aus. Die Milliarden Dollar teure High-Tech-Militärmaschine wird zum Anachronismus, wenn die westlichen Zentren nicht von außen, sondern aus dem Inneren der globalen Weltmarktgesellschaft angegriffen werden.

Ob es nun den USA gelingt, in absehbarer Zeit Al Qaida zu zerschlagen oder nicht, so oder so markieren der 11. September und das Auftreten dieser transnationalen NGO der terroristischen Art einen historischen Einschnitt. Der Anschlag auf das World Trade Center legte zusammen mit der Verwundbarkeit der kapitalistischen Zentren offen, welche Sorte von Gewaltakteur den Westen künftig ins Herz treffen kann. Der Prozess der Globalisierung, der das freie transnationale Flottieren von Geld-, Sach- und Humankapital erlaubt, verschafft nicht nur auch individueller und poststaatlich organisierter kollektiver Gewalt eine ganz neue Reichweite. Zugleich wirken die Herrschaft des totalen Weltmarktes und der bedingungslosen Konkurrenzsubjektivität und die damit verbundenen Friktionen und Perspektivverluste als Treibhaus, in dem ein für die Nutzung solcher Chancen prädestinierter neuartiger Amokläufertypus bestens gedeiht. Keine Kultur, die heute nicht ihr Reservoir an jungen zornigen Männern hervorbrächte, die – gleichermaßen an die Existenz als Warensjekt adaptiert und von ihr abgestoßen – in irgendeinen eschatologischen Fundamentalismus fliehen würden. Als Instrument sich formierender Entwicklungsregimes haben Gewalt und Krieg zwar ausgedient, aber nur um als durch und durch irrationaler Selbstzweck wiederzukehren, und gegen diese Form bleibt der Westen hilflos.

Der von Bush ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ ist aus zwei Gründen zu fürchten. Zum einen züchtet er das Desperadotum mit heran, das er offiziell auslöschten will. Mit dem Konstrukt des Schurkenstaates halluziniert sich die Führung der verbliebenen Weltmacht zwar in die vergangene Epoche zwischenstaatlicher Kriege zurück. Sie sucht sich einen noch territorialstaatlich organisierten Gegner und kommt damit zu einem Ersatzfeind, der für eine militärische Machtdemonstration weit besser taugt als der mit militärischen Mitteln schwer greifbare eigentliche Herausforderer. Schon indem sie als Kriegsziel einen Regimewechsel ausgeben, sprengen die USA und ihr britischer Juniorpartner gleichzeitig das im Zusammenhang mit internationalen Konflikten vertraute Bezugssystem. Das bleibt nicht ohne Rückwirkung auf den Kriegsverlauf. Im 2. Golfkrieg hatte die irakische Diktatur in klassisch fordistischer Manier ihre Armee in die offene Feldschlacht mit einer übermächtigen High-Tech-Macht geschickt. Hilf- und wehrlos hatte sie angesichts des begrenzten Kriegsziels der Alliierten (Räumung Ku-

waits) alsbald die Waffen strecken müssen und können. Im 3. Golfkrieg scheint dem in die Enge getriebenen Baath-Regime nur eine Desperado-Strategie zu bleiben, die für jede reguläre staatliche Armeeführung unvorstellbar gewesen wäre: Sie nimmt ganz bewusst die eigene Bevölkerung als Deckung. Erst unter dem militärischen Druck der USA nimmt die Kriegführung des Saddam-Regimes suizidale Züge an und beginnt dem Bild zu ähneln, das seine Gegner schon seit 12 Jahren von ihr zeichnen. Der Rückgriff auf Selbstmordattentate von Seiten des Regimes und die Drohung transnationaler islamistischer Kreise, in dieser Hinsicht nachzuziehen, komplettieren diese Perspektive. Es ist noch offen, bis zu welchem Grad der 3. Golfkrieg den neuen Typus deterritorialisierter Selbstvernichtungs-Krieges bereits entsprechen wird, eine Etappe auf dem Weg zu dessen Herausbildung markiert er allemal.

Fast erschreckender als die Veränderungen auf Seiten der vom Westen auserkorenen Gegner sind aber die Umwälzungen, die sich im Gefolge des „Kriegs gegen den Terror“ auf Seiten der sicherheitsimperialistischen Mächte abzeichnen. Der Afghanistan-Feldzug, der 3. Golfkrieg und was noch immer an militärischen Nachfolgeprojekten im Raum stehen mag, all das lässt sich so wenig im Universum rational-instrumenteller Kriegführung mehr verorten wie der Anschlag auf das WTC, der diesen Militäraktionen zur Begründung dient. Gerade aufgrund ihrer irrationalen Züge droht die Konfrontation mit dem Feind Islamismus in einen zeitlich wie räumlich entgrenzten Dauerkonflikt einzumünden.

Umso weniger es dem sicherheitsimperialistischen Leviathan gelingt, die Bedrohung zu externalisieren und als äußeren Krieg zu führen, umso mehr drängt es ihn dazu, auch die Scheidung zwischen äußerem Krieg und der Durchsetzung des inneren Gewaltmonopols zu durchlöchern und den Krieg ins Innere der Gesellschaft zu tragen. Der amerikanische *Patriot Act*, die Außerkraftsetzung von Grundrechten, die geforderte Übernahme von Polizeifunktionen durch Militärs, die jenseits von Kriegs- und Strafrecht angesiedelte Sonderbehandlung von gefangenen Taliban sind allesamt Indizien dafür, dass auch westliche Demokratien durchaus mit dem permanenten Ausnahmezustand vereinbar sein können. Im Kampf gegen die neuen sicherheitsimperialistischen Weltunordnungs-kriege geht es nicht nur um die Haut der Menschen in den islamischen Ländern, sondern letztlich auch um unsere eigene.

Mythos Intelligenz

WELCHEM INTERESSE DIENST DAS TRADIEREN DER ANLAGE-UMWELT-KONTROVERSE?

von Erich Ribolits

Gibt man in der Internet-Suchmaschine Google die Wortkombination „Intelligenz angeboren“ ein, erhält man Verweise auf mehr als 2400 Websites. Ähnlich hohe Trefferquoten liefert die Suche nach „Intelligenz genetisch bedingt“ oder nach sonstigen Kombinationen von Stichwörtern, mit denen die Fragestellung einzufangen versucht wird, ob die menschliche Intelligenz durch natürliche Anlagen oder durch Umwelteinflüsse verursacht sei. Regelmäßige diesbezügliche „Aufreger“ am Buchmarkt sowie die Häufigkeit, mit der das Thema in Zeitschriften angesprochen wird, zeigen ebenfalls, dass die Anlage-Umwelt-Thematik allgemein, und dabei speziell die Frage nach der genetischen Bedingtheit von Intelligenz, geradezu als ein Dauerbrenner der erziehungswissenschaftlich-psychologischen Forschung bezeichnet werden kann. Auch in allen Ausbildungen für praktische pädagogische Tätigkeiten ist die Frage, ob die unterschiedlich hohe Intelligenz von Menschen primär angeborenen Faktoren und natürlichen Reifungsprozessen oder gesellschaftlichen Umständen und damit korrelierenden Entwicklungsmöglichkeiten geschuldet ist, eines der großen Metathemen.

Und so gibt es wohl keine/n Kindergärtner/in, keine/n Lehrer/in und keine/n Sozialarbeiter/in, die/der in ihrer/seiner Ausbildung nicht umfangreichst mit Theorien und Spekulationen zur angesprochenen Thematik konfrontiert worden wäre. Verschiedentlich wird in den diversen Ausbildungsgängen von den Lehrenden sogar mahnd darauf aufmerksam gemacht, dass die Haltung, die pädagogische Praktiker im Rahmen der Anlage-Umwelt-Kontroverse einnehmen, in hohem Maß für ihr konkretes Handeln gegenüber den ihnen Anvertrauten ausschlaggebend sei. Denn logischerweise könne „positives Denken“ hinsichtlich pädagogischer Maßnahmen nur entwickeln, wer dem „optimistischen“ Erziehungsverständnis der Umwelttheorie anhängt und im Sinne eines „dynamischen Begabungsbegriffs“ daran glaubt, dass eine Förderung der Intelligenz seiner Schützlinge grundsätzlich möglich ist. Wer hinge-

gen das „pessimistische“ Erziehungsverständnis der Anlagetheoretiker vertritt, würde sich bei seinem vorgeblichen Auftrag, „Anwalt der Lernenden“ zu sein, quasi permanent selbst im Wege stehen, da ihn die Vorstellung paralyisiert, dass einer Förderung von Intelligenz sowieso sehr enge Grenzen gesetzt sind.

In einem erstaunlichen Missverhältnis zur Häufigkeit, mit der die Anlage-Umwelt-Thematik angesprochen und ihre herausragende Bedeutung für pädagogisches Verhalten beschworen wird, steht allerdings die Abstinenz, sich mit dem „hinter“ der Fragestellung verborgenen erkenntnisleitenden Interesse zu beschäftigen. Dabei wäre das Hinterfragen der Triebkräfte des seit Jahrzehnten ungebrochenen Interesses an der Ursachenerforschung der Intelligenz durchaus interessant. Tatsächlich geht es bei der vielfach als zentrale pädagogische Kontroverse bezeichneten Argumentation in der Regel ja bloß um Prozentgewichtungen. Denn dass Intelligenz *ausschließlich* genetisch determiniert wäre und auch durch intensive Förderung nicht mehr beeinflusst werden könnte, wird in der Pädagogik heute sowieso von niemandem ernsthaft behauptet. Und auch die These, dass Intelligenz – völlig unabhängig von genetischen Vorgaben – durch entsprechende Umwelteinflüsse quasi beliebig herstellbar wäre, nimmt gegenwärtig wohl kein pädagogischer Praktiker oder Theoretiker seriös an.

Sowohl die ausschließliche Anlage- als auch die ausschließliche Umwelttheorie stellen in der pädagogischen Szene Extrempositionen dar, zu denen sich heute kaum jemand bekennt; faktisch durchwegs wird die Auffassung des „Sowohl-als-Auch“ vertreten.¹ Die Differenzen zwischen den zu diametral einander gegenüberstehenden Positionierungen hochstilisierten Ansichten liegen somit bloß auf der Ebene der Gewichtung der beiden Einflussfaktoren. Es geht bei der permanent aufgewärmten Anlage-Umwelt-Diskussion einzig um die Frage, ob der eine oder der andere Faktor mehr Einfluss hat – ob jeweils die Gene oder die Umwelt mit 20

Prozent, 50 Prozent, oder vielleicht gar mit 80 Prozent zu Buche schlagen. Die sogenannten Genetiker unterscheiden sich von den Umwelttheoretikern nur darin, dass sie den Erbanlagen – in Relation zur Umwelteinwirkung – ein höheres Gewicht beimessen. Und umgekehrt argumentieren auch Umwelttheoretiker bloß mit einem dominanteren Einfluss der Aufwuchsbedingungen gegenüber den Genen.

Würde man nämlich tatsächlich die Anlage als die finale Ursache geistiger Leistungen annehmen, müsste ja *jeder* Versuch, Heranwachsenden etwas beibringen zu wollen, von vornherein als absurd abgetan werden. Dementsprechend wird auch von den Anlagetheoretikern immer wieder hervorgestrichen, dass Anlagen eben bloß Optionen seien und *für sich allein* noch gar nichts entscheiden. Selbstverständlich bedarf es erzieherischer Beachtung und Förderung, damit aus den angelegten Potenzialen feststellbare und vor allem auch solche Leistungen werden, die unter den konkreten ökonomisch-gesellschaftlichen Umständen als *relevant* gelten. Nur damit lässt sich ja auch erklären, wieso jemand eine *genetisch angelegte* Hochbegabung annehmen und sich dennoch für spezifische, *fördernde schulische Bedingungen* für „Hochbegabte“ einsetzen kann. Die Anlagetheoretiker müssen der Umwelt quasi „über die Hintertür“ einen gewissen Einfluss zugestehen. Auch in ihrer Theorie nützen die besten Anlagen nichts, wenn durch die Umwelt deren Entfaltung nicht ausreichend animiert wird.

Umgekehrt kommen aber auch die Umwelttheoretiker für ihre Überzeugung nicht ohne die Annahme eines angeborenen Lernvermögens aus, einer Fähigkeit des Menschen, Erfahrungen – über bloße Wenn-dann-Reaktionen hinausgehend – *sinnbezogen* verarbeiten zu können. Denn wäre das Kind anfangs tatsächlich jene „*tabula rasa*“, als die es von einzelnen Radikalvertretern dieser Theorie verschiedentlich schon bezeichnet wurde, wäre schlichtweg unerklärlich, wieso Einflüsse der Umgebung überhaupt zum Anlass für Lernprozesse werden können. Dass und ob das, was im Umfeld eines Kindes passiert, Ursache für verändertes Handeln wird, setzt nämlich eine „*menschliche Begabung zur einsichtigen Veränderung*“ voraus. Eine derartige „*Anlage*“ des Menschen, sich mit den Tatsachen der Welt „*vernünftig*“ auseinander zu setzen und daraus Handlungspostulate ableiten zu können – womit ja etwas ganz anderes angesprochen wird als eine bloße Adaption – muss selbst von

Hardcore-Vertretern der Umwelttheorie vorausgesetzt werden. Für ihre Vorstellung, den Menschen durch Umwelteinflüsse weitgehend formen zu können, brauchen auch sie zumindest eine genetische Anlage – eine *angeborene* „Plastizität“ des Menschen.

Die Behauptung, dass es in der Pädagogik eine Gen-Umwelt-Kontroverse gebe, in der die Vertreter der Gen- und der Milieutheorie einander unversöhnlich gegenüberstünden und aus der sich so etwas wie eine pädagogische Positionszuschreibung ergebe, kann – im Sinne des von beiden Seiten verkündeten „Sowohl-als-Auch“ – somit durchaus als Mythos bezeichnet werden. Beide vorgeblichen Kontrahenten argumentieren damit, dass Anlage und Umwelt einander *quantitativ* ergänzen. Was sich jedoch vordergründig wie ein weitgehender Konsens anhört, birgt bei genauerer Betrachtung in sich eine äußerst gravierende, in der Regel allerdings geflüssentlich übersehene *Gemeinsamkeit* der beiden Ansichten. Tatsächlich wird über die Diskussion, *in welchem Ausmaß* Umwelt und Gene zur Genese geistiger Leistungen beitragen, bloß ein Streit zwischen vorgeblich gesellschaftspolitisch konträren – „links“ beziehungsweise „rechts“ angesiedelten – Positionen suggeriert. Bei genauerem Hinschauen zeigt sich jedoch, dass die beiden Theorien gar nicht in einander diametral gegenüberstehenden Lagern verankert sind. Denn nicht nur, dass sie einander bedingen und ohne Rückgriff auf die jeweils andere nicht auskommen, sie sind in letzter Konsequenz sogar *desselben Geistes Kind!*

Die Fokussierung des Streits auf die Frage, ob die Gene oder die Umwelt prozentuell mehr oder weniger zur Intelligenzausprägung beitragen, offenbart nämlich vor allem, dass beide Theorien fest in der Tradition des das bürgerlich-kapitalistische System begründenden *dualistischen* Weltbilds verankert sind. Körper und Geist, bzw. Natur und Kultur werden strikt geschieden. Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Mensch als „Produkt“ genetischer Ausstattung oder als ein solches der Umwelteinflüsse wahrgenommen wird – von einer Aufspaltung in „passives Rohmaterial“ und „programmierende Instanz“ wird in beiden Fällen ausgegangen. Für die einen ist es die genetische Programmierung, die ein mehr oder weniger rationelles Reagieren auf die dem Menschen äußerlich gedachte Umwelt möglich macht; für die anderen ist dazu die Programmierung durch eine arrangierte Umwelt notwendig. Die Gentheoretiker postulieren ein Programm, das sich aus der evolutionä-

ren Entwicklung ableitet, im Menschen somit schon als angelegtes Potenzial schlummert und durch die Umwelt bloß aktualisiert werden muss – selbstverständlich aber nur im programmgemäßen Umfang geweckt werden kann. Die Umweltapologeten sehen im Menschen dagegen eine für nahezu jede Software geeignete Hardware, ihr Hauptaugenmerk richtet sich somit auf die Rahmenbedingungen der Programmierung.

In Form eines Bildes aus der aktuellen Situation am Computermarkt nehmen die Anlagetheoretiker quasi an, dass – in einer ähnlichen Form, wie es PCs und Apple-Computer gibt – auch die „Maschine Mensch“ in unterschiedlichsten Hardwarekonfigurationen „auf den Markt kommt“. Jede Hardwareeinheit kann dementsprechend nur mit den ihr entsprechenden Programmen „zum Funktionieren gebracht“ werden. Die Umwelttheoretiker gehen hingegen davon aus, dass es bloß eine einzige universelle „Hardwarekonfiguration Mensch“ gibt, auf der alle Programme – egal ob Windows, Linux oder Mac – „laufen“. Demgemäß bedarf es eines unbeschränkten Zugangs zu möglichst vielen Programmen und geschickter Programmierer, damit die Maschine zum „brauchbaren Funktionieren“ gebracht werden kann. Das von beiden Gruppen mit unterschiedlicher Gewichtung vorgebrachte „Sowohl-als-Auch“ bezüglich der Ursachen von Intelligenz fußt somit im gleichen Software-Hardware-Dualismus. Beiden Theorien wohnt die Ansicht inne, dass der Mensch eine nach Ursache-Wirkungs-Relationen funktionierende biochemisch-mechanische Einheit darstellt, die kraft einer ihr *gegebenen* Intelligenz mit einer außerhalb und unabhängig von ihr existierenden Wirklichkeit in Relation tritt.

Die Ansicht einer derartigen, quasi „freischwebenden“ Intelligenz wird zwischenzeitlich allerdings sogar von jenen Naturwissenschaftlern, die an der Entwicklung von sogenannter „künstlicher Intelligenz“ arbeiten, als ein absurdes Konstrukt erkannt. Ihnen wird zunehmend klar, dass es Intelligenz nicht anders als in „verkörperter Erscheinungsform“ geben kann. Mit dem Ansatz, hochkomplexe Maschinen zu entwickeln und diese mit Hilfe ihnen implementierter Programme realitätstüchtig zu machen, die „die Logik der Welt“ in einem Meta-Modell abbilden, sind sie bei den Versuchen, künstliche Intelligenz zu kreieren, nämlich sehr schnell an unüberwindliche Grenzen gestoßen. Am Artificial Intelligence Laboratory am Massachusetts

Institute of Technology arbeitet man deshalb neuerdings an der Entwicklung von Robotern, die über vielfältige Sensorsysteme direkt an der „Auseinandersetzung mit der Welt“ lernen, indem sie die unterschiedlichen Folgen ihrer Strategien speichern, *ohne* die Welt in einem Meta-Modell zu repräsentieren. Die in einem solchen Roboter „verkörpernten“ Erfahrungen sind genauso wenig als Programm erfass- und übertragbar wie die Erfahrungen eines Menschen, die sich in der Struktur der Synapsen seines Gehirns einprägen.²

Erkennt man allerdings an, dass sich Intelligenz vom (verkörpernten) Verhalten nicht trennen lässt, muss man auch akzeptieren, dass es Intelligenz als abstrakte Größe überhaupt nicht gibt. Intelligenz in der Vorstellung einer mehr oder weniger gegebenen Annäherung an ein ideales (Reaktions-)Programm ist eine Chimäre. Was intelligentes Verhalten ist, bestimmt sich einzig über die agierende Person und ihren subjektiven Kontext zur Situation, in der es zu handeln gilt – jede objektive Bewertung ist unmöglich. Selbstverständlich kann davon ausgegangen werden, dass es *individuell-genetische Faktoren* gibt, die in irgendeiner Form mit den unterschiedlichen Reaktionsweisen von Menschen auf Probleme korrelieren. Im Sinne einer Wenn-dann-Relation daraus allerdings abzuleiten, dass sich darin eine höhere oder niedrigere Intelligenz widerspiegelt, wäre grotesk. Intelligenz ist eben kein objektiv-abstraktes Programm, das – im Sinne von Richtig-Falsch-Maßstäben, die ein „höherer Programmierer“ irgendwann festgelegt hat – Menschen mehr oder weniger adäquat auf die Umwelt reagieren lässt. Sofern der Begriff überhaupt Sinn gibt, kann Intelligenz nur als das Vermögen des Menschen umschrieben werden, in der Auseinandersetzung mit der Umwelt zu *eigensinnigen* Reaktionen fähig zu sein, zu solchen also, die *nicht automatisch* einem durch irgendjemand anderen vorhersagbaren Muster folgen.³

Wenn mit Intelligenz begrifflich jenes Besondere des Menschen ausgedrückt werden soll, das ihn aus der restlichen Natur heraushebt, darf sie nicht einseitig an *rationellem* Verhalten orientiert sein. Mit anderen Worten: Intelligenz darf *nicht* mit Logik gleichgesetzt werden! Der Mensch hat Bewusstsein, er ist somit nicht bloß fähig, sich, wie ein Tier, im Sinne *aufgelegter* Reaktionsweisen – also logisch – zu *verhalten*. Er kann, auf Basis seiner Fähigkeit zur *rationalen* Verarbeitung seines Wissens sowie zur Orientierung an jeweils souverän gesetzten Zielen, *autonom handeln*. Eine Interpretation von Intelligenz, die dieser

prinzipiellen Freiheit des Menschen gerecht wird, müsste somit an der Fähigkeit ausgerichtet sein, Wissen *selbstbestimmt* einzusetzen und *eigensinnige* Antworten auf Fragen finden zu können. Wird Intelligenz jedoch – so wie es in der Anlage-Umwelt-Kontroverse von *beiden Parteien* gemacht wird – darüber definiert, wieweit (fremdbestimmten) Vorgaben irgendwelcher Tests entsprochen wird, dient der Begriff *per se* dazu, Menschen zu instrumentalisieren und ihnen ihre Würde zu nehmen. In diesem Sinn ist die Behauptung, Intelligenz ließe sich in Form einer Zahl dingfest machen, unmittelbarer Ausdruck der Absicht, Menschen hinsichtlich ihrer Brauchbarkeit zur Erzielung von Gewinn *berechenbar* zu machen – letztendlich gilt in dieser Logik als intelligent, wer im Verwertungsprozess profitabel einsetzbar ist!

Der Bedeutungsgehalt von Begriffen ist stets ein Korrelat konkreter gesellschaftlich-historischer Bedingungen. Auch Intelligenz ist kein überhistorisches Prinzip, sondern kann nur im Zusammenhang mit den aktuellen politisch-ökonomischen Strukturen begriffen werden. Wer den Begriff Intelligenz unhinterfragt benützt, hat sich allerdings schon auf die Ebene jener Prämissen begeben, durch die das aktuelle System bestimmt wird. Und da ist Intelligenz eben nur in der Bedeutung „instrumenteller Vernunft“ fassbar. In der Marktgesellschaft mündet jede Frage nach Qualität oder Güte stets in Überlegungen nach der ökonomischen Verwertbarkeit. Es ist völlig egal, ob Produkte irgendwelcher Fertigungsprozesse, zwischenmenschliche Handlungen, die Natur oder Menschen bewertet werden, letztendlich geht es immer um die Frage, wieweit sich das „Bewertete“ für die „Verwertung“ eignet; wieweit es also dem Profit-Machen dienstbar gemacht werden kann. Der Tatsache entsprechend, dass in der Marktgesellschaft der Gebrauchswert in allen Bereichen zunehmend vom Tauschwert überlagert wird, tritt als Wert schlussendlich überhaupt nur mehr ins Bewusstsein, was sich in Form von Geld ausdrücken lässt.

Wie schon weiter vorne angesprochen, wird die Haltung zur „Anlage-Umwelt-Kontroverse“ oft als ein Streit zwischen gesellschaftspolitisch „links“ und „rechts“ angesiedelten Positionen interpretiert. In diesem Sinn sind jene, die die Vorstellung eines dynamischen Begabungsbegriffs vertreten, meist auch davon überzeugt, dem gesellschaftlichen Status quo besonders kritisch gegenüberzustehen und das „emanzipatorisch-linke Fähnchen“ hoch zu halten. Tatsächlich wirkt jedoch schon das Aufgreifen

des Intelligenzbegriffs immanent anti-emanzipatorisch. Auch in der Auseinandersetzung um die Ursachenzuschreibung von Intelligenz zeigt sich – so wie ja bei vielen anderen Fragen –, dass die humanitäre Linke den Boden der grundsätzlichen Akzeptanz des herrschenden Konkurrenzkapitalismus nie verlassen hat. Sie bewegt sich im selben Argumentationskorsett wie die von ihr häufig als „rechts“ gescholtenen Anlagetheoretiker. Gehuldigt wird von beiden Seiten dem Fetisch Markt. Uneins ist man sich bloß darin, ob die geeigneten Konkurrenzmonaden für die verschiedenen Bereiche des Kampfes jede/r gegen jede/n primär durch ein pädagogisch verbrämtes Zurichtungs- oder doch eher durch ein Ausleseverfahren (beziehungsweise in naher Zukunft vielleicht auch durch ein genetisches Optimierungsverfahren) gewonnen werden sollen.

Auch die Umwelttheoretiker wehren sich nicht dagegen, dass die gravierenden Unterschiede in den Lebensbedingungen von Menschen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft mittels einer unterschiedlich ausgeprägten Tüchtigkeit (= Fähigkeit, sich den Verwertungsvorgaben anzupassen) schöngeredet werden.⁴ Es stört sie bloß, dass Menschen mit dem Argument einer geringeren *angeborenen* Begabung von vornherein nur eingeschränkt zum Kampf um attraktive gesellschaftliche Positionen zugelassen werden sollen. Ihre Argumentation lässt kaum je erkennen, dass sie etwas gegen eine Gesellschaft hätten, in der jeder und jede dem Markt- und Konkurrenzprinzip unterworfen ist und die gesellschaftliche Hierarchie durch Gewinnen und Verlieren im vorgeblichen Leistungswettbewerb legitimiert wird. Nicht gegen das gesellschaftliche Ausleseprinzip des „*survival of the fittest*“ treten sie auf; sie wollen bloß nicht anerkennen, dass die Startpositionen im allumfassenden Konkurrenzkampf schon durch die Natur verteilt worden sein sollen. Ihr Ruf nach Chancengleichheit – oder noch entlarvender: nach *Chancengerechtigkeit* – affirmiert den allgemeinen Verdrängungswettkampf, gefordert werden bloß „gerechte Trainingsbedingungen für alle“. Dem „Windhundrennen“ soll ein fairer Anstrich gegeben werden, indem quasi „ganz am Anfang“ nicht gelten soll, was diese Gesellschaft insgesamt zusammenhält – der Glaube an die Gerechtigkeit des profitökonomisch orientierten Auslesesystems.

Die Prämissen der Argumentation sind bei den Umwelttheoretikern dieselben wie bei den Anlagetheoretikern, auch für sie gibt es keine Welt außerhalb des durch das

Verwertungsdictat vorgegebenen Horizonts und auch sie gehen von einem Bild des Menschen als einem „Konkurrenzwesen“ aus. Indem sie das gesellschaftliche Auslesekriterium Intelligenz anerkennen und sich auf die Diskussion einlassen, wo die Ursachen dafür liegen, dass dieses Merkmal unterschiedlich verteilt ist, haben sie sich argumentativ bereits darauf eingelassen, Menschen auf den Status von Humankapital – einen Buchungsposten in der konkurrenzökonomischen Gewinn-/Verlustrechnung – zu reduzieren. Eigentlich handelt es sich beim angeblichen Grundkonflikt der Pädagogik somit bloß um einen Fraktionskampf innerhalb der Konkurrenzglaubensgemeinschaft. Denn wer immer mit einem Begriff argumentiert, der unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen einzig und allein dafür dient, um die höchst ungleichen Zugangsmöglichkeiten der Menschen zu den vorhandenen Gütern und Lebensmöglichkeiten zu rechtfertigen, hat bereits klammheimlich die Gleichsetzung des sozialen Werts von Menschen mit ihrer ökonomischen Verwertbarkeit akzeptiert.⁵

In letzter Konsequenz macht es keinen Unterschied, ob man sich dem Thema Intelligenz aus der Richtung der Umwelttheorie oder jener der Anlagetheorie annähert. Gelernt soll unter den aktuellen politisch-ökonomischen Bedingungen nicht werden, um sich als „freies Wesen“ zu verwirklichen und derart einen Beitrag zur ewigen Frage zu liefern, was Mensch-Sein bedeutet und in welcher Form sich der Mensch verwirklichen kann. Sowohl das Lernvermögen des Menschen als auch alle gesellschaftlich vermittelten Zielvorgaben organisierten Lernens sind letztendlich an der Frage der Brauchbarkeit im Prozess der Verwandlung von Geld in mehr Geld orientiert. Bildungseinrichtungen haben auch gar keine Chance hier irgendwie auszuscheren, weil sie unter den zwischenzeitlich auch für das Bildungswesen geltenden Marktbedingungen ansonsten sehr schnell vom Markt verdrängt wären. Organisierte Wissensvermittlung ist – *obwohl* und zugleich *weil* die meisten Lehrenden subjektiv das Beste für ihre Klientel wollen – nicht dem Ziel der Entfaltung des Mensch(lich)en untergeordnet. Sie dient dem Umwandeln von Humanressourcen in verwertbares Humankapital. Das von den Umwelttheoretikern für sich monierte *emanzipatorische Erkenntnisinteresse* stellt einen Selbstbetrug dar; hinter dem Fraktionsstreit der Intelligenzfetischisten lässt sich in jedem Fall nur *technisches Erkenntnisinteresse* ausmachen.

Über viele Jahre waren die Leitwissenschaften im Prozess der Herstellung verwertbaren Humankapitals eine weitgehend zur *Didaktik* verkürzte Pädagogik und eine zur Reparaturwissenschaft reduzierte Psychologie. Die willigen Vollstrecker der jeweils neu verkündeten Erkenntnisse hinsichtlich der Zurichtung von Humanressourcen für deren betriebswirtschaftliche Verwertung stellte das „Fußvolk der Humankapitalmechaniker/innen“ (Kindergärtner/innen, Lehrer/innen, Erziehungs- und Bildungsberater/innen, EB-Trainer/innen etc.). Im Sinne der Tatsache, dass bisher alle an der Frage nach den Ursachen unterschiedlicher Verwertbarkeit der Humanressourcen Interessierten die Notwendigkeit effektiver Lernarrangements außer Zweifel gestellt haben, gipfeln die Gen-Umwelt Diskussionen stets in didaktisch-manipulativen Vorstellungen: Bringt es etwas, Heranwachsende ihrer „Individuallage“ entsprechend getrennt zu beschulen oder lässt sich auch durch gemeinsamen Unterricht ein lohnender Ertrag erreichen; gibt es Psychotechniken und Unterrichtsformen, die besonders zu einer Steigerung der „Selbstaussbeutungsbereitschaft“ beitragen; welche Lehr/Lernarrangements versprechen bei spezifischen Zielgruppen die höchste Effektivität; u.ä.? Was bei derartigen Fragen jeweils als „besser“ oder „schlechter“ zu gelten hat, entscheidet sich stets anhand ökonomischer Rationalitätskriterien.

Zwischenzeitlich sind allerdings die Versprechungen der Naturwissenschaftler unüberhörbar, bald schon in der Lage zu sein, „Dummheit“ ähnlich einer (Erb)Krankheit zu *heilen*. Derzeit vergeht ja kaum eine Woche, in der nicht verlautbart wird, dass die genetische Ursache für irgendeine menschliche Eigenschaft oder Verhaltensweise erforscht worden sei. Ob es nun asoziales Verhalten ist, das angeblich durch ein Aggressions-Gen⁶ verursacht wird, (homo-)sexuelle Vorlieben, Alkoholismus oder die Wahrscheinlichkeit, sich in einer Partnerschaft treu zu verhalten⁷, alles wird neuerdings genetischer Programmierung zugeschrieben. Da konnte es selbstverständlich nicht lange dauern, bis auch „mangelnde intellektuelle Verwertbarkeit“ zu einem genetisch bedingten Defekt erklärt wurde. Und tatsächlich hat der Genforscher James Watson, der vor Jahren die DNA, die Struktur des menschlichen Erbguts entschlüsselt und dafür einen Nobelpreis erhalten hatte, kürzlich auch verkündet, dass „Dummheit eine genetische Krankheit“ darstelle und dementsprechend bald auch „heilbar“ sein werde.⁸ Somit kann wohl

davon ausgegangen werden, dass bald die nächste Runde der Anlage-Umwelt-Prozentediskussion eingeläutet werden wird.

Durchaus möglich wird damit auch, dass den auf pädagogisch-psychologischer Basis arbeitenden Humankapitalmechaniker/innen schon bald ernsthafte Konkurrenz in Form von Gentechniker/innen ins Haus steht. Damit eröffnen sich völlig neue Möglichkeiten und Gefahren der Manipulation von Menschen. Hinsichtlich dessen, was Intelligenz tatsächlich ist – die Fähigkeit des Menschen sich kraft Vernunft von allen Abhängigkeiten zu befreien und sich selbst als freies Wesen zu kreieren – braucht man sich vor dieser Entwicklung allerdings nicht zu fürchten. Die in Dienst genommene Pädagogik und die Schule haben es in ihren über Jahrhunderte gehenden diesbezüglichen Anstrengungen nicht geschafft, Menschen das kritische Denken auszutreiben. Auch über den Weg gentechnologischer Manipulation wird es nicht zu schaffen sein, den Menschheit ins „Paradies der unbewussten Einheit mit der Natur“ zurückzutreiben. So wie es der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Fischer einmal formuliert hat, findet Bildung – die Selbstbefreiung des Individuums – zwar tatsächlich nur selten *mit Hilfe* der Schule, aber dennoch immer wieder *trotz* ihr statt.⁹ Es kann davon ausgegangen werden, dass sich auch durch die Gentechnologie die „zweite Natur“ des Menschen – seine Fähigkeit, die dem „Plusmachen“ verhaftete Nutzendimension zu transzendieren und sein Leben an Kriterien zu orientieren, die er kraft autonomer Erkenntnis als sinnvoll definiert hat – nicht ausmerzen lassen wird!

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu die pointierte Darstellung in: *Huiskens, Freerk: Die Wissenschaft von der Erziehung. Einführung in die Grundlügen der Pädagogik, Teil 1. VSA-Verlag, Hamburg 1991, S. 97ff.*
- 2 Vgl.: *Brodbeck, Karl-Heinz: Zur Ethik der Intelligenz. In: Ethik-Letter 4/2001, S.2-5. In: <http://home.t-online.de/home/brodbeck/intellig.htm>*
- 3 *Den deutlichsten Ausdruck findet diese Sichtweise von Intelligenz in der Fähigkeit des Menschen, bewusst die Unwahrheit zu sagen. Dementsprechend betonen viele Forscher nicht nur, dass Lügen ein essentieller Bestandteil der Intelligenz ist, sie gehen sogar so weit zu folgern, dass der Mensch die im Laufe seiner Evolution stattgefundenen Vergrößerung seines Gehirns der Notwendigkeit verdankt, unter den sozial zuneh-*

mend komplexer gewordenen Lebensumständen auch immer raffinierter lügen zu müssen. Vgl.: Die Lüge eine intellektuelle Höchstleistung. In: Der Standard, 19. Feb. 2003.

- 4 *Selbstverständlich wird auch behauptet, dass der berufliche Erfolg und somit die soziale Situation von Menschen mit derselben prozentuellen Gewichtung wie die Intelligenz von Erbanlagen bzw. Umwelteinflüssen bestimmt ist. Vgl.: Medical Tribune 5/1978. In: http://www.medical-tribune.de/GSM/bericht/03_02_1978_IQ*
- 5 *Die Umwelttheorie nimmt, gepaart mit einer grundsätzlichen Akzeptanz des Konkurrenzsystems, durchaus auch menschenverachtende Züge an. Nicht die grundsätzliche Akzeptanz des Gegenübers als mündiges Wesen leitet dann das Verhalten der Erziehenden an; Erziehung reduziert sich auf den Aspekt einer Technik, mit der eine gewünschte Entwicklung in Bezug auf Nützlichkeit und Brauchbarkeit hervorzubringen versucht wird.*
- 6 *So meint z. B. der Direktor des anthropologischen Instituts der Universität Kiel/BRD, Hans Wilhelm Jürgens, dass bestimmte Formen asozialen Verhaltens, wie „parasitäres Verhalten auf Kosten der Öffentlichkeit“ nicht nur durch elterliches Vorbild, sondern auch durch die Erbsubstanz weitergegeben würde. Er befindet sich mit dieser Ansicht im gleichen Lager wie der Humangenetiker Hans-Hilger Ropers, Direktor des Max-Planck-Instituts für Genetik in Berlin, der behauptet, ein so genanntes Aggressions-Gen isoliert zu haben, das sich ausschließlich bei Kriminellen nachweisen ließe. Vgl.: Jungle World, 27. Mai 1998.*
- 7 *Beim 10. Internationalen Kongress für Zwillingforschung in London/UK wurde eine Studie der beiden Forscher Jerskey und Lyon präsentiert, bei der durch einen Vergleich der Heirats- und Scheidungsraten ein-eiiger Zwillinge mit den entsprechenden Daten nicht-eineiiger Zwillinge eine genetische Beeinflussung von Verehelichungs- und Scheidungsmustern „errechnet“ worden war. Vgl.: New Scientist, 12. Juli 2001.*
- 8 *Wes Geistes Kind der hoch dotierte Wissenschaftler ist, lässt sich daran ermesen, dass er auch noch darüber nachdenkt, menschliche Hässlichkeit gentechnisch zu „heilen“. Konkret will er den von ihm als „großartig“ charakterisierten Zustand herstellen, dass „alle Frauen schön“ seien. Vgl.: <http://www.newscientist.com>, sowie: Der Standard, 4. März 2003.*
- 9 *Vgl.: Bildung trotz Schule. In: Fischer, Wolfgang: Schule als parapädagogische Organisation. Henn-Verlag, Kastellaun 1978, S. 158ff.*

Zur Theorie des Informationskapitalismus^{*}

TEIL 2: PRODUKTIVE UND UNPRODUKTIVE ARBEIT

von Stefan Meretz

Im ersten Teil dieser kleinen Artikelserie (Meretz 2003) ging es um die „Keimform-Debatte“, also um die möglichen Wege gesellschaftlicher Transformation. Die These von der Freien Software als Keimform einer gesellschaftlichen Konstitution jenseits der Warenform basiert auf einer bestimmten Analyse des gegenwärtigen Entwicklungsstandes des sogenannten „Informationskapitalismus“.

Darum soll es in diesem Teil gehen, genauer: um die Diskussion zur unproduktiven Arbeit und zu aktuellen Angriffen im Informationskapitalismus.

Begriffliches

Leichtin wird vom Informationskapitalismus geredet – aber was ist das Spezifikum dieser Phase des Kapitalismus? Um sich dieser Frage zu nähern, ist es notwendig, die *stoffliche Seite* der Entwicklung des Kapitalismus zu untersuchen.¹ Marx hat dies in seiner Zeit getan, ich kenne jedoch keine adäquate Weiterführung des Marxschen Ansatzes. Vermutlich hat das auch damit zu tun, dass ein wesentliches Moment der Entwicklung erst jetzt in aller Deutlichkeit hervortritt: das der „Information“, des „Wissens“ oder wie auch immer man den *algorithmischen Aspekt industrieller Produktion* bezeichnen mag. Aber beginnen wir mit dem Übergang zum Kapitalismus und damit mit Marx.

Im „Maschinerie-Kapitel“ des Kapital untersuchen Marx (1890) die stoffliche Seite kapitalistischer Industrieproduktion. Er identifiziert drei Aspekte der „großen Maschinerie“:

- Werkzeugmaschine
- Bewegungsmaschine
- Transmissionsmechanismus

Nachfolgende Rezeptionen haben diese Systematisierung als nicht mehr zeitgemäß fallengelassen. Wie ich zeigen möchte, hat Marx jedoch im Gegensatz zu oberflächlichen Zurückweisungen eine adäquate Einteilung mit erstaunlicher Reichweite vorgenommen.

Werkzeug – Sachlogik

Die Werkzeugmaschine vergegenständlicht den sachlogischen Aspekt des auf eine Maschine übertragenen Werkzeugs des (Manufaktur-) Handwerkers. Hier wird nicht nur einfach das Werkzeug in eine Maschine „eingespannt“, sondern es wird so in die Maschine eingebracht, dass die Prozessanforderungen des jeweiligen Herstellungsschrittes sachgerecht erfüllt werden können. Anderenfalls würde das Werkzeug beschädigt, die angestrebte Produktqualität nicht erreicht werden etc.

Die Bewegungsmaschine liefert die zum Betrieb des Produktionsprozesses notwendige Energie – zu Marx' Zeiten war dies die unmittelbare Anlieferung von „Bewegung“. Allgemeiner formuliert handelt es sich hier um die Energiemaschine, die heute in räumlicher Trennung zum Produktionsprozess in der Regel elektrische Energie bereitstellt. Sie ist der bzgl. der Werkzeugmaschine nachgeordnete Faktor der industriellen Revolution. Marx ließ sich hier nicht durch die Schlotte der Dampfmaschinen die Sinne vernebeln und stellte klar, dass es „die Werkzeugmaschine ist ..., wovon die industrielle Revolution ausgeht“ (393), und die erst sekundär „die revolutionierte Dampfmaschine notwendig machte“ (396). Gleichwohl hält sich die umgekehrte Behauptung hartnäckig.

Das „Uding“: Transmission

Der dritte von Marx „Transmissionsmechanismus“ genannte Aspekt schließlich wird in der Regel vollends unter den Tisch fallen gelassen: So etwas gibt es doch gar nicht mehr! Das ist nur dann richtig, wenn man nach Lederriemen sucht, die in der Fabrikhalle unter der Decke laufen und Bewegungsenergie übertragen. Begreift man die Transmission jedoch als das, was sie neben der Energieübertragung auch ist – ein (vergegenständlichter) Algorithmus –, dann öffnen sich neue Erkenntnisspektiven. Denn was beim Produktionsschritt vor allem übertragen wird, ist zeitlich bestimmte *Prozesslogik*: Die zu Marx' Zeiten genutzten Lederriemenbänder und Zahn-

räder bewirken eine wohldefinierte Kombination von prozessadäquaten Bewegungen. Erst deren zeitlogisch abgestimmtes Zueinander ergibt in Verbindung mit dem Werkzeug den antizipierten Herstellakt.

Algorithmus – Zeitlogik

Den algorithmischen Produktionsaspekt kann man erst „sehen“, wenn man einen Begriff vom Algorithmus hat, denn damals waren alle drei Aspekte „in“ einer Maschine gegenständlich vereint. Ein Algorithmus ist die *ideelle Antizipation eines Prozesses* (vgl. dazu ausführlich Meretz 1999).² Algorithmen zu erschaffen, ist eine genuin menschliche Tätigkeit. Jede gedankliche Selbstdiskussion oder kollektive Entwicklung zeitlich bestimmter Abläufe lässt sich so als Schöpfung von Algorithmen fassen. Ein Algorithmus kann in unterschiedlichen Formen vergegenständlicht werden. Die bekannteste Form ist wohl die Schriftform. Beispiele sind das Kochbuch oder die Turing-Maschine (eine „Maschine“, die nur textuell „abläuft“).

Im Kontext dieses Aufsatzes interessiert uns die Vergegenständlichung in Maschinenform. Eine Maschine ist die stoffliche Form eines Algorithmus. Sie realisiert einen ideell antizipierten Prozess. Im Unterschied zum Werkzeug, das „alleine“ keinen Algorithmus verkörpert, geht es hier nicht um die *Sachlogik*, sondern um die *Zeitlogik* – eben um den Ablauf der Teilschritte beim

^{*}Dieser Beitrag reiht sich ein in den Versuch, *Freie Software im Informationskapitalismus zu denken*. Vorhergehende Streifzüge-Aufsätze in dieser Reihe sind: Christian Fuchs, *Die IdiotInnen des Kapitals*. „Freie“ Softwareproduktion – Antizipation des Postkapitalismus? (1/2001); Stefan Meretz, *Produktivkraftentwicklung und Aufhebung* (2/2001); Sabine Nuss, Michael Heinrich, *Freie Software und Kapitalismus* (1/2002), Ernst Lohoff, *Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit* (3/2002). Dieser Beitrag kann online diskutiert werden unter www.opentheory.org/info_kap_1/text.phtml

Herstellakt. Sachlogik und Zeitlogik werden oft vermischt, und zu Marx' Zeiten waren beide Aspekte ja auch gegenständiglich „in“ einer Maschine vereint und damit „unsichtbar“. Sie sind jedoch analytisch zu trennen.

Verallgemeinern wir unseren Blick weg von einem mechanischen Produktionsablauf, wie er Marx vor Augen hatte, hin zu einem allgemeinen Produktionsprozess stofflicher Güter, dann lassen sich die drei Marxschen Aspekte der großen Maschine reformulieren als

- Sachlogik (Werkzeugmaschine)
- Energiebereitstellung (Energemaschine)
- Zeitlogik (Algorithmus)

Wie schon bemerkt, ist dabei die Energiebereitstellung ein sekundärer Faktor. Zur Aufschließung der innerkapitalistischen Entwicklungsetappen trägt er analytisch nichts bei. Er wurde bereits mit dem ersten Schritt in den Kapitalismus, dem Übergang von der Manufaktur zur Fabrik, „abgespalten“.

Mit dem neuen Begriffswerkzeug sind die innerkapitalistischen Entwicklungsetappen relativ leicht zu entschlüsseln (vgl. dazu die Abbildung). In der Durchsetzungsphase der warenproduzierenden Gesellschaft ist der/die Handwerker/in idealer Träger aller drei „Aspekte“. So besteht der erste Schritt zunächst darin, ihn und sie in eine Manufaktur zu sperren, in der er und sie „arbeiten lernt“ (auf die Terrorgeschichte der Durchsetzung von „Arbeit“ kann hier nicht eingegangen werden).

Sachlogik-Revolution: Werkzeugübertragung

Das revolutionierende Moment der *Ersten Industriellen Revolution* besteht – wie Marx

richtig bestimmte – in der Übertragung des Werkzeuges auf eine Maschine. Mit dieser Übertragung wurde gleichzeitig das algorithmische Prozesswissen des Handwerkers „in“ der Maschine vergegenständlicht und die Energielieferung ausgelagert. Durch diesen Prozess der *Entsubjektivierung* der Tätigkeiten des Handwerkers, durch die Formatierung von Lebenstätigkeiten zu „Arbeit“, wurden die nun getrennten drei Bestandteile des Produktionsprozesses der separaten wissenschaftlichen „Bearbeitung“ zugänglich. Neue „Wissenschaften“ entstanden, Normung, Reduzierung von Produkttoleranzen, Steigung der Gleichförmigkeit in der objektivierten Produktion usw. bedeuteten einen ungeheuren Schub bei der endgültigen Durchsetzung des Kapitalismus als „schöner Maschine“.

Zeitlogik-Revolution 1: Algorithmisierung der Produktion

Der nächste qualitative Sprung basiert auf einer Revolutionierung des algorithmischen Produktionsaspekts. So wie das Werkzeug so wurde auch der Produktionsprozess der „grellen Verhörmaschine der Aufklärungsverunft“ (Kurz 1999, 372) in Form der Taylorschen „Arbeitswissenschaft“ unterzogen. Die *Zweite Industrielle Revolution* ist gleichzeitig die erste algorithmische Revolution: Es ging um die von Ingenieuren vorgedachte und durchexerzierte algorithmische Integration der gesamten Produktion und damit gleichzeitig um die totale Unterordnung der Menschen unter die Erfordernisse der „Wertmaschine“. Der „ideale Prozess“ war das Leitbild, die Durchsetzung der abstrakten Zeit als Taktgeber das Mittel, die optimierte Zeitlogik in der Fließfertigung („Fließband“) analoger Spezialmaschinen das Resultat.

Zeitlogik-Revolution 2: Algorithmisierung der Algorithmisierung

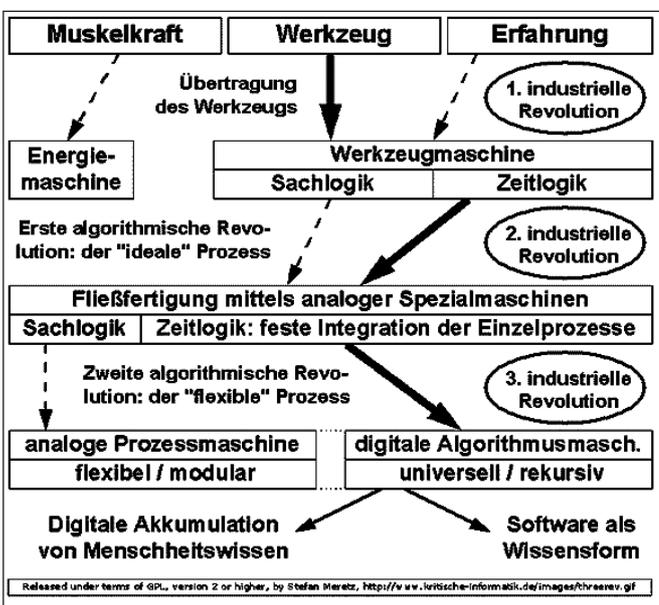
Die stoffliche Verkoppelung von Sachlogik und Zeitlogik ermöglichte zwar eine massenhafte Produktion uniformer Güter als Waren, machte jedoch die Produktion starr und unflexibel. Jede Änderung der Zeitlogik bedeutete immer auch eine Änderung der Sachlogik. Hier

greift die zweite algorithmische Revolution, die auch als *Dritte Industrielle Revolution* bezeichnet wird. Sie bricht auf, was der Taylorismus aufwändig festgelegt hat: Die algorithmische Durchrationalisierung der Produktion. Nun wird nicht mehr der geplante Produktionsablauf exakt festgelegt und in Formen von Maschinen, starrer Arbeitsorganisation und Hierarchien „gegessen“, sondern es werden die Möglichkeit der *Änderbarkeit* des Ablaufes, die *Mannigfaltigkeit* der möglichen Einsätze der Werkzeugmaschinen, die *Modularität* der Einheiten in der Fließfertigung in die Produktion eingebaut. Die festen Algorithmen des Taylorismus werden flexibilisiert, wobei das Ausmaß der Änderbarkeit nicht unendlich ist, sondern wiederum festliegt. Wurde also vorher der *Ablauf* algorithmisiert, so nun die *Änderbarkeit des Ablaufes* – eine Algorithmisierung zweiter Ordnung.

Doppelte Universalmaschinen

Die zweite algorithmische Revolution ist eng verbunden mit der Trennung und Vergegenständlichung des sachlogischen und zeitlogischen Produktionsaspekts in zwei separaten Universalmaschinen: der Algorithmusmaschine „Computer“ und der flexibel steuerbaren Prozessmaschine. Der Grad der Universalität ist jedoch unterschiedlich. Sie hängt bei der *analogen Prozessmaschine* von der Antizipationsfähigkeit der Produzenten ab, denn es kann immer nur der Grad an Änderbarkeit und Modularität dargestellt werden, der aktuell als mögliche Prozessbreite vorstellbar ist. Genau „Neues“ – seien es Erfindungen oder radikal neue Marktanforderungen – ist nicht vorhersehbar.

Bei der *digitalen Algorithmusmaschine*, dem Computer, ist es vor allem der Stand der (hard- und software-) technischen Entwicklung, der die Einsatzmöglichkeiten begrenzt, denn die digitale Form der formalen Algorithmen ist a priori universell. Mit der Schaffung von mehrfach gestaffelten „Programmen zur Erzeugung von Programmen“ kommt die grundlegende Kennzeichnung der Dritten industriellen Revolution als „Algorithmisierung der Algorithmisierung“ sinnlich erfahrbar auf ihren Begriff. Die Universalität der digitalen Form ist es, die zur Durchdringung nahezu aller Bereiche der gesellschaftlichen Re/Produktion führt (sekundäre Algorithmisierung bürokratischer, monetärer etc. Prozesse). Der Computer ist allgegenwärtig (ubiquitous computing), und die Entwicklung ist lange nicht am Ende.



Drei innere Schranken

Mit der Dritten Industriellen Revolution ist der Kapitalismus in dreifacher Hinsicht an innere Schranken gestoßen:

- Abschmelzen der Wertschöpfung
- Auszehren der Produktivkraftentwicklung
- Entknappung des Wissens

Das bestimmende Moment ist die Unmöglichkeit, das Abschmelzen der Wertschöpfung aufgrund von Produktivitätssteigerungen und Ausdehnung der kapitalunproduktiven Arbeit durch Ausweitung der Produktion (über-) zu kompensieren. Dieses bestimmende Moment wird jedoch durch die anderen beiden „Schranken“ beeinflusst. Hier kommt unsere Analyse der stofflichen Seite der kapitalistischen Entwicklung zum Tragen.

Auszehren der Produktivkraftentwicklung

Ein ökonomisch gesehen gegenläufiger Einfluss ist die Unfähigkeit des Kapitalismus, das gegebene Niveau der Produktivkraftentwicklung qualitativ zu überschreiten. Der Terminus „Dritte Industrielle Revolution“ suggeriert dieselbe bereits als „vollzogen“. Dem ist jedoch nicht so. Mit der zweiten zeitlogischen Revolution kam es zwar zur Entstehung der doppelten Universalmaschinen, und hierbei kommt sicherlich der digitalen Algorithmusmaschine „Computer“ eine entscheidende Bedeutung zu. Die Produktivkraftentwicklung verstanden als das Verhältnis von Mensch, Natur und Mittel³ hängt qualitativ jedoch gewissermaßen noch in der dem Taylorismus/Fordismus zuzurechnenden Epoche der „Mittelrevolution“. Solange der Arbeiter bloß Anhängsel der Maschine war (Zweite Industrielle Revolution), war es egal, was dieser dachte, fühlte und plante – am besten, er tat nichts dergleichen. Es ist jedoch eine Fiktion, zu meinen, dieses Mensch-Mittel-Verhältnis für die Algorithmisierung zweiter Ordnung fortschreiben zu können.⁴ Hier wird „eigentlich“ ein sich unbeschränkt entfaltender Mensch „gebraucht“, der keinem Fetisch folgt, sondern einzig seinen Bedürfnissen – Momente, wie sie in der Freien Software aufscheinen, aber niemals innerhalb der Verwertungslogik realisiert werden können.

So wird die irritierende Beobachtung gemacht, dass gerade der Computereinsatz *nicht* zur Steigerung der Produktivität geführt hat – diskutiert als so genanntes Produktivitätsparadoxon: „You can see the

computer age everywhere, except in the productivity statistics“ (Solow 1987). Über die Gründe wurde und wird wild spekuliert, doch die Überlegung, dass eine universalisierte Produktion den universellen Menschen erfordert, liegt außerhalb der Denkmöglichkeiten. Mit dem zu Ende gehenden Fordismus wurden zwar die betrieblichen Hierarchien abgebaut, und sind größere Handlungsspielräume entstanden. Diese werden jedoch durch die unmittelbare Konfrontation der Arbeitenden mit dem Marktdruck wieder aufgehoben, gerade in Krisenzeiten. Der durch den Einzelnen hindurchgehende antagonistische Widerspruch ist der zwischen *Selbstentfaltung* und *Selbstverwertung*. Dem „Kommunismus der Sachen“⁵ steht das in der Verwertungszwangsjacke gefangene Warensubjekt erstarrt gegenüber.

Entknappung des Wissens

Das Verhältnis zwischen stoffumwandelndem Kernprozess und gesamtgesellschaftlicher informationell-algorithmischer Vernetzung und Steuerung verschiebt sich beständig zugunsten der informationellen Seite. Es ist absehbar, dass die Bedeutung des stoffumwandelnden Kernprozesses in Zukunft genauso zu einer Residualgröße zusammenschrumpft, wie die naturale Produktion in der kapitalistischen Industriegesellschaft. Mit der analogen Vergegenständlichung des handwerklichen Erfahrungswissens fing ein Prozess an, der heute bei der digitalen Akkumulation des Menschheitswissens angelangt ist. Die Herausbildung der digitalen Form macht das Wissen verlustfrei und mit geringem Aufwand kopierbar, sein „unverantwortlicher Hang zur Verunknappung“ (Lohoff 2002, 33) steht der Wertverwertung damit unmittelbar entgegen. Die global vernetzte Wissensproduktion und die proprietäre Warenform der Wissensnutzung – sei es als proprietäre Software, Bilder, Filme, Musik, Produktionspläne, chemische Formeln etc. – geraten in einen unauflösbaren Widerspruch zueinander. Es wäre jedoch kurzschlüssig, zu meinen, dass etwa „Raubkopien“ hier die Warenform ernsthaft beschädigen könnten.⁶

Wichtig für die weitere Diskussion ist, zu verstehen, dass „Wissen“ sich keinesfalls bloß auf das „Gold in den Köpfen“ bezieht, sondern vor allem auf die historische Kumulation vergegenständlichter Sach- und Zeitlogik, die sich mit der Dritten Industriellen Revolution vom materiellen Substrat löst und als digitales Menschheitswissen potenziell allen zur Verfügung steht. Die

Wissensrevolution besteht also nicht nur darin, dass in den Wissenschaften mehr Papier bzw. Bytes oder in den TV-Stationen mehr Talkshows produziert werden, sondern darin, dass vorhandenes Menschheitswissen in die digitale Form gebracht wird. Von hier aus ist es nur ein kleiner Schritt, sozusagen im Medium des (digitalen) Wissens neues (digitales) Wissen zu generieren.

Obleich wegen der Universalität der digitalen Form substanziell nicht aufweisbar, sind dennoch die beiden Wissensarten – ich will sie hier „Produktionswissen“ und „Konsumtionswissen“ nennen – *analytisch* zu unterscheiden. *Produktionswissen*, also das algorithmische Wissen im engeren Sinne, dient dazu, andere Prozesse zu beschreiben, zu steuern oder zu vermitteln und wird nicht „direkt“ konsumiert (Beispiel: Software). *Konsumtionswissen* hingegen treibt keine Folgeprozesse an, sondern wird von Menschen unmittelbar aufgenommen (Beispiel: Bilder, Filme). Natürlich gibt es auch hier Grenzfälle, bei denen beide Aspekte „zusammengeschlossen“ vorliegen (Beispiel: Spiele, Lernsoftware), doch sind stets auch hier Tendenzen zur Separierung der Bestandteile im Gange (etwa die Trennung von Engine und Storylines).

Aufbau oder Verzehr von Wertschöpfung

Kern der Differenz zur politökonomischen Analyse von Ernst Lohoff ist die Frage, ob denn die „Informationsarbeit“ nun „Wertschöpfung“ aufbaut oder Abzug von ihr ist. Er vertritt den Standpunkt, dass Informationsarbeit universelle gesellschaftliche Arbeit sei und daher „aus dem wertproduktiven Sektor alimentiert“ werden müsse: „Grundsätzlich werttheoretisch betrachtet ist es für die gesellschaftliche Gesamtwertschöpfungsbilanz völlig irrelevant, wie der Informations- und Kommunikationsbereich organisiert ist, ob er von Einzelkapitalien nach betriebswirtschaftlichen Kriterien betrieben wird oder etwa dem Staat obliegt.“ Diese Betrachtung halte ich für verkürzt.

Wie ich in der historisch-analytischen Rekonstruktion versuchte zu zeigen, hat das Produktionswissen mit der Ablösung von seinem gegenständlichen Träger und der Digitalisierung keinesfalls seine Funktion im Produktionszusammenhang verloren. Die Rede von der Informations- oder Wissensarbeit – vielleicht noch verbunden mit dem Hinweis, dass es das ja „eigentlich schon immer“ gegeben habe – isoliert die jeweilige Tätigkeit aus seinem funktionalen Zusammenhang der gesellschaftlichen

Gesamtarbeit. Es gibt keine Wissensarbeit „an sich“, es gibt sie nur in Bezug auf bestimmte ökonomische oder gesellschaftliche Prozesse.

Software

Eine Form von Produktionswissen kann Software sein. Um die Wissensform Software soll es im folgenden gehen. Der Software ist ob ihrer bloßen Gestaltung nicht anzusehen, ob sie in – werttheoretisch gemeint – produktive oder unproduktive Prozesse eingebunden ist. Diese Frage lässt sich ohnehin nicht einzelbetrieblich, sondern nur gesamtgesellschaftlich diskutieren. Informations- oder Wissensarbeit trägt zum Aufbau von Wertschöpfung bei – ist also produktive Arbeit – in dem Maße wie sie in produktive Produktionsprozesse eingebunden ist. Sie wird aus den wertproduktiven Sektoren der Gesellschaft alimentiert, sofern sie Bestandteil unproduktiver Prozesse ist. Das macht die Sache nicht einfacher, sondern viel komplizierter – wenn wir etwa an das Beispiel des Friseurs denken, der dann produktive Arbeit verrichtet, wenn er produktiven Arbeitern die Haare schneidet und sonst nicht (vgl. Kurz 1995, 35). Analog kann man sich etwa die individuelle Benutzung von Software am Heimarbeitsplatz vorstellen – ich komme darauf zurück.

Technischer und moralischer Verschleiß

Ein zentrales Argument, warum Software genuin „wertlos“ sein sollte, ist die Tatsache, dass sie technisch nicht verschleißt. Folglich finde auch kein „Wertübertrag“ wie etwa bei Maschinen statt, die regelmäßig erneuert und gewartet werden müssen und irgendwann „abgenutzt“ sind. – Erneuerung und Wartung des algorithmischen Bestandteils des Produktionsprozesses, also der Software, ist jedoch genauso notwendig wie die Erhaltung der stofflichen Funktionsfähigkeit der produktiven Abläufe. Was bei Marx als Sonderfall behandelt wurde, nämlich der so genannte „moralische Verschleiß“, ist hier Hauptmoment: In einer sich ändernden Umgebung altert Software mit dem Prozess, den sie antreibt oder vermittelt. Eine Maschine kann ihre Wertübertragung nur in Relation zum gesellschaftlich durchschnittlichen Produktivitätsniveau leisten. Mit allgemeiner Verkürzung der jeweils durchschnittlich notwendigen gesellschaftlichen Arbeit nimmt die Wertübertragung der Maschine wie auch der mit ihr verbundenen Software ab.

Ökonomisch ist technischer Verschleiß also *Wertübertragung*, während moralischer Verschleiß eine *Entwertung* darstellt. Software kann nur moralisch, nicht aber technisch verschleifen. Software, eingebunden in produktive, also Wertschöpfung aufbauende Prozesse, überträgt wie der vermittelte stoffliche Prozess selbst ihren Wert während der Lebensdauer dieses Prozesses.⁸ Sofern die Software als Programmierdienstleistung individuell für den produktiven Prozess angefertigt wurde, ist dies noch relativ einsichtig, denn hier gibt es keinen Unterschied zur „analogen“ Maschine des Fordismus, in der Werkzeug- und Algorithmusmaschine noch stofflich zusammengesetzt waren: „In einem solchen Kontext ist sie [die Software] genauso wertproduktiv wie die Herstellung von Maschinen.“ (Lohoff 2002, 32)⁹

Massen-Software

Komplizierter ist der Fall von Software, die nicht bloß als Individualsoftware hergestellt, sondern massenhaft redupliziert wird. Lohoff: „Für ein millionenfach anwendbares universelles Programm, das beliebig unter vernachlässigbarer weiterer Arbeitsverausgabung reproduziert werden kann, gilt das (ihre Wertproduktivität) aber eben nicht mehr.“ Warum nicht? Welchen Wert hat hier das einzelne Softwareexemplar? Während die bürgerliche Wissenschaft diesen Fall nur als „digitales Dilemma“ (Hofmann 2000) abbilden kann – das Original ist „teuer“, die Kopien nahezu „kostenlos“ – können wir diesen Fall mit der hier entwickelten Argumentation als *Verteilung der Wertübertragung auf alle in wertproduktiven Kontexten eingesetzte Exemplare* der Software während ihrer „Lebenszeit“ begreifen. Werden die Softwareexemplare nur zu einem Teil in wertproduktiven Prozessen eingesetzt, dann wird auch nur dieser Anteil als Wert übertragen, während der andere Anteil gesamtgesellschaftlich aus anderer Wertschöpfung alimentiert werden muss. Verkürzt sich die „Lebenszeit“ über das durchschnittliche Maß hinaus – als „vorzeitiger moralischer Verschleiß“ etwa durch Auftreten eines besseren Konkurrenzproduktes –, dann trägt auch das zur Reduktion der Wertübertragung bei.

Die gleiche Unterscheidung ist auch für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft bei der individuellen Vernutzung von Software zu treffen. Ist etwa die Anwendung der Tabellenkalkulation Bestandteil der Haushaltsführung und somit der Reproduktionskosten des produktiven Arbeiters, so schlägt der Anteil dieser Softwareexemplare

gesamtesellschaftlich für die Wertschöpfung positiv zu Buche, während die gleiche Nutzung durch einen unproduktiven Arbeiter im entsprechenden Anteil alimentiert werden muss. Analytisch kann man diese Differenzierung noch weiter treiben und produktiven von unproduktiven Konsum bei ein und demselben Softwareexemplar unterscheiden.¹⁰

Ernst Lohoff geht somit fehl, jede Softwareproduktion mit dem Begriff der „arbeitslosen Reproduktion“ zu fassen. Man kann der jeweiligen Tätigkeit des Softwareentwicklers nicht ansehen, ob es sich dabei um wertproduktive Arbeit oder um wertverzehrende unproduktive Arbeit handelt. Diese Erkenntnis ist nicht durch bloße Anschauung, sondern nur analytisch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bestimmbar. Software wie andere Wissensformen kann man verallgemeinernd ökonomisch als „geronnene Dienstleistungen“ betrachten. So wie generell bei Dienstleistungen ist es nicht die Nichtstofflichkeit, die ihren ökonomischen Charakter bestimmt, sondern ihre *Funktion im Verwertungsprozess* – wie oben dargelegt. Was bei den unmittelbaren Dienstleistungen schon analytisch schwer zu bestimmen ist, wird bei „gespeicherter Dienstleistung“, Software, noch einmal besonders schwierig. Hier dürfen wir jedoch analytisch genauso wenig den Fehler machen, auf die Ebene einer „kruden Materialität“ zurückzufallen wie bei den unmittelbaren Dienstleistungen.

Raubkopien und Freie Software

Nach der vorgelegten Analyse wirkt sich jede „Raubkopie“ in der Gesamtwertschöpfungsbilanz unterschiedlich aus: Wird die Kopie in wertproduktiver Produktion oder für die Reproduktion eines produktiven Arbeiters verwendet, so schmälert sie proportional den Anteil der Wertübertragung bzw. Wertrealisierung um diese „Zusatzkopie“. Die „raubkopierte“ Software, die in unproduktiven Umständen Verwendung findet, hat hingegen keine Auswirkung auf die gesamtgesellschaftliche Wertschöpfungsbilanz. Sie bedeutet jedoch in Bezug auf das „betroffene“ Einzelkapital eine monetäre Einnahmeschmälerung bzw. im Fall von Monopolisten (wie Microsoft) eine Minderung der „Informationsrente“ – wie sie Ernst Lohoff (2002) entwickelte.

Freie Software unterscheidet sich ökonomisch von Raubkopien fundamental. Freie Software ist – unabhängig davon, ob Freie Software „kommerziell“, also gegen Bezahlung, oder „just for fun“ hergestellt

wird – „wert(substanz)los“. Ihre Herstellung muss also aus wertproduktiven Sektoren alimentiert werden, entweder direkt durch Bezahlung der Herstellung per Auftrag oder indirekt per Alimentierung der Hacker. Sie ist aber noch in einem zweiten, viel wichtigeren Sinne „wertlos“. Ersetzt sie proprietäre Software, so entwertet sie die damit verbundenen Prozesse. Das kann für das Einzelkapital nützlich sein und einen kurzfristigen Konkurrenzvorteil bringen, bedeutet aber gesellschaftlich eine zunehmende „Auskoppelung“ bislang wertproduktiver Sektoren.

Freie Software sorgt also nicht nur für eine weitere Minderung der Wertschöpfung, sie bedeutet auch aktive Entknappung des Wissens und ist gleichzeitig Keimform einer neuen Form der Produktivkraftentwicklung, in deren Zentrum der individuelle Mensch steht (vgl. Meretz 2003). Freie Software beschleunigt damit nicht nur den Prozess, der sowieso abläuft, sondern sie bildet gleichzeitig die Möglichkeit, jenseits der Wertform neue Produktions- und Verkehrsformen aufzubauen.

Die unsichtbare Front wahrnehmen: Zu aktuellen Angriffen

Vor dem dargelegten Hintergrund wird deutlich, warum die entscheidenden Schlachten an einer nahezu unsichtbaren Front geschlagen werden: der Immaterialgüter-Rechte. Die Durchsetzung der Wertform in der warenproduzierenden Gesellschaft ist verbunden mit der Durchsetzung der Rechtsform als universellem abstraktem Prinzip. Ein entscheidender Aspekt war (und ist) die Verfügung über die Produktionsmittel, deren praktische wie rechtliche Garantie die Trennung in Verfüger und Verfügte schuf. Der Vorschlag des Traditionsmarxismus lief stets nur auf einen „Rollentausch“ hinaus, während der „Wert“ als übergreifendes Formprinzip nicht angetastet wurde – und mit ihm im übrigen auch nicht die Rechtsform, unabhängig von ihrer jeweiligen inhaltlichen Ausgestaltung. Im Sandkasten der Wertform ließ sich gut Reform und Revolution spielen ohne den Sandkasten zu verlassen.

Das ist nun vorbei. Der „Hang zur Verknappung“ – „information wants to be free“ – stellt *praktisch* Wert- wie Rechtsform in Frage. Ist der stoffliche Reichtum ob seiner Gegenständlichkeit kontrollier- und verknappbar, so entzieht sich der digitale Reichtum dieser universalen Zurichtung: Die Warenform des Wissens kann nur mehr mit Polizeigewalt aufrechterhalten werden. Die Kontrolle soll individualisiert (Stich-

wort DRM: Digitales Rechte-Management) und die Universalität des Computers beendet werden (Stichwort T CPA: spezielle Hardware ermöglicht effektive Kontrolle).

Zugleich sollen alte Rechtsinstitute aufgerüstet werden: Das Patentrecht und das Urheberrecht. Beide zielen darauf ab, dem Erfinder bzw. Urheber ein befristetes Monopolnutzungs-, das heißt: Verwertungsrecht zuzuschreiben. Bezogen sich Patente bisher in Europa explizit nicht auf Software, so wurde die Verwertungs- und Knappheitslogik des Urheberrechts subversiv und effektiv durch Copyleft-Lizenzen¹¹ unterlaufen. Hier läuft der doppelte Angriff: Algorithmisches Wissen soll patentierbar werden, und das verschärfte Urheberrecht soll alle Schlupflöcher (Kopierlaubnis für Wissenschaft und Bildung, Privatkopie¹²) der Nicht-Verwertung schließen. Diese Angriffe gehen einher mit der Vermarktlichung bisher staatlicher Leistungen im Rahmen internationaler Vereinbarungen (GATS), Internationalisierung des Copyrights (WIPO) und Angleichung des „Schutzes des geistigen Eigentums“ (TRIPS).

Ökonomisch bedeuten diese Änderungen zweierlei: Erstens werden den großen Verwertern Extra-Profiten bzw. Informationsrenten zugeschanzt; zweitens werden unproduktive Staatsausgaben durch die Kassen privater Verwerter geschleust. Beides sind Indikatoren, dass die Substanz wertproduktiver Produktion schwindet und sich der Kampf um den globalen Topf der Revenuen verschärft: Die so genannte „Rechteindustrie“ wuchs in den letzten 20 Jahren doppelt so schnell wie der Rest der Wirtschaft.

Kritik und Aufhebung

In den zweiteiligen Überlegungen zum Informationskapitalismus wollte ich auf die extreme Widersprüchlichkeit der Situation aufmerksam machen. Einerseits die Herausbildung von Keimformen freier Vergesellschaftung auf Grundlage einer reichen Individualität und globalen Reichtumsgeellschaft; andererseits eine Aufrüstung der Fanatiker der Werts, um das Zerfallen der Wertform noch aufzuhalten. Wir sollten uns hüten, diese Widersprüchlichkeit in die eine oder andere Richtung zu vereinseitigen. Wir müssen sie analysieren, um sie zu verstehen, um sie zu kritisieren, um sie aufzuheben.

Denn hier läuft ab, was Marx in den Grundrissen bloß erahnte: Es ist „weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet,

sondern die Aneignung seiner allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis der Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesellschaftskörper – in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint. (...) Sobald die Arbeit in unmittelbarer Form aufgehört hat, die große Quelle des Reichtums zu sein, hört und muss aufhören, die Arbeitszeit sein Maß zu sein und daher der Tauschwert [das Maß] des Gebrauchswerts. (...) Damit bricht die auf dem Tauschwert ruhende Produktion zusammen...“ (Marx 1857, 593)

Reichtum aneignen, Wertform aufheben

Der stoffliche und digitale Reichtum ist immens und wächst weiter, während sich der aus Wertschöpfung und damit produktiver Arbeit speisende „monetäre Reichtum“ verdünnt. Hier erleben wir den Übergang von „echter“ Wertschöpfung zur Umverteilung von Revenuen – nichts anderes bedeutet die Privatisierung staatlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge.

Bei den Immaterialgütern erleben wir das Aufeinanderprallen zweier Reichtumsbegriffe besonders deutlich. Die auf Verwertung orientierte monetäre Reichtumsvorstellung kann sich immer weniger auf gelingende „reale“ Wertproduktion stützen, sondern zielt zunehmend auf die Umverteilung vorhandener Revenuen in Form von Informationsrenten oder Umleitung von Staatskonsum. Eine Aufrüstung der Rechtsform die notwendige Folge. Das „Recht des Stärkeren“ steht dabei nicht im Gegensatz zur „Stärke des Rechts“, sondern ist sein Ausdruck.

Parallel dazu entwickelt sich ein auf allgemeinen Nutzen orientierter „materialer Reichtumsbegriff“ – entweder als Notwehr oder aus der Erkenntnis, dass geteiltes Wissen vermehrten Nutzen für alle bedeutet.¹³ Die Freie Software ist hier nur ein Beispiel, das allerdings herausragt, weil sie auf den Kern der Produktivkraftentwicklung zielt. Eine Basisidee verbindet alle *freien* Ansätze: Aufbau von materialem (also auch digitalem) Reichtum, der für alle nutzbar ist. Das gelingt im Bereich der Immaterialgüter naturgemäß wesentlich einfacher, obwohl individuell auch hier stets die Frage steht: Könnte mir die Verknappung meines Beitrages eine nennenswerte monetäre Einnahme verschaffen oder vermehre ich den allgemeinen und damit auch meinen Nutzen jenseits der Geldform? Im Bereich der Immaterialgüter ist die Verbin-

dung von Allgemeinnutzen und je meinem Nutzen wesentlich häufiger gegeben als im Bereich der stofflichen Güter. Hier wäre noch wesentlich intensiver über *transnationale Vernetzungen* nachzudenken, um diese Verbindung herzustellen.

Anmerkungen

- 1 Die „stoffliche Seite“ (inner-) kapitalistischer Entwicklung ist nicht zu verwechseln mit der „dinglichen Seite“ der geschaffenen Artefakte. Es geht also nicht darum, „was“ produziert wird, sondern „wie“. Eine Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung über die „dingliche Seite“ der Erscheinungen („Kohle und Dampfkraft“, „Verbrennungsmotor“, „Fließband und ... ,Arbeitswissenschaft“, „Elektronik und ... ,Informationswissenschaften“) wie sie etwa Robert Kurz im „Schwarzbuch“ (2000) vorschlägt, erkennt die wesentlichen Momente und damit auch die wesentlichen innerkapitalistischen Transformationen. Der verdinglichten Sicht der Entwicklung entspricht ein ebensolcher verdinglichter Begriff der Produktivkraftentwicklung, wie ich ihn in Teil 1 dieses Aufsatzes kritisierte.
- 2 Dieser Algorithmusbegriff unterscheidet sich stark von dem der Informatik, der ausschließlich eine formale Beschreibung eindeutiger Syntax-Semantik-Relationen (Zeichen-Bedeutungs-Beziehungen) zulässt. Die informale Lebenswelt ist damit a priori ausgeschlossen, was die Informatik nicht davon abhält, die informale Welt in formale Beschreibungen zu pressen, die sie dann „Algorithmen“ nennt.
- 3 Vgl. zum Verständnis Meretz/Schlemm (2000). Dem wie auch immer „linken“ Alltagsverstand ist es nur schwer zugänglich, dass Produktivkraftentwicklung nicht mit Produktivitätsentwicklung gleichzusetzen ist, sondern neben den quantitativen (Output/Zeit) auch qualitative Momente (Art des Mensch-Natur-Mittel-Verhältnisses) besitzt, die u.U. nicht mit den Begriffen warengesellschaftlicher Rationalität fassbar sind.
- 4 Solche Versuche als „mensenleere Fabrik“ oder „computer integrated manufacturing“ (CIM) sind längst Geschichte: Der Weg ist gepflastert mit entsprechenden Havarien, und so wird es auch weitergehen (vgl. die Auseinandersetzung um Havarien in der computerbasierten Produktion, Meretz 2002).
- 5 Hierbei geht es nicht darum, die konkreten Erscheinungsformen der Waren zu über-

- höhen, sondern darum, auf die Potenzen des materialen Reichtums für einen Verein freier Menschen hinzuweisen.
- 6 Gleichwohl gilt es, die „Raubkopie“ zu enttabuisieren: „Raubkopie“ ist zivilgesellschaftliche Selbstverteidigung.
 - 7 Für den folgenden Abschnitt setze ich die Kenntnis der wertkritischen Debatte um produktive und unproduktive Arbeit voraus und verweise auf Kurz (1995) und Mausebär (2002). Zur Definition ein Zitat: „Kreislauftheoretisch ist nur diejenige Arbeit kapitalproduktiv, deren Produkte (und damit ihre Reproduktionskosten) in den Akkumulationsprozess des Kapitals zurückkehren, d.h. deren Konsumtion wieder in die erweiterte Reproduktion eingespeist wird. Nur diese Konsumtion ist nicht bloß unmittelbar, sondern auch reproduktiv vermittelt eine ‚produktive Konsumtion‘“ (Kurz 1995, 34).
 - 8 Entsprechend muss Software eingebaut in Wertschöpfungsprozesse mit diesen aus Wertproduktion alimentiert werden – etwa im Staatsapparat, Finanzwesen etc.
 - 9 Nur am Rande sei darauf hingewiesen, dass die Fixierung auf die „geronnene Form“ intellektueller Dienstleistung, die Software, leicht die intellektuelle Dienstleistung in Form unmittelbarer menschlicher Tätigkeit als Beratung, Management, Konfiguration, Wartung usw. ausblendet. Keine Software kommt ohne diese Tätigkeiten aus, „nackte Software“ ist tot.
 - 10 Krisentheoretisch betrachtet bedeutet dies, dass nicht nur immer mehr Arbeiter als „Arbeitslose“ unmittelbar monetär staatlich alimentiert werden müssen, sondern dass deren Konsum als unproduktive Verwertung „herausfällt“ und keinen Beitrag zur erweiterten Reproduktion des Gesamtkapitals leistet. Die „Geldistgenug-da“-Forderungen der „Umverteilung von oben nach unten“ würden also bestenfalls als Krisenaufschub wirken in einer Bewegung der stetigen Ausweitung der zu alimentierenden unproduktiven Sektoren der Gesellschaft.
 - 11 Die Monopolverfügung des Urhebers – gedacht zur Verwertung – wird dazu verwendet, die Verknappung auszuschließen und die allgemeine Verfügbarkeit sicherzustellen.
 - 12 Wo „Privatkopie“ verboten, ist „Raubkopie“ Pflicht!
 - 13 So haben Wissenschaftler/innen freie Archive für wissenschaftliche Publikationen aufgebaut, um sich der Verknappungslogik und Monopolsituation großer Verlage zu entziehen (z.B. www.plos.org,

www.doaj.org). Bekannt ist www.creativecommons.org mit dem Ziel der Freistellung von Immaterialgütern auf Basis der beschriebenen Copyright-Subversion. Interessant ist auch www.researchdisclosure.com, eine Datenbank zur Verhinderung von Patentierungen durch Veröffentlichung von Erfindungen.

Literatur

- Hofmann, J. (2000), Das „digitale Dilemma“ und der Schutz des geistigen Eigentums, online: www.bildung2010.de/literatur/hofmann.pdf
- Kurz, R. (1995), Die Himmelfahrt des Geldes, in: *Krisis* 16/17, 21-76.
- Lohoff, E. (2002), Die Ware im Zeitalter ihrer arbeitslosen Reproduzierbarkeit, in: *Streifzüge* 3/2002, 29-36, online: www.giga.or.at/others/krisis/e-lohoff_politische-oekonomie-information.html
- Marx, K. (1857), *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin (DDR): Dietz.
- Marx, K. (1890), *Das Kapital*, Bd. 1, 4. Aufl., in: Marx, Karl & Engels, Friedrich, *Werke*, Band 23, Berlin (DDR): Dietz, online: www.mlwerke.de/me/me23/
- Mausebär (2002), *Produktive Arbeit und Krise – Krise und Zusammenbruch bei Karl Marx und der Gruppe „Krisis“*, in: *CEE IEH* 86, online: www.nadir.org/nadir/initiativ/ci/nf/86/29.html
- Meretz, S. (1999), *Die doppelte algorithmische Revolution des Kapitalismus – oder: Von der Anarchie des Marktes zur selbstgeplanten Wirtschaft*, online: www.kritischeinformatik.de/?algorevl.htm
- Meretz, S. (2002), *Havarien als Normalität – Havarien der Theorie*, online: www.opentheory.org/havarien_der_theorie/text.phtml
- Meretz, S. (2003), *Zur Theorie des Informationskapitalismus, Teil 1: Von der negatorischen Haltung zur Theorie der Aufhebung*, in: *Streifzüge* 1/2003, 31-37, online: www.opentheory.org/info_kap_1/text.phtml
- Meretz, S., Schlemm, A. (2000), *Subjektivität, Selbstentfaltung und Selbstorganisation*, online: www.kritischeinformatik.de/?selbstl.htm
- Solow, R. M. (1987), *Review of ‚Manufacturing Matters‘*, *New York Times Book Review*, 12.7.87, 36.

Streifzüge 1999–2001

1/1999:

Michael Heinrich, Untergang des Kapitalismus? Zur Krisis
Gaston Valdiva; Arbeit und Wahn II
Gerhard Scheit, Was bleibt von Wilhelm Reich?
Alex Gruber/Tobias Ofenbauer, Fetischistischer Antikapitalismus
Gerhard Scheit, Wer dankt Martin Walser?
Stephan Grigat, Deutsche Grüne
Franz Schandl, Entwurf zu einer Metakritik des Tauschs
Franz Schandl, Jörg Haider und der Kleine Mann
Franz Schandl, Der Hai, der

2/1999:

Gerhard Scheit, Albaner auf Schindlers Liste
Franz Schandl, Morden darf nur der Norden
Ernst Lohoff, Der Bock ist nicht der Gärtner
Roswitha Scholz, Wert und Geschlechterverhältnis
Franz Schandl, Was Wert ist. Zu Heinrich
Stephan Grigat, Nationalismus und Öcalan
Stephan Grigat, Was bleibt von Georg Lukacs?
Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen. 1. Lieferung

3/1999

Franz Schandl, Wir wählen, wen wir wollen
Ilse Bindseil, Weiblichkeit – Dialektik eines negativen Begriffs
Gerhard Scheit, Kapital ohne Zins – Die Utopie der Moderne
Robert Zöchling, Restöffentlichkeiten: Bitte sammeln!
Stephan Grigat, Materialien zum Nachschlagmarxismus
Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen. 2. Lieferung

4/1999

Robert Kurz, Die Enteignung der Zeit
Gerhard Scheit, Versuch über Musik und abstrakte Zeit
Stephan Grigat, Marx und die Volkswirtschaft
Franz Schandl, Populismus gleich Demokratismus
Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Zur Typologie der Bürgerinitiative
Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen. 3. Lieferung

1/2000

Gerhard Scheit/Franz Schandl, Freiheitliche Sirenen. 4. Lieferung
Franz Schandl, Appellatives zur Problematik emanzipatorischer
Kommunikation
Stephan Grigat, Was bleibt von Johannes Agnoli?
Franz Schandl, Kurswechsel am sinkenden Schiff. Zum Staat
Alexander Gruber/Tobias Ofenbauer, Fun and Function?
Norbert Trenkle, Weil nicht sein kann, was nicht sein darf...
Zu Heinrich
Stephan Grigat, Originalmarx und Einführungsmarx
Franz Schandl, Ihr und wir

2/2000

Stephan Grigat, Robert Kurz' „Schwarzbuch Kapitalismus“
Michael Heinrich, Neues vom Weltuntergang? Zu Trenkle
Franz Schandl, Bewegungsversuche auf Glatteis. Zu Theorie und Praxis
Gerhard Scheit, Poststrukturalismus und Kritische Theorie
Franz Schandl, Krieg 2000. Vorläufige Thesen
Ernst Lohoff, Deutschland ist überall. Zu den „Freiheitlichen Sirenen“

3/2000

Peter Pirker, Unheimliche Verwandtschaft. Zur Zivilgesellschaft
Claus Peter Ortlieb, Gesellschaftskritik als Erkenntniskritik
Gerhard Scheit, Was zu beweisen ist
Stephan Grigat, Positive Postpolitik. Zu Schandl
ISF, Historisierung der Wertkritik: Normalisierung der Geschichte
Franz Schandl, Der Führer, die Show, das Publikum. Zu Ottomeyer
Norbert Trenkle, Im bürgerlichen Himmel der Zirkulation.
Zu Heinrich
Stephan Grigat, Kritik statt Habermas, Marx statt Marxismus

4/2000

Gerhard Scheit, Totalität und Krise des Kapitals
Robert Kurz, Wer ist totalitär?
Franz Schandl, Präpotenz der Ohnmacht. Zu Grigat
Alex Gruber, Nichts als Verwertbarkeit
Cordula Behrens-Naddaf/Klaus Thörner,
„Menschenrecht bricht Staatsrecht“

1/2001

Franz Schandl, Die Verunglückungen des Komparativs. Zum Stau
Christian Fuchs, Die IdiotInnen des Kapitals. „Freie“ Softwareproduk-
tion...
Thomas König/Florian Markl, Totalität und Gesellschaftskritik
Gerhard Scheit, Der Hüter der Theorie
Karl Reitter, Das Elend der Zivilgesellschaft

2/2001

Stephan Grigat, Postfaschismus als Begriff der Kritik
Ulrich Enderwitz, Der postfaschistische Sozialpakt
Uli Krug, Vom Korporatismus zum schlanken Faschismus
Heribert Schiedel, Gemeinschaftsbildung und Verfolgungswahn
Simone D. Hartmann, Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
Alex Gruber/Tobias Ofenbauer, Was bleibt von Eugen Paschukanis?
Stefan Meretz, Produktivkraftentwicklung und Aufhebung

3/2001

Franz Schandl, The road to nowhere
Robert Kurz, Der Todestrieb der kapitalistischen Vernunft
Lorenz Glatz, Paranoia gegen Paranoia
Ernst Lohoff, Allmacht und Ohnmacht
Anselm Jappe, Der Kampf der Barbarien
Karl Reitter, „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“
Karl-Heinz Wedel, Freiheit und Zerstörung
Gerold Wallner, Dieu reconnaitra les siens
Robert Kurz, Mudschahidin des Wert
Roswitha Scholz, Identitätslogik und Kapitalismuskritik
Amir Assadi, Wertkritik contra Wirtschaftsbarbarei
Robert Kurz, Fanta auf Lebenszeit
Ernst Lohoff, Alles auf Kursk
Anselm Jappe, Es gibt noch gute Deutsche
Holger Schatz, Angriff der Glücksritter
Erklärungen des Kritischen Kreises und des Café Critique zum
Bruch
Franz Schandl, Manisch germanisch
Extra: Das kleine Adorare

Streifzüge 2002–2003

1/2002

Lorenz Glatz, Afghanistan: „Kein Krieg um Öl“
 Gerold Wallner, Schmähohne! Zum Antisemitismus
 Robert Kurz, Geld und Antisemitismus
 Thomas Schmidinger, Islamischer Antisemitismus?
 Bernhard Schmid, Schlagt den Moslem, wo ihr ihn trifft?
 Ernst Lohoff, Von Auschwitz nach Bagdad (1991)
 Ilse Bindseil, Auschwitz und Wahnwitz
 Ilse Bindseil, Anmerkungen zu Scheit „Kosovo und Auschwitz“
 Franz Schandl, Auf dem Minenfeld
 Heinz Blaha, „Leben im Sterben“
 Anselm Jappe, Wegbereiter der Wertkritik:
 Roman Rosdolsky
 Christoph Hesse, Neue Medien, alte Scheiße
 Sabine Nuss/Michael Heinrich, Freie Software und
 Kapitalismus

2/2002

Lothar Galow-Bergemann, Selbst-Bewegung statt
 Auto-Mobilismus
 Franz Schandl, Wie wir auf das Auto gekommen sind
 Franz Schandl, Kind und Straße
 Franz Schandl, Fahrrad und Marktwirtschaft
 Robert Kurz, Amok und Moralität
 Gerold Wallner, Aber sag's nicht weiter
 Paolo Lago, Die Bedeutung von „labor“
 Lorenz Glatz, „Jüdischer Staat“ und „Befreiung Palästinas“
 Robert Kurz, Die Jubelperser der Weltpolizei. Zu Bahamas/ISF
 Gerold Wallner, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht
 Franz Schandl, Der Melderreiter: Über Günther Anders

IMPRESSUM & OFFENLEGUNG

Medieninhaber und Herausgeber: Kritischer Kreis – Verein für gesellschaftliche Transformationskunde, Margaretenstraße 71-73/23, A-1050 Wien. E-Mail: streifzuege@chello.at <http://www.streifzuege.org> Der Medieninhaber ist zu 100% **Eigentümer** der Streifzüge und an keinem anderen Medienunternehmen beteiligt. **Grundlegende Richtung:** Kritik. **Redaktion (zugleich Mitglieder des Leitungsorgans des Medieninhabers):** Christoph Adam, Heinz Blaha, Andreas Exner, Lorenz Glatz, Franz Schandl, Gerold Wallner (Koordination) und Maria Wölflingseder. **Konten:** PSK, BLZ 60 000, Kontonummer 93 038 948; Deutschland: Franz Schandl, Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85, Kontonummer 405 952 854. **Aborichtpreise Inland:** 1 Jahr 11 Euro, 2 Jahre 20 Euro, 3 Jahre 28 Euro. **Aborichtpreise Ausland:** 1 Jahr 12 Euro, 2 Jahre 22 Euro, 3 Jahre 30 Euro. Erstbezieher bitten wir um schriftliche Bestellung, da seitens des grandiosen Bankservices den Kontoauszügen nicht immer die vollständige Adresse zu entnehmen ist. Nachbesteller bitten wir um die Anführung der Postleitzahl.

Postentgelt bar bezahlt

Achtung: Wer im Adressenkästchen einen roten Punkt findet, erhält die **letzte Ausgabe**.

1/2003

Lorenz Glatz, Warum läuft Herr B. Amok?
 Gerold Wallner, Nachgereichtes und Vorausgesetztes –
 Zu Kurz
 Robert Kurz, Die Illusion vom neuen Marshall-Plan
 Lorenz Glatz, Denn für diese Welt ist der Mensch
 nicht schlau genug
 Franz Schandl, Transnational statt internationalistisch!
 Andreas Exner, Schiefe Ebenen – Gedanken zur
 Globalisierungskritik
 Ernst Lohoff, Der Triumph des Irrealis –
 Arbeitswahn und linke Identität
 Maria Wölflingseder, Einfach umwerfend! Über Arbeitslosigkeit
 Gerold Wallner, L'État c'est quoi...
 Franz Schandl, Jenseits der Gerechtigkeit –
 Angriff gegen den Wertekanon
 Stefan Meretz, Zur Theorie des Informationskapitalismus, 1. Teil
 Norbert Trenkle, Informalisiertes Elend – Informeller Sektor
 und Warenproduktion

INHALTSVERZEICHNIS

Lorenz Glatz:

Ratlos unzufrieden –
 Warum es eine gute Zukunft nur jenseits
 von Markt und Staat geben kann S. 1

Robert Kurz:

Jenseits des Klassenkampfes S. 5

Franz Schandl:

Sozialkritik in Zeiten der Konterreform S. 6

Martin Dornis:

Männer, zum Lichte, zur Arbeit!
 Der Arbeitswahn der kapitalistischen
 Moderne und sein Ende S. 11

Erich Ribolits:

Wieso sollte eigentlich gerade Bildung
 nicht zur Ware werden? S. 19

Paolo Lago:

Verweigerung des Alltags und der
 Arbeit – Ein Wiedersehen mit „Stroszek“ S. 22

Maria Wölflingseder:

Wie moderne Prediger S. 24

Gerold Wallner:

Kein Blut für Demokratie S. 27

Ernst Lohoff:

„Die Furie des Zerstörens“ – Gewalt
 und Krieg in der neuen Weltunordnung S. 30

Erich Ribolits:

Mythos Intelligenz S. 37

Stefan Meretz: Zur Theorie

des Informationskapitalismus, 2. Teil S. 41

Extra: Das große Adorare:

Erklärung der Bahamas Redaktion S. 32